

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Kein Krieg gegen Kuba!

Der Imperialismus in seiner heutigen Verfassung führt permanent neokoloniale Kriege zur Neuaufteilung der Welt mit der Tendenz zum Weltkrieg. Unter Führung der USA reagiert das Monopolkapital der großen Räuberstaaten, genannt G 7, mit endlosen Feldzügen auf den Aufstieg Chinas und die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses.

Die Kriegsbilanz ist allerdings gemischt. Der Versuch, Rußland durch Bewaffnung der Ukraine zu schwächen und zu zerlegen, ist gescheitert, wird aber insbesondere von Deutschland weiterhin unternommen. Berlin stellt ein Bundeswehrkontingent in Litauen an die Grenzen zu Belarus und dem Gebiet Kaliningrad und rüstet mit insgesamt weit mehr als einer Billion Euro seine Armee auf. Erkauft wird das mit Kürzungen bei Renten, im Gesundheits- und Bildungswesen. Aus den Geheimdiensten werden nun offiziell Geheimpolizeien.

Der imperialistische Vorposten und Atomwaffenstaat Israel brachte mit seinem durch die Waffenlieferanten USA und Deutschland unterstützten Völkermord in Gaza und mit der Apartheidpolitik in den besetzten Gebieten Palästinas die Mehrheit der Weltbevölkerung gegen sich auf.

Donald Trump steckt mit seinem militärischen Abenteuer im Iran fest: Die Mehrheit der US-Bürger ist wenige Monate vor den Zwischenwahlen zum Kongreß gegen diesen Krieg, die iranische Führung hat die Kontrolle über die Straße von Hormus erlangt und ist insofern gestärkt. Die Weltwirtschaft ächzt unter den hohen Energiepreisen und wurde offenbar durch China erneut wie in der Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2007 bis 2010 vor einer größeren Erschütterung bewahrt. Ausgerechnet das Organ des deutschen Großbürgertums, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, schrieb am 17. August über dieses historische Ereignis: „Als Retter der Weltwirtschaft kristallisiert sich immer mehr China heraus. Denn der mit Abstand größte Ölimporteur der Welt hat seine Einfuhren so drastisch reduziert, daß Ölanalysten nur staunend den Kopf

schütteln. ‚Solch einen Rückgang in so kurzer Zeit ohne einen Wirtschaftseinbruch hat es in den 100 Jahren des globalen Ölhandels noch nie gegeben‘, sagt Martijn Rats, Ölmarktanalyst von Morgan Stanley, im Gespräch mit der FAZ.“

Völkermörderisch geht der US-Imperialismus jetzt vor allem gegen die kubanische Bevölkerung und die Revolution vor. Auf dem 24. Treffen von kommunistischen und Arbeiterparteien, das auf Einladung der Kommunistischen Partei Kubas am 7. und 8. August in Havanna stattfand, erklärte deren Erster Sekretär und Präsident Kubas, Miguel Díaz-Canel, daß sich die Kindersterblichkeit in Kuba durch die am 29. Januar durch Trump verstärkte Ölblockade verdoppelt hat, Zehntausende Krebskranke nicht therapiert werden können und Tausende Schwangere nicht die Betreuung erhalten, die selbstverständlich war.

Begleitet wird imperialistische Gewalt stets mit orchestrierten Hetzkampagnen. Die antirussische Hysterie erreichte in Deutschland mit dem Fund einer Drohne auf dem Flughafen Leipzig/Halle einen neuen Höhepunkt. Die Bedrohungslüge vom angeblich bevorstehenden Angriff durch Rußland wird täglich verbreitet, mit der AfD hat der Haß gegen Migranten und Linke auch im Innern eine neue Dimension erreicht. Ihrem Diktat folgen Bundes- und Landesregierungen, begleitet vom lächerlichen Geschwätz über eine „Brandmauer“. Hetze gegen Migranten ist in der Alt-BRD seit fast 50 Jahren demagogische Gewohnheit: Wer Ausländer für die Ursache aller Probleme hält, schweigt vom Kapitalismus als Ursache von Krise und Krieg. Ganz in diesem Sinn veröffentlichte das US-Außenministerium am 20. Juli ein Pamphlet unter dem Titel „Kuba: Die Hauptstadt des Kommunismus des 21. Jahrhunderts“. Kubas „Angriff auf die USA“, hieß es im Begleittext, sei „eine Revolution gegen die westliche Zivilisation an sich“.

Auch hier gilt wie bei den antirussischen Lügen: Ihre Maßlosigkeit besagt, daß der Krieg schon geführt wird oder bevorsteht. Den NATO-Stellvertreterkrieg gegen

Rußland konnte die internationale Friedensbewegung nicht verhindern. Das darf bei Kuba nicht geschehen. Daher ruft die Kampagne „Unblock Cuba!“ zu einer Protestwache in Berlin vor der US-Botschaft am Brandenburger Tor vom Samstag, dem 12. September, bis Samstag, dem 19. September, auf. Ähnliche Aktionen sind in weiteren deutschen Städten geplant, auch die Pressefeste von „L'Humanité“ in Paris und der Zeitung „Solidaire“ der Partei der Arbeit Belgiens in Oostende stehen im Zeichen der Forderung „Kein Krieg gegen Kuba!“ Das ist das Gebot der Stunde.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Sterbende alte Welt	2
Rede Rainer Brauns zum Hiroshimatomag	3
Militarisierung der Gesellschaft	4
Friedenskonferenz in Leipzig	6
Widerstand gegen Generalangriff	8
Zeit zum Aufstehn	8
Faschismus an der Macht	10
Marsch gen Osten	13
BND-„Reform“	14
Westfälischer Friedenspreis	16
Stand und geopolitische Auswirkungen der aktuellen Konflikte	18
Kiew heute	20
Ukrainer als faschistische Helfershelfer im 2. WK	22
Chance für immer vertan?	24
Intern. Weltwirtschaftsforum in St. Petersburg	25
Chinesisch-kubanische Zusammenarbeit	27
Allergisches	28
Antifaschistischer Widerstand im Ruhrgebiet	29
Wenn einer eine Reise tut	30
Reisebericht aus Moskau	31

Die sterbende „alte Welt“

Kubanische Genossen analysieren die dramatischen Folgen der neoliberalen Phase des Imperialismus: „Kapital kann weder Stabilität, menschenwürdige Beschäftigung noch eine ökologische Zukunft bieten.“

Seit den 80er Jahren hat der globale Kapitalismus unter neoliberaler Flagge der Welt eine fast unerträgliche neue Last aufgebürdet: Globalisierung der Märkte, Deregulierung des Finanzsektors und Schwächung der Gewerkschaften. Trotz aller Versprechungen von Entwicklung und Wohlstand hat der Neoliberalismus mehrere Entwicklungen hervorgebracht, die ihn delegitimieren: Eine Krise der traditionellen repräsentativen Demokratie, zunehmende Ungleichheit und Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten.

Das System verlagerte die Profite von der Produktion hin zur Spekulation, was zu immer heftigeren Krisen führte. Der Neoliberalismus hat den Kapitalismus nicht nur nicht stabilisiert, sondern auch den Reichtum von den Arbeitern zu den Rentiers umverteilt. Arbeitsmarktreformen erleichterten Entlassungen, Gewerkschaften wurden geschwächt und es entstand weltweit eine große Masse von prekär Beschäftigten. Transnationale Konzerne teilten die Welt in Zonen maximaler Ausbeutung. Allerdings entstand so 2008 auch eine schwere Krise, als die finanzielle Überakkumulation nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, ohne daß sie durch dramatische staatliche Aktionen gerade noch so gerettet werden konnte. Ganz offensichtlich hat der Kapitalismus seine Fähigkeit zur Expansion weltweit erschöpft; in der neuen Phase frißt er, wie Lenin sagen würde, nur noch sich selbst auf. Die Verlagerung der Produktion nach China, Südostasien und Mexiko vervielfachte zwar das globale Arbeitskräfteangebot, andererseits aber auch die strukturelle Arbeitslosigkeit an anderen Orten der Welt. Der Neoliberalismus intensivierte die rücksichtslose Ausbeutung der Natur: Wasserprivatisierung, genmanipulierte Agrarindustrie, Tagebau und Freihandelsabkommen, die Umweltauflagen aushebeln. Öffentliche Dienstleistungen, Kinderbetreuung, Altenpflege und Gesundheitsversorgung wurden privatisiert, was fast immer zu steigenden Preisen, schlechterer Qualität und wachsender Korruption führte. Um 2008 das Finanzsystem vor dem Kollaps zu retten, verschuldeten die Staaten künftige Generationen und verhängten Sparmaßnahmen, die nicht von den Banken, sondern von den Arbeitenden bezahlt werden müssen. Die Länder der Dritten Welt wurden dem Internationalen Währungsfonds und damit dem Wirken internationaler Heuschreckenfonds unterworfen.

Die Krise, die der Neoliberalismus geschaffen hat, ist dabei nicht vorübergehend, sondern systembedingt. Es zeigt sich: Das Kapital kann weder Stabilität noch menschenwürdige Arbeit, Fürsorge oder eine ökologische Zukunft bieten. Prekäre Verhältnisse gibt es inzwischen sogar in ehemals privilegierten Bereichen, wie in der Technik und dem Ingenieurwesen. Ein nicht geringer Teil der von der Situation besonders hart Betroffenen tendiert auch deshalb inzwischen zu rechtsgerichteten Positionen. Das ist im Leninschen Sinne keine echte Radikalisierung, sondern die



Antonio Gramsci (1891–1937): Wird der Klassenkampf ethnisch-nationalistisch umgelenkt, kommt es zur „passiven Revolution“

verzweifelte Reaktion von Schichten, die ihre Privilegien verlieren, ohne daß sie die Chance gehabt hätten, ein internationalistisches Klassenbewußtsein zu entwickeln. Das ist so, weil zwar mit jeder neuen Krise ein Stückchen der alten Welt stirbt, aber die neue Welt noch nicht ausreichend sichtbar ist. In dieser Situation entstehen dann jene Ungeheuer, die Ängste und Wut in Richtung rückschrittlicher Lösungsversuche lenken. Der Neoliberalismus der Nachkriegszeit träumte von einem globalen Kapitalismus unter US-amerikanischer Hegemonie. Er verkannte den Aufstieg Chinas zur Wirtschafts- und Militärmacht, die in der Lage sein würde, die technologische Dominanz und die Diktatur des Dollars herauszufordern. Der Handels- und Technologiekrieg zwischen den USA und China, die Sanktionspolitik, die europäische Aufrüstung, der Ukrainekrieg, die Aggression der USA und Israels gegen den Iran: Sie alle spiegeln wider, was Lenin die Konsequenzen der ungleichen Entwicklung im Imperialismus nannte und die er als die Ursache all der zwangsläufig immer wieder aufflammenden imperialistischen Kriege erkannte. Dieses System kann nicht länger durch Konsens gesteuert

werden. Es braucht den Krieg zwanghaft als alltägliches Instrument der Machtumgestaltung. In dieser Situation fühlt sich das Kapital zutiefst auch daran erinnert, daß seine Herrschaft ernsthaft bedroht ist. Dann ist es auch bereit, zu offen diktatorischen und absolut demagogischen Herrschaftsformen zu greifen. Seine Antworten auf dieses Problem sind Bonapartismus und Faschismus: Die Auflösung der traditionellen bürgerlich-demokratischen Kanäle der Politik, Appelle an das Kleinbürgertum und die deklassierten Teile der Arbeiterklasse mit ihrer antilitären Rhetorik, während gleichzeitig unpopuläre Sparmaßnahmen verhängt und der Weg für eine immer offenere Repression gegen Volksbewegungen geebnet wird.

Marx beschrieb das Wesen des Bonapartismus als Herrschaft, in der sich die Exekutive über die Kämpfenden zu stellen scheint, aber deren Kräfte lediglich in eine Richtung ausbalanciert: im Dienste des Kapitals. Der entsprechende „Führer“ präsentiert sich als Verteidiger der arbeitenden Bevölkerung gegen die Eliten, regiert aber für die Reichsten und macht die organische Krise zum Sündenbock: Schuldige sind nicht das Kapital oder das System, sondern Einwanderer, Chinesen oder die Globalisten. Auf diese Weise wird der Klassenkampf auf ethnisch-nationalistisches Terrain verlagert. Das ist eine Form, die Gramsci als passive Revolution bezeichnen würde: Forderungen werden zwar aufgegriffen, aber ihres antikapitalistischen Inhalts beraubt und statt dessen als Haß auf „das Andere“ umgelenkt.

Die neuen Führer stützen sich dabei vor allem auf Kleinunternehmer und -besitzer, die ihre Position durch Großkonzerne und globalen Wettbewerb bedroht sehen, auf Arbeiter in schrumpfenden Branchen, die ihre gewerkschaftliche Organisation und ihr Klassenbewußtsein verloren haben und auf die verarmende Mittelschicht, die den Abstieg ins Proletariat fürchtet. Ihnen allen bieten sie einen „Kapitalismus mit nationalem Antlitz“ an, der weder das Privateigentum noch die Ausbeutung infrage stellt, sondern sie lediglich in den Dienst der „Unsrigen“ zu stellen vorgibt. Für die Reformisten ergibt sich daraus, die „Rückkehr zur Normalität“, zur guten alten, heilen Welt also, zu fordern. Sie wollen abwarten. Abwarten, bis sich die Dinge von selbst erledigen. Sie erledigen sich aber nicht von selbst. Die Krise des Neoliberalismus weist nicht nur auf das Ende einer der Varianten bürgerlicher Politik hin: Sie zeigt, daß die Zeit des Kapitals sich immer mehr ihrem Ende nähert.

Redaktionell leicht gekürzt

Nach: Raul Antonio Capote „Die ‚alte Welt‘, die stirbt: Die Macht des Interregnums“, Granma Mai 2026.

RF dokumentiert Auszüge aus der Rede des Friedensaktivisten Reiner Braun zum Hiroshimataag am 6. August an der Friedensglocke in Berlin

Vernichtungsszenario verhindern!

6. August 1945, 8.15 Minuten, ein sonniger, schon am Morgen heißer Tag in Hiroshima, Hunderttausende gingen zur Arbeit, zur Schule, zur Universität – müde, erschöpft nach all den Jahren des Krieges.

Am blauen Himmel ein Flugzeug – keine Gefahr, nur ein Aufklärungsflieger, kein Luftalarm.

Sekunden später der totale Horror, für die Menschen in Hiroshima und Umgebung der Weltuntergang. Aus dem Flugzeug wurde eine Bombe – die erste Atombombe – ausgelinkt. (...)

Seit diesem Moment heißt es überall auf der Welt immer wieder und besonders am 6. und 9. August: Nie wieder Hiroshima und Nagasaki!

Bis heute blieb es bei diesen beiden Atomwaffeneinsätzen, aber daß wir überlebt haben, hing mehrfach an einem seidenen Faden, an dem uneigennütigen mutigen Handeln von einzelnen (Stanislaw Petrow sei hier genannt), aber eigentlich können wir auch sagen: Wir haben einfach Glück gehabt.

Vergessen wir aber nie: Die Leidenden dieser Abwürfe waren die Menschen von Hiroshima und Nagasaki, der Abwurf war aber auch und vielleicht besonders als Signal gerichtet gegen die Sowjetunion, die mit mehr als 27 Millionen Toten und einem völlig zerstörten Land gerade den deutschen Faschismus niedergerungen hatte. Die Atombombenabwürfe waren auch eine geostrategische Waffe, gerichtet gegen die neue antifaschistische Weltordnung nach 1945.

Wie aktuell ist diese Erinnerung, wenn wir auf die dramatischen geopolitischen Verschiebungen heute und die völkerrechtswidrigen Kriege zum Erhalt der unilateralen alten Ordnung schauen. Der Westen hat mit seiner Unterstützung der Ukraine eine rote Linie nach der anderen überschritten. Im Ergebnis nimmt die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation mit Rußland zu. Denn die verantwortungslose Strategie, den Krieg mit deutscher Technologie und deutschem Geld „nach Rußland zu tragen“, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß der Krieg auch nach Deutschland kommt. Kriegsfähig sollen wir werden!

Kriegsfähig heute heißt auch und besonders: mehr und modernere kleine Atomwaffen.

Die neun Staaten mit Atomwaffen haben im Jahr 2025 insgesamt 119 Milliarden Dollar für die Entwicklung neuer ausgegeben. Wieviel Schulen und Krankenhäuser könnten davon gebaut werden!

Über Atomwaffen reden, heißt, niemals den Wahnsinn der gesamten Aufrüstung zu vergessen: 2,9 Billionen Dollar gibt die Welt für

Rüstung aus, davon allein die USA 1,15 Billionen – unvorstellbare Zahlen. Eine Milliarde Kinder geht abends hungrig zu Bett.

Merz und Pistorius sind stolz, in diesem Jahr 140 Milliarden nach NATO-Kriterien für Rüstung auszugeben, zum größten Teil als Schulden. Das bedeutet, daß schon 2028 oder 2029 ca. 50 % des Haushalts nur für Rüstung und Schulden bereitgestellt werden. Es übersteigt wohl noch unsere Vorstellungskraft, was das für Gesundheit, Bildung und Wissenschaft, für Rente und Pflege, für Infrastruktur, ja, für die Gesellschaft insgesamt bedeutet. Wir werden dieses Land nach seinem Kahl Schlag nicht wiedererkennen und wir alle werden Opfer einer Kriegspolitik sein, die uns schon im Frieden, besser: Nicht-Kriegs-Zustand, ruinieren, sozial und menschlich verelenden wird. Erkennen wir die Dramatik und wehren uns, wir zuerst, aber dann mit Millionen weiteren.

Die Wissenschaftler der Zeitung „The Bulletin of the Atomic Scientists“ schreiben es deutlich: Die neuen B 61-12 Atomwaffen kommen nach Büchel, zusammen mit den neuen F35-Bombern und sind schon auf dem Luftwaffenstützpunkt Lakenheath in Großbritannien. Allein der Umbau des Flughafens Büchel kostet zwei Milliarden Euro – wer bezahlt die wohl? Bei einer weiteren Zuspitzung der Sicherheitslage kommen auch Länder wie Polen und Finnland sowie Litauen als Stationierungsstandorte infrage. Die Nukleare Teilhabe Deutschland, die eindeutig dem NPT-Vertrag widerspricht, wird also fortgesetzt. Im Ernstfall werden deutsche Piloten und Offiziere die Atomwaffen über Moskau abwerfen.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte schließt nicht aus, daß künftig mehr US-Atomwaffen in Europa stationiert werden.

Nach dem jüngsten Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO bekennen sich die Verbündeten dazu, die nuklearen Fähigkeiten der NATO weiter zu stärken. Es geht aus Sicht der NATO und besonders der USA darum, zusätzlich 100 bis 150 nichtstrategische US-Atomwaffen in Europa zu stationieren.

Dazu kommt die neue erweiterte Atomwaffenpolitik von Frankreich. Es sind die vor allem von Frankreich vorangetriebenen Bemühungen um einen europäischen atomaren Schutzschirm unter seiner Regie. Nach der Vereinbarung mit Norwegen über französisches „nuklear sharing“ sollen weitere, z.B. mit Polen, folgen. Die Atomwaffenkooperation mit Deutschland wird massiv vorangetrieben. Der ehemalige Sponti Joschka Fischer will – nicht alleine – eine europäische Atombombe.

Atomwaffen sind nicht handhabbar: Der Atomkrieg aus Versehen, aus technischen und menschlichen Fehlern, verstärkt durch die KI, schwebt wie ein Damoklesschwert über uns – solange Atomwaffen existieren. Vergessen wir nicht: Auch in unseren sogenannten politischen Eliten wird immer wieder über die deutsche Bombe diskutiert. Über das undenkbar Denke wird fabuliert. Lange ist es in den Think Tanks und z.B. in der FAZ nicht mehr undenkbar, sondern unterliegt einer strategischen Überlegung, die „deutsche Bombe“ zu bauen.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Reaktion: Auch Rußland modernisiert seine Atomwaffen, baut sein Arsenal aus und stationiert diese in Belorußland, weitere werden in der Nähe zu Westeuropa folgen. Alle atomaren Rüstungskontrollabkommen mit Ausnahme des Zweiklassen-Vertrages Atomwaffensperrvertrag sind von den USA gekündigt oder liefen aus. Nie seit 1945 war die Gefahr eines Atomkrieges größer und realer.

Die Regierungspolitik wird uns als Abschreckung verkauft. Was für ein Wahnsinn, denn Abschreckung bedeutet nichts anderes als die permanente institutionalisierte Bereitschaft, die Vernichtung von Millionen Menschen binnen Minuten in Kauf zu nehmen und auch die eigene Vernichtung in Kauf zu nehmen – sie bedeutet nackten nuklearen Terror.

Es geht besonders der Bundesregierung aber in Wahrheit nicht darum, einen möglichen Gegner abzuschrecken (so verheerend das sein kann), es geht um den Ersteinsatz von zuerst auch nur konventionellen Mittelstreckenwaffen. Dazu will Deutschland die Tomahawks, vielleicht sogar später auch den Dark Eagle von den USA kaufen oder vergleichbare Mittelstreckenwaffen selbst produzieren, europäisch herstellen oder auch von der Türkei kaufen und bei uns unter US-Regie stationieren. Diese Waffen sind Erstschlagswaffen, Angriffswaffen gegen Rußland.

Ist das also das Ziel – zum dritten Mal gegen Rußland?

Die Vernichtung Europas wird bewußt eingeplant, denn Europa wird einen Atomkrieg nicht überleben.

Müssen nicht all die Damen und Herren, die dieses planen, schnellstmöglich nach Den Haag in eine Zelle, um für die Vorbereitung von Angriffskriegen und die geplante Vernichtung von Millionen von Menschen verurteilt zu werden?

Um dieses Vernichtungsszenario zu verhindern, sind wir alle gefordert: jetzt, hier und heute, in diesem Herbst und darüber hinaus.

Die Militarisierung der Gesellschaft ist in vollem Gange

(Teil 1)

Ein Krieg beginnt nicht mit dem ersten Schuß. Er wird systematisch vorbereitet durch die Militarisierung aller Bereiche der Gesellschaft.

Die Militarisierung der Massenmedien

In einem jahrelangen, schleichenden Prozeß ist es den Machteliten gelungen, wesentliche Teile der deutschen Medien auf eine stramm transatlantische Linie einzuschwören. Sämtliche Leitmedien spielen in Endlosschleife das Lied von den bösen Russen, die spätestens dann angreifen, wenn wir uns kriegstauglich gerüstet haben. Die permanente Wiederholung zeigt breitflächige Wirkung.

Der Operationsplan Deutschland

Die militaristische Propaganda geht davon aus, daß Deutschland durch seine zentrale Lage in Europa in künftigen Konflikten eine besonders brisante Rolle zu spielen hat: Bis zu 800 000 Soldaten müßten mit ihren Waffen und Fahrzeugen so schnell wie möglich quer durch Deutschland, bevorzugt durch dessen Norden, an die Ostfront transportiert werden, umfassende Versorgung inklusive. Die Sicherung der Wege zum Rücktransport für Verletzte, Gefallene, Flüchtende und defektes Material kommt hinzu.

Dafür gibt es den inhaltlich geheimen „Operationsplan Deutschland“ (OPLAN DEU). Er führt die militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung mit den zivilen Unterstützungsleistungen in einem operativen Plan zusammen. Darin ist festgehalten, daß zivile Behörden wie Länder und Kommunen, Polizei und gegebenenfalls Krankenhäuser, Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophenschutz und THW sowie private Anbieter (beispielsweise Tank- und Raststätten) Leistungen für militärische Zwecke zu erbringen haben.

Die Einrichtung von Rast- und Versorgungsplätzen bei Manövern (CSC)

Je nach Bedarf werden bei Übungen und im Konfliktfall sogenannte Convoy Support Center (CSC) gebildet. Das sind militärische Rastplätze, deren Lage variieren kann. Ein CSC bietet Betankung, Verpflegung, Instandsetzungsmöglichkeiten sowie Ruheplätze für bis zu 800 Personen. Für die Ausweisung solcher Plätze sind die Kommunen zuständig. Die Firma Rheinmetall sicherte sich für deren Betrieb einen 260-Mio-Euro-Rahmenvertrag.

Die Schaffung eines „militärischen Schengen-Raumes“ für Transportzwecke

Das „Transeuropäische Verkehrsnetz“ der Europäischen Union soll ein einheitliches Netz aus Schienen, Straßen, Wasserwegen, Häfen und Flughäfen in ganz Europa schaffen. Damit sollen Lücken zwischen nationalen Netzen geschlossen, Engpässe beseitigt und der EU-Binnenmarkt gestärkt werden. Vertreter der EU, Deutschlands, Polens und der Niederlande unterzeichneten außerdem eine Vereinbarung über einen sogenannten Musterkorridor für den reibungslosen Transport von Truppen und Material an die NATO-Ostflanke. Darin sollen bürokratische Prozesse verkürzt werden. Mit dem gleichen Ziel wurde vertraglich festgelegt, daß die Bundeswehr und ihre NATO-Partner auch in Friedenszeiten die freie Erlaubnis für die Nutzung der Verkehrswege bekommen. Für Militärkonvois oder Schwertransporte sind keine Genehmigungen mehr nötig, auch dann nicht, wenn sie die Grenzen von Bundesländern oder EU-Staaten überqueren, unabhängig von Nachfahrverboten oder Lärmschutzzonen.

Die militärische Nutzung maritimer Infrastruktur

Es gibt kaum einen deutschen Seehafen, der nicht schon im Rahmen von NATO-Großmanövern zum Transport von zehntausenden von Soldaten und ihrem Material in Richtung Osten genutzt worden wäre. Die militärische Nutzung von Hafenstrukturen durch Werften und andere militärische Produktionsstätten sowie durch militärische Kommandostrukturen ist gang und gäbe. Bremen ist die Stadt mit der höchsten Rüstungsdichte: Hier werden etwa 7 % der deutschen Rüstungsproduktion generiert. Den höchsten Wachstumsfaktor weist Bremerhaven auf, wo die zivile Hafeninfrastruktur für 1,3 Milliarden Euro ausgebaut und voraussichtlich ein komplett neuer Militärhafen errichtet werden soll. Des weiteren seien Emden, Hamburg und Rostock als besondere Schwerpunkte militärischer Hafennutzung genannt. Pläne für Erweiterungen gibt es fast überall.

Die Militarisierung der Werften

Nach den Ergebnissen aus der 35. Schiffbauumfrage der IG Metall Küste erwarten 57 Prozent (Vorjahr 37 %) der Unternehmen mehr Aufträge bis 2027. Die gestiegene Nachfrage nach U-Booten und Kriegsschiffen sorgt für volle Auftragsbücher. Ein leitender IG-Metallfunktionär sieht „positive

Perspektiven für den Aufbau neuer Arbeitsplätze“.

Die militärische Nutzung von Zivilflughäfen

Der obskure Drohnenangriff auf den Airport Halle/Leipzig Anfang August brachte die Tatsache der militärischen Nutzung ziviler Flughäfen erneut ans Licht. Angriffsziel war ein Transportflugzeug mit Munition für die Ukraine. Auf dem Airport sind militärische Schwerlasttransporte für NATO- und EU-Einsätze längst Routine. Generell ist die Einbindung ziviler Flughäfen ein fester Bestandteil bei Großmanövern. Der Operationsplan Deutschland sieht vor, daß die Bundesrepublik auch im Luftverkehr die zentrale logistische Drehscheibe für Aufmarsch und Nachschub an die Ostflanke spielt.

Der Zustand des deutschen Transportsystems

Die deutsche Transportinfrastruktur – bestehend aus den Hauptkomponenten Schienen, Straßen und Wasserwege – ist aus militärischer Sicht nicht in der Lage, Schwertransporte in Richtung Osten schnell und in hoher Frequenz zu leisten. In den nächsten Jahren werden demnach Investitionen in Höhe über 450 Milliarden Euro – dem Gesamtvolumen eines Bundeshaushalts – benötigt.

Schiene

Das deutsche Schienensystem ist die wichtigste Komponente der Militärlogistik und befindet sich einschließlich Tunneln, Brücken und anderen Schlüsselkomponenten wie Signalsteuerzentralen, Bahnübergängen, Weichen und Oberleitungen aus militärischer Sicht in „äußerst schlechtem Zustand“. Zur Zeit wird bei der Bahn massiv gebaut. Für 2026 rechnet man mit 28 000 Baustellen. Als Grund wird meist eine verbesserte Pünktlichkeit genannt. Es liegt aber nahe, daß es dafür wichtige (wenn auch diskret verschwiegene) militärische Motive gibt, zumal einige Strecken, die jetzt mit großem Aufwand modernisiert werden, schon vor wenigen Jahren grundsanisiert wurden, z. B. Berlin – Hamburg, Hamburg – Hannover, Frankfurt – Mannheim. Nach Auskunft von Bahninsidern wurde damals nur auf die zivile Ertüchtigung Wert gelegt, während es jetzt darum gehe, das Gleisbett und die Brücken für Militärtransporte schwerlastfähig zu machen. Auch zwischen den militärisch genutzten Häfen Hamburg und Rostock wird

die Strecke saniert. Investiert wird ebenfalls in Verlade- und Umschlagbahnhöfe, in die Anschaffung von Diesel-Loks und von Flachwagen zum Panzertransport.

Straßen und Autobahnen

Auch die Straßenverbindungen stehen im Fokus militärischer Überlegungen. Die Brücken und der Unterbau der Fahrbahn sowie deren Breite müssen schwerlastfähig sein. Im Jahr 2026 prägen rund 1000 Baustellen das deutsche Autobahnnetz, darunter zahlreiche Großprojekte. Der Weiterbau der A20 bis Emden hat unter militärischen Gesichtspunkten besonderes Gewicht, weil er eine Lücke in der Landverbindung zwischen den Nordseehäfen in Antwerpen, Rotterdam und der deutschen Küste bis nach Polen hinein schließen würde.

Umfangreiche Sicherheitsübungen von Polizei, Bundeswehr und weiteren Behörden

Die Bundeswehr ist im Konfliktfall auf maximale zivile Unterstützung angewiesen und arbeitet daher eng mit den Innenministerien der Länder zusammen. Krankenhäuser müssen Betten und Personal für die Versorgung von Verwundeten bereithalten. Polizei, THW, Feuerwehren, DRK und andere Hilfsorganisationen übernehmen ebenfalls zentrale Aufgaben. Gleiches gilt für die kommunale Verwaltung. Hierzu fand deutschlandweit im März dieses Jahres eine mehrtägige Sicherheitsübung statt. Polizei, Bundeswehr (u.a. Feldjäger), Bundespolizei, Feuerwehren und Hilfsorganisationen trainierten mit über 2500 zivilen und militärischen Einsatzkräften die Abwehr „komplexer terroristischer Anschläge“, einschließlich maritimer Bedrohungen und Drohnenabwehr. Der Sanitätsdienst der Bundeswehr erprobte zusammen mit zivilen Blaulichtorganisationen und 1400 Teilnehmenden im Rahmen der Übung „Medic Quadriga 2026“ die Rettungskette Verwundeter aus dem Baltikum nach Deutschland.

Die Rolle der Kommunen im Konfliktfall

Den Kommunen fällt eine entscheidende Rolle bei der Organisation zivil-militärischer Zusammenarbeit zu. In einer Großstadt könnten täglich bis zu 6000 Arztbesuche anfallen und bis zu 1000 Verletzte versorgt werden müssen. Medikamente und Platz in Krankenhäusern müssen vorgehalten werden. Die Bürger stehen zurück. Die Kommunen haben die Truppentransporte zu unterstützen, die Convoy Support Center auszurichten und Ersatzteile sowie die Versorgung zu organisieren. Verwaltungsmitarbeiter werden trainiert für den Fall, daß Kollegen aus anderen Ressorts eingezogen oder verletzt wurden, um dann Tätigkeiten auszuführen, die sie bisher nicht verrichten mußten. Vielerorts existieren für den Krisen-

Versorgungs- oder Verteidigungsfall vordefinierte Verwaltungsstrukturen und Behörden, die im Alltag nicht als eigenständige Ämter sichtbar sind, sondern als „schlafende Strukturen“ auf dem Papier bereitgehalten werden (wie etwa „Ernährungsämter“ oder spezielle Ämter für Notversorgung). Im Ernstfall werden sie durch gesetzliche Mechanismen sofort aktiviert und hochgefahren.

Nicht nur kommunale Einrichtungen, sondern auch private Liegenschaften, Dienstleistungen und Güter können auf der Grundlage der „Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze“ (s. zweiter Teil des Artikels im Oktober-RF) für militärische Belange requiriert werden.

Die Militarisierung des Gesundheitswesens

Eine Studie stellt klar, daß Milliardenbeträge nötig sind, um Krankenhäuser kriegstüchtig zu machen. Die Mittel dazu sollen aus dem Sondervermögen „Verteidigung“ bereitgestellt werden. Während im Alltag aus Profitgründen Personalmangel herrscht und Kliniken unter Sparzwängen leiden, werden aus dem Militäretat immense Summen für Kriegsvorbereitungen beansprucht. Außerdem solle die Lage beim Bau zukünftiger Krankenhäuser nach militärischen Gesichtspunkten geplant werden, etwa in der Nähe von Flughäfen und anderen Knotenpunkten. Im Kriegsfall werden unterirdische Strukturen (Operationssäle, Krankenzimmer etc.) gebraucht. Zudem soll ein Pool mit bis zu 20 000 Hilfskräften aufgebaut werden, die die Kliniken im Krisenfall unterstützen. Zivile Krankenhäuser sollen in die militärische Logistik und Versorgungskette eingebunden werden. Angesichts knapper Ressourcen wird im Kriegsfall nicht nach medizinischen, sondern nach militärischen Kriterien entschieden, wer behandelt wird – ein wichtiger Grund, von einer „Militarisierung“ des Gesundheitswesens zu sprechen.

An einem „Gesundheitssicherstellungs-gesetz“ für den Kriegsfall wird gearbeitet. Es soll Teil des Maßnahmenpaketes sein, das man im Volksmund als „Notstandsgesetze“ bezeichnet. In Berlin gibt es bereits die „Arbeitsgruppe Zivile Verteidigung Krankenhäuser“ (AG ZVKH Bln), an deren Arbeitssitzungen Vertreter der Bundeswehr, der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung und der Polizei teilnehmen. Auch Vertreter der zivilen Hilfsorganisationen und des Katastrophenschutzes sind eingebunden. Dort wurde ein detaillierter Katalog von Krisenvorgaben erarbeitet.

Die Militarisierung des Gesundheitswesens findet auch in der Form statt, daß Militärangehörige als „Sanitätssoldaten“ ärztliche Maßnahmen wie die Verabreichung von Spritzen und Medikamenten übernehmen sollen. Das erinnert an die sogenannte Corona-Pandemie, als die

Bundeswehr nicht nur die Leitung des Krisenstabs, sondern im Zuge der Amtshilfe Aufgaben von Gesundheitsämtern, Impfzentren oder im Bereich der Logistik übernahm.

Arztpraxen werden dem Vernehmen nach angefragt, wie sie auf einen Massenansturm von Verletzten im Kriegsfall vorbereitet sind. Entsprechende Handreichungen liegen vor.

Die Militarisierung der Wirtschaft

Während die deutsche Industrie kollabiert und Hunderttausende von Arbeitsplätzen verlorengehen, wird versucht, verschwundene Marktsegmente durch die Kriegswirtschaft zu ersetzen. Schon jetzt sind viele mittelständische Unternehmen in der Verteidigungsbranche aktiv, und sei es nur als Zulieferer. Rüstungsproduktion vergrößert aber die Kriegsgefahr, denn ein konkreter Bedarf an Kriegsgütern besteht nur in Kriegzeiten. Je länger ein Krieg dauert, desto höher der Profit. Es gibt kein Zurück zur Normalität, denn das würde Rezession bedeuten. Kriege werden zum konjunkturellen Dauerprogramm.

Den Topmanagern des VW-Konzerns soll auf einem streng geheimen Treffen Anfang 2025 zugesichert worden sein, im Jahre 2026 werde der Spannungsfall verkündet, dann verbessere sich die Geschäftslage durch Rüstungsaufträge. Krieg ist kein Problem mehr für die Wirtschaft – Krieg ist (scheinbar) die Lösung.

Das Pendant zu nationalen Maßnahmen ist das europäische European Defence Industry Programm, kurz EDIP. Es beschreibt die Transformation von einer Friedens- zur Kriegswirtschaft. 1,5 Milliarden Euro sollen für die Jahre 2025 bis 2027 investiert werden. Mit hoher Eigenversorgung, kurzen Lieferketten und koordinierter Rüstungsproduktion soll Europa seine Abhängigkeit von Drittstaaten reduzieren.

Die angeblichen Vorteile von „Dual Use“

Bei Produkten, die sowohl im militärischen als auch im zivilen Sektor genutzt werden können („Dual Use“), sinkt die moralische Schmerzgrenze der Hersteller. Solche Güter sind schon lange gang und gäbe, etwa GPS-Systeme, Lasertechnik und Drohnen „Dual Use“ wird aber zunehmend als bewußtes Geschäftsmodell entdeckt. Aluminiumlegierungen werden im leichten Fahrzeug- oder Flugzeugbau sowie für Raketen verwendet. Grundstoffe für Düngemittel, Medikamente oder Farbstoffe taugen auch für Kampfstoffe usw. Firmen suchen nach Möglichkeiten, Dual-Use-Komponenten in ihre Produktpalette aufzunehmen.

*Am 27.6. 2026 fand eine gemeinsame Tagung der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal und des „RotFuchs“-Fördervereins in Leipzig statt. Der Teilnehmer **Mike Nagler** schildert seine Eindrücke von der Friedenskonferenz.*

Nicht nur analysieren – gemeinsam handeln!

Kriege beginnen dort, wo Milliarden für Aufrüstung plötzlich als „Investitionen in den Frieden“ gelten, wo Schulen zu Rekrutierungsfeldern der Bundeswehr werden, Sozialabbau als notwendiger Beitrag zur „Kriegstüchtigkeit“ verkauft wird und diejenigen, die vor einer weiteren Eskalation warnen, als naiv oder gar als „Feinde der Demokratie“ diffamiert werden. Die Bundesrepublik beteiligt sich seit Jahren immer tiefer an imperialistischen Auseinandersetzungen – verdeckt durch politische Einflussnahme und Finanzierung sogenannter „Softpower“, offen durch Waffenlieferungen, Militärhilfe und milliardenschwere Unterstützung der Regierung in Kiew. Wer verstehen will, wohin diese Entwicklung führen kann, muß nicht in die Zukunft blicken. Ein Blick auf die Entwicklung in der Ukraine seit dem Ende der Sowjetunion, auf die „orangene Revolution“, den Maidanputsch von 2014 bis heute zeigt, wie unter den Schlagworten Demokratie und europäische Integration schrittweise eine Gesellschaft militarisiert, kommunistische Parteien verboten, sowjetische Denkmäler zerstört und Geschichte umgeschrieben wurde. Nichts davon geschah über Nacht. Es geschah Schritt für Schritt.

Auch in der Bundesrepublik erleben wir gegenwärtig einen tiefgreifenden politischen Umbau. Vieles geschieht schleichend und beinahe geräuschlos. Gerade deshalb ist es notwendig, daß sich diejenigen, die diesen Kurs nicht mittragen wollen, austauschen, voneinander lernen und gemeinsame Antworten entwickeln. Vor diesem Hintergrund hatte die Marx-Engels-Stiftung gemeinsam mit der „RotFuchs“-Regionalgruppe Leipzig am 27. Juni zu einer Tagung unter dem Titel „*Parlamentarische Demokratie & Friedensfrage*“ eingeladen. Als die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Morgen das Tagungsgebäude erreichten, lag eine drückende Sommerhitze über Leipzig. Das Thermometer näherte sich der Vierzig-Grad-Marke. Um so angenehmer war der Kontrast im klimatisierten Veranstaltungssaal, der beste Voraussetzungen für einen langen Tag intensiver Diskussionen bot. Rund 70 Teilnehmer waren gekommen. Vertreten waren Genossinnen und Genossen vom „RotFuchs“, der Marx-Engels-Stiftung, der VVN-BdA, ISOR, der GRH, der SDAJ, dem Deutschen Friedensrat, dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden sowie aus den Parteien

DKP und KPD, der KPF in der Partei Die Linke und weiteren kommunistischen, antifaschistischen und friedenspolitischen Organisationen.

Trotz der erfreulich breiten Beteiligung blieb gleich zu Beginn ein zwiespältiger Eindruck. Der Saal war gut gefüllt – und doch hätte er voller sein müssen. Während die herrschende Klasse die größte Aufrüstung seit Jahrzehnten organisiert, die Gesellschaft zunehmend militarisiert und die Bevölkerung auf neue internationale Konflikte vorbereitet, bleibt die organisierte Gegenwehr bislang weit hinter den Erfordernissen zurück. Besonders auffällig war die Altersstruktur der Teilnehmer. Vor allem ältere Genossinnen und Genossen prägten das Bild. Die Generation, die die Folgen der gegenwärtigen Kriegspolitik am längsten tragen wird, war nur vereinzelt vertreten. Gerade deshalb machte der Bericht eines jungen Aktivisten Mut, der über die aktuellen Proteste gegen Wehrpflicht und Militarisierung an Schulen sprach. Sein Beitrag zeigte, daß auch unter jungen Menschen Widerstand wächst – vielleicht noch zaghaft, aber er wächst. Solche Ansätze verdienen unsere volle Unterstützung.

Im Mittelpunkt des Tages stand immer wieder dieselbe Frage: Warum gelingt es dem Imperialismus, breite Zustimmung für Aufrüstung und Kriegspolitik zu organisieren, während es der Friedensbewegung bislang nur unzureichend gelingt, eine gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen? Den politischen Auftakt gestalteten Prof. Ekkehard Lieberam und Dr. Manfred Sohn. Beide näherten sich der gegenwärtigen Entwicklung aus unterschiedlichen Blickwinkeln, zeichneten jedoch ein übereinstimmendes Gesamtbild. Die zunehmende Militarisierung sei weder eine vorübergehende Erscheinung noch das Ergebnis einzelner politischer Fehlentscheidungen. Sie sei Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus. Die sich verschärfenden ökonomischen und geopolitischen Widersprüche führten dazu, daß die imperialistischen Staaten immer häufiger zu militärischen Mitteln greifen. Krieg erscheine ihnen erneut als Fortsetzung ihrer Politik mit anderen Mitteln. Wer deshalb über Frieden sprechen wolle, dürfe die Eigentumsfrage nicht ausklammern. Solange die Produktionsmittel privaten Profitinteressen unterworfen bleiben, bleibe auch der Frieden dauerhaft gefährdet.

Ein weiterer Schwerpunkt der beiden Referate war die Entwicklung im Inneren der Bundesrepublik. Übereinstimmend vertraten beide Referenten die Auffassung, daß die herrschende Klasse gegenwärtig keinen offenen Faschismus benötige, um ihre Politik der Aufrüstung, des Sozialabbaus und des Demokratieabbaus durchzusetzen. Die bestehenden parlamentarischen Strukturen reichten derzeit aus, um diese Entwicklung Schritt für Schritt voranzutreiben. Daraus ergab sich zugleich eine wichtige Schlußfolgerung für den antifaschistischen Kampf. Antifaschismus dürfe nicht auf eine bloße moralische Haltung gegen „rechts“ reduziert werden, sondern müsse seine gesellschaftlichen Ursachen in den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen benennen. Wenn ausgerechnet Parteien und staatliche Institutionen, die Aufrüstung vorantreiben und soziale Errungenschaften abbauen, sich heute als Speerspitze des Antifaschismus präsentieren, dann gilt es, diese Widersprüche immer wieder offenzulegen. In diesem Zusammenhang erinnert der Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 an den eigentlichen Kern antifaschistischen Handelns: „(...) Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. (...)“ Antifaschismus erschöpft sich nicht in der Ablehnung faschistischer Erscheinungsformen. Er richtet sich gegen ihre gesellschaftlichen Ursachen. Vor diesem Hintergrund wurde auf der Tagung auch die Tatsache diskutiert, daß antifaschistische Symbolik zunehmend politisch vereinnahmt wird. Während unter dem Slogan „Alle zusammen gegen den Faschismus“ mobilisiert wird, schreiten gleichzeitig Aufrüstung, Sozialabbau und Einschränkungen demokratischer Rechte voran. Gerade diese Entwicklung macht eine klassenmäßige Orientierung des Antifaschismus notwendiger denn je. In diesem Zusammenhang erinnerte Manfred Sohn an die Notstandsgesetze von 1968. Viele der damals geschaffenen rechtlichen Instrumente bestehen bis heute fort. Wer verstehen will, welche Möglichkeiten dem Staat in Zeiten verschärfter internationaler Spannungen bereits heute zur Verfügung stehen, kommt nicht daran vorbei, sich damit zu beschäftigen.

Besonders eindrücklich erschien mir in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus Göttingen, welches Manfred Sohn

anführte: Dort fand am 22. Juni – dem Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion – eine antifaschistische Demonstration statt. Doch ausgerechnet dieses historische Datum spielte in den Redebeiträgen verschiedener Organisationen praktisch keine Rolle. Daß auf einer antifaschistischen Kundgebung an diesem historischen Datum die Erinnerung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion nahezu ausgeblendet wird, verdeutlicht, wie weit die Umdeutung der Geschichte inzwischen vorangeschritten ist. Wo historische Zusammenhänge verblassen, fällt es leichter, neue Feindbilder aufzubauen und alte Gewißheiten umzudeuten. Nach der Mittagspause kamen Vertreter verschiedener Organisationen und Initiativen zu Wort. Die Themen reichten von sozialen Kämpfen über internationale Entwicklungen bis hin zu strategischen Fragen der kommunistischen Bewegung. Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte zog sich ein gemeinsamer Gedanke durch nahezu alle Beiträge: Die Sorge über den gegenwärtigen politischen Kurs ist groß – ebenso aber auch die Bereitschaft, sich ihm nicht kampfflos zu fügen.

Ich selbst berichtete in einem kurzen Beitrag von der III. Internationalen Antifaschistischen Konferenz, die wenige Wochen zuvor in Moskau stattgefunden hatte. Delegationen aus nahezu einhundert Ländern waren dort zusammengekommen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Perspektiven im Kampf gegen Imperialismus, Krieg und Faschismus zu entwickeln. Gerade dieser internationale Blick erschien mir für unsere Diskussion von besonderer Bedeutung. Hierzulande neigen wir bisweilen dazu, unsere eigene Schwäche für den allgemeinen Zustand der kommunistischen Weltbewegung zu halten. Wer jedoch den Blick über die Landesgrenzen richtet, erkennt ein anderes Bild. In zahlreichen Ländern sind kommunistische Parteien und antiimperialistische Organisationen fest in der Arbeiterklasse verankert. Sie verfügen über starke Jugendorganisationen, wirken in Gewerkschaften, Massenorganisationen und Parlamenten und genießen gesellschaftlichen Einfluß. Unsere gegenwärtige Schwäche ist deshalb kein Naturgesetz. Sie ist Ergebnis einer konkreten historischen Entwicklung – und damit auch veränderbar. Im Ausland wird mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, was sich gegenwärtig in der Bundesrepublik vollzieht. Viele

Genossinnen und Genossen äußerten in Moskau ihre Sorge über die zunehmende Russophobie, über die Umdeutung der Geschichte und über Angriffe auf sowjetische Ehrenmale. Daß versucht wird, die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung Europas vom Faschismus aus dem historischen Bewußtsein zu verdrängen, bleibt international keineswegs unbemerkt.

So wertvoll die Vielzahl der Referate auch war, wurden im Verlauf des Tages doch zugleich die Grenzen dieser Tagungsform sichtbar. Für eine wirkliche gemeinsame

werden wir die bestehende Zersplitterung kaum überwinden.

Gerade deshalb kann die vom 13. bis 15. November in Erfurt stattfindende Vernetzungs- und Aktionskonferenz ein folgerichtiger nächster Schritt sein. (Anmeldungen über: www.aktionskonferenz.de oder per Mail an: info@aktionskonferenz.de) Im Mittelpunkt sollen das gegenseitige Kennenlernen, der offene Erfahrungsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer praktischer Vorhaben stehen.

Denn eines wurde auf der Leipziger Tagung immer wieder deutlich: Das Bewußtsein über die Zuspitzung der gesellschaftlichen Lage wächst. Immer mehr Menschen erkennen, daß Militarisierung, Sozialabbau und Demokratieabbau zusammengehören. Doch dieses wachsende Bewußtsein spiegelt sich bislang nur unzureichend in der organisatorischen Stärke einer linken Bewegung wider. Um es zu entwickeln, müssen Menschen einander kennenlernen, miteinander diskutieren, Vertrauen entwickeln und lernen, trotz bestehender Unterschiede, gemeinsam handeln. Ohne diesen Prozeß bleibt jede organisatorische Konstruktion letztlich nur ein Wunschbild.

Die Leipziger Tagung hat gezeigt, daß das Bedürfnis nach einem solchen Austausch vorhanden ist. Sie hat aber ebenso deutlich gemacht, daß unsere gemeinsamen Aufgaben inzwischen größer geworden sind als die Möglichkeiten jeder einzelnen Organisation. Unsere Bewegung ist mitnichten darauf vorbereitet, dem, was in den Folgejahren auf uns zukommen wird, auch nur ansatzweise etwas entgegenzusetzen. Während der Imperialismus seine wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte zunehmend bündelt, können wir es uns nicht leisten, dauerhaft nebeneinander zu arbeiten. Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt zahlreiche Spaltungen. Sie kennt aber ebenso viele Beispiele

dafür, daß Kommunisten, Sozialisten und andere Linke den Mut fanden, Brücken zu bauen, ohne ihre politischen Überzeugungen aufzugeben. Vielleicht besteht gerade darin heute unsere wichtigste Aufgabe: nicht auf den Tag vollkommener Übereinstimmung zu warten, sondern dort, wo gemeinsames Handeln möglich und nötig ist, damit zu beginnen. Die Zeit drängt. Aber sie ist noch nicht verloren. Sie gehört denen, die den ersten Schritt wagen. Karl Liebknechts Losung hat bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“

Die Broschüre zur Leipziger Tagung ist erhältlich unter:

Wolfgang Dockhorn, PF 021219, 10123 Berlin oder WDockhorn@t-online.de



Debatte blieb nicht genügend Zeit. Gegen Ende der Veranstaltung sprach ein Teilnehmer genau diesen Punkt offen an. Er wünsche sich künftig mehr Raum für Diskussion, Kontroverse und gemeinsames Nachdenken. Einige im Saal nickten zustimmend. Der Ablauf des Tages ließ sich zwar nicht mehr verändern, doch der Einwurf wirkte nach. Vielleicht gerade deshalb, weil er einen Nerv traf. Denn unsere Bewegung leidet heute nicht in erster Linie an einem Mangel an Analysen. Davon gibt es viele – und oftmals ausgezeichnete. Woran es fehlt, sind Räume, in denen unterschiedliche Erfahrungen zusammengeführt, Positionen offen diskutiert und schließlich in gemeinsames Handeln übersetzt werden können. Solange wir vor allem nebeneinander sprechen, statt miteinander um die besten Wege zu ringen,

Bundesregierung gibt alles für Kriegsvorbereitung

Widerstand gegen Generalangriff

Die Bundesregierung wirkt wie getrieben, wenn sie im Wochentakt neue soziale Grausamkeiten präsentiert. In den Medien werden sie als Reformen verkauft. In Wahrheit handelt es sich um einen Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte der Beschäftigten, der Rentner, der Familien – der übergroßen Mehrheit der Menschen in Deutschland. Das Ganze wird in einem Tempo und Umfang vorgetragen, daß es schwerfällt, den Überblick zu behalten. Ende Juni waren es noch die Angriffe auf die Rente, jetzt ist es das Reformpaket, das uns laut Kanzler Merz aus der „Schwäche unserer Volkswirtschaft“ führen soll. Ein besonderer Aufreger: Die verpflichtende Krankschreibung ab dem ersten Arbeitstag. Angeblich sind die Arbeitenden zu oft krank. Daß die Neuregelung schon allein wegen überfüllter Arztpraxen Quatsch ist, weiß auch die Regierung. Es handelt sich um eine perfide Ablenkung von den anderen Angriffen, etwa der Ausweitung von befristeten Arbeitsverträgen auf 48 Monate. Sie bedeutet vier Jahre Unsicherheit, bis zu sechs Mal hintereinander, also 24 Jahre lang. Oder die sogenannte Steuerreform.

Mit der lächerlichen Anhebung des Spitzesteuersatzes wird so getan, als ob alle Teile der Gesellschaft herangezogen würden.

Daß von Merz keiner mehr etwas erwartet, machen seine immer weiter sinkenden Beliebtheitswerte deutlich. Auch über die SPD scheint es in der Bevölkerung kaum noch Illusionen zu geben. Dennoch ist der Widerstand noch zu schwach. Zu viel wird noch auf die Unfähigkeit des politischen Personals geschaut, zu wenig auf den langfristigen Kurs der Bundesregierungen.

Die eine Seite ihres Auftrags macht der im Sommer ausgelaufene Tankrabatt deutlich. Zwei Monate lang verzichtete Finanzminister Klingbeil (SPD) auf knapp 20 Cent Steuereinnahmen pro verkauftem Liter Sprit. Das Bundeskartellamt meldete, daß die Steuersenkung von den Konzernen nicht komplett weitergegeben wurde. Und am Ende der Steuersenkung machten die Konzerne noch einmal Reibach: Die Preise zogen deutlich vor dem Ende des Rabatts wieder an. Der mit Steuerabzügen verbilligte Sprit wurde teurer verkauft. Es geht allein um die Absicherung der Profite der Konzerne.

Die andere Seite des Auftrags machte Klingbeil bei der Präsentation des Haushaltsentwurfs 2027 deutlich: In allen Ressorts wird der Rotstift angesetzt, damit für die Kriegsvorbereitung ein Drittel mehr Geld zur Verfügung steht als im vorigen Jahr. Knapp 110 Milliarden Euro sollen für die Aufrüstung der Bundeswehr zur Verfügung stehen, jeder dritte Euro des Haushalts. Hinzu kommen Milliarden aus den „Sondervermögen“ genannten Schulden oder der Kriegsunterstützung für die Ukraine. Dafür ist der Finanzminister bereit, an die Rücklagen zu gehen und neue Rekorde zu machen. Der Haushaltsentwurf steht exemplarisch für die Linie der Bundesregierung: Der Militarismus wird vorangetrieben, zu Lasten der Mehrheit und zu Gunsten der Profite der Banken und Konzerne. Alles, um gemeinsam mit und in Abhängigkeit von den USA die weltweite Vormacht gegen Rußland und China sichern zu können – auch durch Krieg. Wer diesen Zusammenhang nicht erkennt, ist nicht in der Lage, den notwendigen Widerstand zu organisieren.

Björn Blach
Redaktionell gekürzt
UZ, 10.7.2026

Beginnende Mobilisierung gegen Verarmung und Krieg

Zeit zum Aufsteh'n

Scheinbar unbeeindruckt walzt die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD alles nieder, was dieses Land am Laufen und Leben hält. Rund 12 000 Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen hatten Mitte Juni von Hannover im Norden bis nach Bayern und Baden-Württemberg im Süden engagiert wie kundig gegen den drohenden Kahlschlag in Krankenhäusern und Arztpraxen protestiert. Noch zu wenig, um Bundeskabinett und die sie tragenden Parteien von ihrem Plan abzubringen, dieses Gesetzespaket durch das Parlament zu peitschen. Wie die durchgestochenen Pläne der Rentenkommission zeigen, wollen Kanzler Merz und die Asozial-Ministerin Bas die schon auf 67 angehobene Regelaltersgrenze weiter nach oben schrauben. Das wird den Anteil der bitterarmen Alten in diesem Land steigern. Passend dazu hatte *tagesschau.de* am 21.6. gemeldet: „Kaffeetrinken gehen – das ist für viele Senioren inzwischen Luxus“. Das Wohngeld, „bedauert“ Wohnungsbauministerin Verena Hubertz (SPD), soll um zwei Milliarden Euro gekürzt werden. Die geplanten Veränderungen beim Heizungsgesetz werden dazu führen, daß

weitere Wohnungen vom Markt verschwinden, weil die Vermieter keine Lust haben, sich an den dort vorgesehenen Kosten für neue Heizungen zu beteiligen. Beides wird die Mieten weiter steigen lassen.

Und über allem schwebt die größte Gefahr: die, daß der irrwitzige Hochrüstungskurs nicht nur die staatlichen Budgets von Bund, Ländern und Kommunen aussaugt, sondern zum dritten großen Krieg gegen Rußland führt. Wie provozierend die Regierung dabei vorgeht, wird am Manöver der Panzerbrigade in Litauen Anfang Juni deutlich. Die Bundeswehr ließ an der Grenze zu Rußland erneut das Töten von russischen Männern und Frauen üben. Zu lange herrschte demgegenüber Schweigen im Lande. Das liegt auch daran, daß die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu lange stillgehalten haben. Die Spitzen der potentiell wichtigsten Kraft, die den Weg in Verarmung und Krieg stoppen kann, decken diesen Kurs. Dem Schlachtruf „Alles für den Krieg gegen Rußland!“, mit dem die Ausplünderung öffentlicher Kassen begründet wird, setzen sie keinen energischen Widerstand entgegen. Manchmal sind es ihre Parteibücher

von SPD oder Grünen, meist die Illusion in Sozialpartnerschaft und das Mitgestalten im Betrieb oder auf Regierungsbänken.

Auf den örtlichen Ebenen der Gewerkschaften und in den Betrieben beginnt sich das zu ändern. Dort wächst der Unmut, sich wie ein Lamm zur Schlachtbank führen zu lassen. Landauf, landab bilden sich Initiativen, die den Protest nun endlich auf die Straße tragen. Gegen den Kurs auf Massenverarmung und „Generalangriff“ auf den Sozialstaat, wie es ver.di zu Recht formulierte. Noch (zu) zaghaft, aber immer unübersehbarer wird auf den bisher durchgeführten Kundgebungen der Zusammenhang von Hochrüstung und Sozialabbau thematisiert. Das geschieht noch vor allem durch Transparente und Fahnen. Zu wenig wird über diesen Zusammenhang noch in den Betrieben und Basisorganisationen der Gewerkschaften diskutiert. Aber auch das wird sich ändern, wenn diejenigen, die diesen Zusammenhang erkannt haben, mehr und mutiger werden.

Manfred Sohn
Redaktionell gekürzt
UZ, 26.6.2026

Eine Apologie des Kapitalismus

Sven Beckert schreibt eine Geschichte des Kapitalismus, die voller historischer Fakten steckt

Vor ein paar Wochen las ich in der *jungen Welt* eine Rezension, in der es um die Geschichte des Kapitalismus geht. Nun, der Kapitalismus geht uns – leider – alle an, also bestellte ich mir das Werk und bekam einen gewaltigen Wälzer geschickt. Skeptisch begann ich zu lesen und war überrascht, einmal angefangen, konnte ich nicht mehr aufhören. Man kann Beckert vieles vorwerfen, aber schreiben kann er, und zwar so, daß ihn jeder versteht. Wobei gleich zu Beginn gesagt werden soll, daß der „Schinken“ 1279 Seiten mit rund 1500 Fußnoten, die auf 160 Seiten in vier Punktsschrift am Ende des Buches zu finden sind, umfaßt. Eine wahrhaft professorale Leistung, denn ohne dutzende williger Studenten ist ein solches Vorhaben wohl nicht zu stemmen. Und richtig, Beckert ist Harvard-Professor mit deutschen Wurzeln. Doch angesichts solcher Zahlen und für einen Marxisten schwer zu verdauenden hemmungslosen Apologie des Kapitalismus sollte man nicht mutlos werden. Es ist ein sehr interessantes und lesenswertes Werk, welches ich jedem Interessierten nur ans Herz legen kann.

Zwei Hauptthesen, die er bei der Erforschung des Anfangs des Kapitalismus erkannt haben will, liegen dem Werk zugrunde. Da wäre zum einen, daß der Kapitalismus seine Wurzeln nicht im England der langsamen Industrialisierung des 17. Jahrhunderts

hätte, sondern schon ein paar hundert Jahre älter sei und seine Existenz als Handelskapitalismus im internationalen Seehandel begonnen hätte. Und daraus folgt These zwei: Von Beginn an sei der (Handels-)Kapitalismus nicht denkbar ohne Globalisierung, die durch den internationalen Seehandel im arabischen und asiatischen Raum begonnen und sich schnell nach Europa ausgedehnt habe. Beckert will durch diese Betrachtungsweise weg von eurozentristischer Geschichtsbetrachtung. Er zeigt an Hand von historischen Beispielen, wie der frühe Handel über Länder und vor allem Seegrenzen hinweg den bürgerlichen Stand der Kaufleute reich gemacht und internationale Beziehungen hergestellt hat. So wurden in jener Frühzeit vor allem Dinge, wie Gewürze, Silber und Gold sowie landwirtschaftliche Produkte, gehandelt. Die Frage, die man sich stellen muß, ist jedoch, ob der daraus erzielte Gewinn tatsächlich Profit genannt werden kann? Beckert kann man konstatieren, Marx gelesen zu haben, der mit 26 Zitaten und Bezügen zu den am meisten erwähnten Autoren gehört, noch vor John Maynard Keynes (17), Andrew Carnegie (8), aber auch Friedrich Engels mit fünf Erwähnungen und Lenin zweimal. Auch daß zur Warenproduktion der Verkauf menschlicher Arbeitskraft nötig ist, wird in der Einleitung betont. Für Beckert ist die kapitalistische Produktionsweise nicht Kern, sondern Folge

des Kapitalismus. Das führt natürlich über die Geschichte hinweg zu merkwürdigen Feststellungen. So ist für den Autor die Spanne von 1918 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die Zeit, in der die Produktivkräfte im Kapitalismus einen beispielhaften Schub erfahren haben. Fließbandproduktion, Auto als Massenphänomen, die chemische und pharmazeutische Industrie explodieren förmlich, Rundfunk wird zum Massenbeeinflussungsprodukt, Flugzeuge wachsen aus den Kinderschuhen, eine wachsende Warenproduktion zur Bedürfnisbefriedigung der im Kapitalismus Lebenden beginnt. Und: Deutschland hat in dieser Zeit die industrielle Vernichtung von Menschen, die man als minderwertig ansah, erfunden. Beckert nennt die Entwicklung des Kapitalismus eine bis heute nicht enden wollende „Revolution“, der viele Menschen glücklicher mache und länger leben ließe. Der wahre Wert des Buches besteht nicht in Beckerts Schlußfolgerungen, sondern in der schier unfaßbaren historischen Faktenfülle, welche aus allen Teilen der Welt zusammengetragen wurden, die helfen, die Welt zu verstehen, denn die Kenntnis der Geschichte ist der Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart, wie schon August Bebel wußte.

Uli Jeschke

Sven Beckert: Kapitalismus: Geschichte einer Weltrevolution, Rohwolt Verlag 2025, 1280 Seiten, 42 Euro, ISBN 978-3-498-00591-7

Demonstration am 3. Oktober 2026 in Berlin und Stuttgart

Ein Vorbereitungskreis mit Vertretern aus unterschiedlichen Friedensgruppen ruft zu einer großen Demonstration am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart auf. (Auszug aus dem Aufruf)

**Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg!
Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!**

Die Gefahr eines direkten Krieges mit Rußland, sogar eines Atomkrieges, wird immer größer. Deutschland wird kriegstüchtig gemacht. Die Regierung will, daß Deutschland erneut zur Führungsmacht wird. Deshalb soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Gesundheitswesen und Infrastruktur werden auf Krieg getrimmt, Meinungsfreiheit und demokratische Rechte eingeschränkt. Die Bundeswehr wird zur größten Armee Europas hochgerüstet. Weitreichende Erstschlagwaffen werden entwickelt. Sie sind gegen Rußland gerichtet und machen Deutschland im Kriegsfall zum bevorzugten Angriffsziel.

Die Ausgaben für Hochrüstung und Militär wurden in Deutschland in den letzten fünf Jahren verdoppelt und sollen bis 2030 nochmals verdoppelt werden, um das NATO-5%-Ziel bis 2035 zu erreichen. Wir müssen das bezahlen, mit höheren Steuern, Sozialabbau und schlechteren öffentlichen Leistungen.

(...)

Statt sich um Friedenslösungen zu bemühen, eskalieren und verlängern Deutschland, die EU und die NATO mit ihrer Militärhilfe, auch für Angriffe tief in Rußland, den Krieg in der Ukraine und das Leiden der Menschen. Deutschland wird zunehmend zur Kriegspartei. Es wird riskiert, daß sich der Krieg auf ganz Europa ausweitet.

(...)

Wir brauchen Abrüstung, neue Abkommen zur internationalen Rüstungskontrolle, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und eine gemeinsame Friedensordnung in Europa unter Einschluß Rußlands. Wir wollen Frieden und diplomatische Lösungen entsprechend dem Völkerrecht!

Dafür gehen wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart auf die Straße.

Faschismus an der Macht

Das Grundsatzreferat von Georgi Dimitroff „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse“, welches er am 2.8.1935 auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale hielt, findet mehr oder weniger – völlig zu unrecht – nur im Zusammenhang mit der sogenannten Dimitroff-Formel noch eine gewisse Beachtung. Abgesehen davon, daß Georgi Dimitroff die Definition des „Faschismus an der Macht“, lediglich aus dem Beschluß des XIII. Plenum des EKKI, welches vom 28.11. bis zum 12. 12. 1933 stattfand, zitiert hat, wird ihm die Autorenschaft der „Formel“ zugeschrieben. Daß er aber gar nicht deren Autor gewesen sein kann und offensichtlich auch nicht daran mitgewirkt

dieses Thema mehr oder weniger als erledigt betrachten würden. Der historische Materialismus erweise sich nach deren Lesart wiederum als typisch vereinfachend und dogmatisch.

Dimitroff ist eben nicht bei der „Kurzformel“ stehengeblieben, sondern hat sie ausgebaut, vertieft und bereichert. Kurt Pätzold hat in seinem Essay zur „Dimitroff-Formel“ deren mißbräuchliche Verwendung durch die bürgerlichen Historiker herausgearbeitet, aber selbst Ansätze für Fehlinterpretationen geliefert. So ist es durchaus bedenklich, wenn er die Hervorhebung des Finanzkapitals als „offenkundigen Mangel“² ansieht. Er übersieht, daß es sich (lediglich) um die Charakterisierung eines Staatstyps im Sinne der marxistischen Staatstheorie handelt. Deshalb ist seine Schlußfolgerung falsch, daß

die USA in den Nachfolgeprozessen zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß gegen Flick (Fall V), IG Farben (Fall VI) und Krupp (Fall X) genau diese Verschmelzungen durch eine Vielzahl von Beweisdokumenten nachgewiesen. Mit Hjalmar von Schacht stand bereits im Hauptkriegsverbrecherprozeß eine Zentralfigur der Finanzoligarchie vor Gericht. Nebenbei: Sein geradezu überraschend anmutender Freispruch widerspricht den schlüssigen Ausführungen im Urteil vom 1.10.1946, in dem sein maßgeblicher Einfluß und seine damit verbundenen finanziellen Transaktionen als eine oder die wesentliche Voraussetzung des faschistischen Verbrechens gegen den Frieden umfassend und beweisenerheblich dargestellt wurden. Der sowjetische Richter, Generalmajor L. T. Nikitchenko, hat daher überzeugend den Freispruch als gravierende Fehlentscheidung in seinem Minderheitenvotum zurückgewiesen.

Zurück zu Georgi Dimitroff und zu seinem Referat. In staatstheoretischer Hinsicht stellt er klar – ganz im Sinne von Marx, Engels und Lenin –, daß auch der „Faschismus an der Macht“ nicht über dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt, wie der österreichische Politiker Otto Bauer annahm, oder daß er die vom „aufständischen Kleinbürgertum“ in Besitz genommene Staatsmaschine sei. Dimitroff wies auch monokausale Vereinfachungen zurück, die „seiner Formel“ in diffamierender Weise untergeschoben werden.

„... man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen, als faßte irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß, an dem und dem Tag die faschistische Diktatur aufzurichten. Tatsächlich gelangt der Faschismus gewöhnlich in gegenseitigem, zuweilen scharfem Kampf zwischen Faschismus und den alten bürgerlichen Parteien oder einem bestimmten Teil dieser Parteien zur Macht.“⁵ Parallelen zur gegenwärtigen CDU-SPD-Regierungspolitik und dem permanenten Erstarken der AfD sind nicht zu übersehen und dürfen keineswegs geringgeschätzt werden. Zu den Gründungsvätern der AfD gehörten vor allem Kräfte aus dem Rechtsaußenflügel der CDU/CSU. Diese Politiker sahen und sehen eine Gefahr für den Kapitalismus/Imperialismus, sie sahen und sehen eine Verringerung der Profite, sie sahen und sehen, daß in der bürgerlichen Demokratie soziale Energien, krisenhafte Phänomene und Strukturen entstehen, die die kapitalistische Eigentums- und Staatsordnung in dieser Staatsform nicht mehr genügend sichert. Engels schrieb, daß der



Georgi Dimitroff, Maurice Thorez und Wilhelm Pieck 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

haben kann, sollte bekannt sein, weil Dimitroff während dieser Zeit wegen des frei erfundenen Vorwurfs, den Reichstag am 27.2.1933 mit in Brand gesetzt zu haben, von Anfang März 1933 bis zu seinem Freispruch im Dezember 1933 in Deutschland eingekerkert war und am eigenen Leibe den „Faschismus deutschen Schlages an der Macht“ zu spüren bekam. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß sich Georgi Dimitroff mit dieser „Kurzformel“ – einer Kurzdefinition zum Klassencharakter des faschistischen Staates als Staatstyp – identifizierte, die wie folgt lautet:

„Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹.

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß Marxisten damit den Faschismus als vollständig erklärt verstanden hätten und

„aufs Ganze gesehen doch eine gesellschaftliche Machtteilung zwischen der Kaste der neuen Politiker um den Reichskanzler und Parteiführer und der traditionellen Wirtschaftselite (existierte)“.³ Darin kommt ein undialektisches Verständnis und eine unzulässige Vermischung von Staatstyp und Staatsform zum Ausdruck.

Dimitroff dagegen – diese Dialektik berücksichtigend – leitet deshalb folgerichtig zur Spezifik der Staatsform über: „Das ist ein Regierungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intellektuellen“⁴. Daß im höchsten Stadium des Kapitalismus, nämlich im Imperialismus, Finanz- und Industriekapital mit staatlichen Strukturen auf höchster Ebene miteinander verschmelzen, also den Staatsmonopolismus bilden, ist spätestens seit Lenin nachgewiesen. Übrigens haben selbst

„Reichtum seine Macht in der demokratischen Republik indirekt, aber um so sicherer ausübe“. Aber das sichere ist eben nicht für immer und ewig sicher. 1938 stellte Bertolt Brecht – fast tautologisch anmutend – klar, daß der „Kapitalismus in den faschistischen Ländern nur noch als Faschismus existiert“: „und der Faschismus kann nur bekämpft werden als KAPITALISMUS, als nacktester, frechster, erdrückendster und betrügerischster Kapitalismus“⁶. Es sollte mittlerweile eine gesicherte Erkenntnis sein, zumindest unter Linken, daß der Faschismus vor allem ein Produkt des modernen Kapitalismus, also des Imperialismus, ist. Seine Wurzeln reichen aber noch weiter zurück. In seinem letzten schriftlichen Zeugnis verspottete der marxistische Literaturkritiker

und Philosoph Walter Benjamin den oft gehörten Satz, man müsse sich wundern, „daß so was wie der Faschismus noch in diesem Jahrhundert vorkommen könne (als ob er nicht die Frucht aller Jahrhunderte wäre)“⁷.

An den auf Privateigentum beruhenden Ausbeuterordnungen gibt es nichts zu verteidigen! Diese Unordnungen gilt es, insbesondere in ihrem imperialistischen Stadium, in welcher Staatsform sie sich auch zeigen, theoretisch und politisch zu bekämpfen, da sie den Faschismus stets latent in sich tragen und er stets eine Machtoption der Ausbeuterklassen bleiben wird, solange deren Macht nicht gestürzt wird.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Fußnoten

1. G. Dimitroff, *Die Offensive des Faschismus ...*, in: W. Pieck, G. Dimitroff, P. Togliatti, *Referate auf dem VII. Kongreß (1935)*, Dietz Verlag Berlin 1957, S. 87
2. K. Pätzold, *Dimitroff-Formel*, in: *Schlagwörter und Schlachtrufe, Band 2*, Militzke Verlag Leipzig 2002, S. 141; ähnlich auch M. Weißbecker, nd vom 7.8.2010
3. a.a.O., S. 142
4. G. Dimitroff a.a.O., S. 87
5. a.a.O., S. 89
6. Bertolt Brecht, *Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit*, Paris 1938
7. Bertolt Brecht, *Arbeitsjournal 1938–1955*, Aufbau-Verlag 1977, S. 180

Reserve hat noch Ruhe AfD und deutsches Kapital

Das deutsche Großbürgertum begegnet der AfD bislang mit relativer Zurückhaltung, anders als einige US-Milliardäre mit offen faschistischen Neigungen. Der alteingesessene deutsche Geldadel steht nach allem, was bekannt ist, mit seinen Millionen nicht hinter Höcke, Weidel oder gar Chrupalla. Ausnahme scheint die Finck-Dynastie zu sein, die lange vor 1933 schon Großfinanzier der Nazi-Partei war. Neureiche und steuerflüchtige Milliardäre wie Milch-Müller treten für eine Koalition von CDU/CSU mit der AfD ein, behaupten aber, nicht zu spenden. Das Gerücht, Springer-Chef Mathias Döpfner habe Friedrich Merz gedrängt, die AfD ins Boot zu holen, verstummt nicht. Passen würde das, Döpfner sah schon das Kalifat regieren, als es die AfD noch nicht gab.

Bei manchen gehört ein besonders großer Sprung in der Schüssel zur Grundausstattung im Klassenkampf. Zugleich besagt die Drängerei nach unten: Die AfD ist Druckmittel, um das amtierende politische Personal zu triezen, und damit Reserve. Das lohnt sich für die willigen Helfer: Unter den im Bundestag sitzenden Parteien verfügt die AfD mit etwa 40 Millionen Euro über das größte Vermögen – das reichte, um nicht mehr Hinterzimmerpartei zu sein. Eine sogenannte Volkspartei, wie Weidel auf dem Erfurter Parteitag meinte, ist die AfD nicht – ein Manko in den Augen von Herrschenden. Die Massenbasis ist noch „volatil“, wie die Börse. Ob die Idee, wieder einmal, wie einst der „Untertan“ Heinrich Manns, das Nach-unten-Treten und Nach-oben-Buckeln zum

innenpolitischen Renner zu machen, dauerhaft trägt, ist nicht ausgemacht. Zudem ist sie allen Parteien, die vor allem Diäten und Pöstchen als politisches Ziel haben, gemeinsam.

Nun macht sich der Verwandte-zuerst-Ver-ein AfD daran, im wahrscheinlich am meisten von den Kolonisatoren geplünderten Bundesland Sachsen-Anhalt eventuell die Regierung zu stellen. Das wurde von den Betriebsnudeln bereits abgehakt. Sie warten wie Jens Spahn mit Mätzchen auf, wie Entzug des passiven Wahlrechts für Höcke oder wie CSU-Deppen mit einem Teilverbot der AfD Thüringen. Das hat ungefähr denselben Gehalt wie die Behauptung der Anti-AfD-Demonstranten von Erfurt, ihre Aktionen seien ein Erfolg. Ernster wäre eine harte Stellungnahme der Kapitalverbände. Was aber BDI-Geschäftsführerin Tanja Gönner am 9.7. äußerte, ging über „Du, Du“ nicht hinaus: „fatal“, „keine überzeugenden Antworten“, erschwert Investitionen usw. Das Problem: Fast dasselbe sagte Gönner zum „Reformpaket“ der Koalition. Noch ist dem BDI egal, wer unter ihm regiert. Das kann sich schnell ändern. Wer dem Aufrüstungskurs von Merz, Klingbeil und Pistorius folgt, setzt alles im Land auf eine Karte. Die nächste Krise kommt, den von der Koalition angestrebten Krieg wird die treu zur Bundeswehr stehende AfD nicht verhindern. Bis dahin hat sie als politische Reserve Ruhe von oben.

Arnold Schölzel

junge Welt, 11.7.2026

Wo immer man heute wählt, Hat Wahrheit in Wahrheit gefehlt – die Wahl als Gral ein Grabmal –

Erscheint an Laternenpfählen und Bäumen
Derzeit viel grinsend Gelichter,
Nicht ohne traditionell zu versäumen
Die Lügenparolen in Lebensräumen
Mit Phrasenpersil aufzuschäumen.
Und hier dient nur Schluckwahl als Trichter.

Der Staatsform wie immer heut sei bezeugt:
Nie war sie demokratisch, denn
Vom Finanzindustriekapital gebeugt,
Steht nicht zur Wahl sie, die gesäugt
Von ihm, die jeden Schritt beäugt,
Daß Glauben gilt nur – Amen!

Blind tastet wer sich, wahrheitsnah,
Nach innen selbst zu schau'n,
Die Sehenden als Opfer da
In steter Torheit mit Hurra
Marschieren für den Kriegsetat.
Ruinen bleiben – im Vertrau'n.

E. Rasmus

Der Faschismusbegriff in der DDR und in der BRD

Zum 10. Todestag des Historikers Kurt Pätzold wurde eines seiner Bücher neu herausgegeben

Am 18. August 2016 starb Kurt Pätzold im Alter von 86 Jahren. Er war einer der bedeutendsten deutschen Historiker und Faschismusforscher unserer Zeit. Aus Anlaß des 10. Todestages veröffentlichte der Deutsche Militärverlag eine Neuausgabe seines 2015 erschienenen Buches „Faschis-

den antagonistischen Widerspruch zur faschistischen Entwicklung und tabuisieren deren gültig bleibenden politisch-historischen Analysen von Kurt Pätzold.“ Der Verlag durchbreche mit der Neuausgabe „eines seiner bedeutendsten Werke über den Faschismus diese Phalanx.“

Macht“ und ihres „Lochs“, das „Vergessen“ der Tatsache, daß die Faschisten sich „auf eine nach Millionen zählende Gefolgschaft stützen konnten“, also nicht nur mit Terror agierten. Schließlich wendet er sich gegen die heute verbreitete „formelhafte Verkürzung des faschistischen Deutschen Reiches



Transparent der Friedensfreunde Neubrandenburg

musdiagnosen. 1922 bis 1964. 62 Texte von 26 Autoren“. Es handelt sich um ein oder zwei Seiten umfassende Auszüge aus zu meist umfangreicheren Schriften. Deren Liste reicht von Amadeo Bordiga (Ursprünge und Anfänge der faschistischen Bewegung, 1922), Georgi Sinowjew (Die Ursachen des Sieges des Faschismus, 1922) und Clara Zetkin (Die Differenz zwischen weißem Terror und Faschismus, 1923) bis zu Max Horkheimer/Theodor W. Adorno (Der Platz des Antisemitismus in der Politik des deutschen Faschismus, 1944/1947), Hannah Arendt (Der Antisemitismus in der Ideologie des der deutschen Faschisten, 1951) bis zum DDR-Philosophen Wolfgang Heise (Demagogie, Vorurteil und die im Faschismus freigesetzte Bestialität, 1964) und zu Georg Lukács, der mit mehreren Schriften vertreten ist, wie „Der weltgeschichtliche Ort des (deutschen) faschistischen Regimes (1945). „RotFuchs“-Autor Gerhard Oberkofler hat einen „Kurzen Nachsatz“ zur Neuausgabe beige steuert. Es heißt darin: „Mit dem humanistischen Grundsystem der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik war Kurt Pätzold einverstanden, zumal ihm die Schriften von Karl Marx nicht nur ein vorgeschriebenes Bildungserlebnis waren.“ Und weiter: „Intellektuelle im Mainstream der Gegenwart verkennen

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Pätzold setzt sich nämlich in seiner umfangreichen Einleitung mit diesem Mainstream so souverän auseinander wie kein anderer. Sein Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß der Begriff „Faschismus“ offenkundig „aus Deutschland, genauer Deutschland-West erfolgreich exportiert worden“ ist. Hier wäre 2026 einzufügen: Oder der Begriff wird begriffslos, also lächerlich wahllos wie jüngst von einem Kovorsitzenden der Partei Die Linke in bezug auf die CDU vorgeführt, verwendet. Pätzold hielt 2015 fest: Das „zu demagogischen Zwecken benutzte Etikett“ „Nationalsozialismus“ klebe wieder fest, wenn auch zu anderen Zwecken als vor 100 Jahren und davor. Max Horkheimer müßte heute seinen Satz von 1939 „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ umformulieren in: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Nationalsozialismus schweigen“.

Der Text Pätzolds konzentriert sich auf drei Punkte, die so etwas wie die Hauptresultate seiner lebenslangen Forschung enthalten: Erstens der für die Zeitgenossen offensichtliche enge Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus, demgegenüber heute etwa vom „Ausnahmefall“ die Rede sei. Zweitens analysiert er sorgfältig die sogenannte Dimitroff-Definition des „Faschismus an der

auf ein „judenmörderisches System“. Er hält diese besonders lächerlichen Variante, vom Kapitalismus zu schweigen, entgegen: In keiner Phase der Eroberungen vom Atlantik bis zum Kaukasus „sind Judenverfolgung und Judenmorde vor den Plan der Schaffung des Großgermanischen Weltreiches gerückt“. Anders gesagt: Der Völkermord an den Juden Europas war stets in die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus integriert. Die Verkürzung diene vor allem dem oben genannten Etikettenschwindel mit „Nationalsozialismus“. Daran hat sich nach elf Jahren wenig geändert.

Ein Ziel der Publikation sei, schreibt Verleger Frank Schumann im Vorwort, „zum Lesen der vollständigen Aufsätze, Artikel, Beschlüsse und Aufrufe“ anzuregen. Das wäre dringend nötig, um dem Umgang mit dem Faschismusbegriff in diesem Land an das hohe Niveau heranzubringen, das Forschung und Lehre auf diesem Gebiet in der DDR durch Antifaschisten wie Pätzold und seine Mitstreiter hatte.

Arnold Schölzel

Kurt Pätzold: Faschismusdiagnosen. 1922 bis 1964. 62 Texte von 26 Autoren. Mit einem Nachsatz von Gerhard Oberkofler, Österreich. Deutscher Militärverlag, Berlin 2026, 145 Seiten, 14 Euro

Der geplante „Marsch gen Osten“ soll die Köpfe der Bürger erobern

Die Bundeswehr braucht Soldaten, sprich Kanonenfutter, für einen Krieg gegen Rußland. Da die Werbeaktionen für die Bundeswehr auf den unterschiedlichsten Kanälen offensichtlich nicht die gewollten Ergebnisse bringen, greift man nun auf eine mögliche Gesetzesvorlage zurück, denn „deutsche Staatsbürger können ab 17 Jahren mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten eine Bundeswehrkarriere beginnen“. Und schon wäre man die Sorgen los. Die Bedürftigen – vor allem Alleinerziehende und von Armut Betroffene – bekommen ab dem 16. Lebensjahr ihrer Sprösslinge keinen Unterhaltsvorschuß mehr, brauchen sich dann aber um die finanziellen Belange ihrer Kinder nicht mehr zu kümmern, denn die hohe Vergütung bei der Bundeswehr gibt ihnen relative Sicherheit, es sei denn, sie werden als potentiell „Kanonenfutter“ im nächsten Krieg verheizt.

Auf eine mögliche Wehrpflicht werden sie schon in der Schule eingestimmt.

Daß der Dienst an der Waffe für unter 18-Jährige nach der auch von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention untersagt ist, scheint dabei weniger zu interessieren. Bereits im vergangenen Jahr wurde in einem RBB-Beitrag berichtet: „Rund 650 000 personalisierte Infoschreiben wurden dieses Jahr deutschlandweit an 16- und 17-Jährige verschickt, um Werbung für die Bundeswehr zu machen.“ Dies habe rund 340 000 € gekostet. In weiteren erlassenen Gesetzen/Vorlagen, die den wenigsten Bürgern bekannt sind, wird die verordnete zunehmende Militarisierung des Lebens in Deutschland sichtbar. So u.a. im Gesetzentwurf zur Stärkung der Reserve“, dem „Arbeitssicherstellungsgesetz“ oder auch dem „Rahmenplan Zivile Verteidigung“ (*Berliner Zeitung*) Das im Januar 2025 veröffentlichte „Grünbuch ZMZ 4.0“ zeigt u.a. die „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“ im Kriegsfall auf. Und es macht deutlich, was der Militarismus mit Hilfe der Nachrichtendienste, der Bundeswehr und der Polizei der deutschen Bevölkerung beschert wird. Selbst der deutsche Städte- und Gemeindetag schloß sich den Maßnahmen zur „Kriegstüchtigkeit“ an, indem von den Kommunen „Bunkerbauten“ gefordert werden. Für autoritäre Maßnahmen werden einfach Gesetze erlassen und die Bürger müssen das hinnehmen.

In diesem Zusammenhang sei an die Schrift von Karl Liebknecht „Militarismus und Antimilitarismus“ erinnert. Zitat: „Der moderne Militarismus ist ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militärischer und halb-militärischer Einrichtungen.“ Unter Security-network.com, dem führenden deutschen Fach- und Newsportal für Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Zivil-Militärische Zusammenarbeit, konnte man kürzlich lesen, daß für die Bevölkerung eine Kommunikationsstrategie



Foto junge Welt

erarbeitet wird, die zur Akzeptanz der zu erwartenden Einschränkungen im Kriegsfall führen soll. Verwiesen sei hier nur auf den sogenannten Oplan Deutschland, einem (ehemals geheimen) Strategiepapier der Bundeswehr. (Im Internet abrufbar) All diese Faktoren passen in das von der Bundesregierung und den Medien regelmäßig verbreitete Bild über einen angeblich bevorstehenden russischen Angriff auf Deutschland und die NATO, denn der „Feind steht zum dritten Mal im Osten“. Mit dieser von deutschen Politikern inszenierten Bedrohung werden die Aufrüstungspläne der Bundeswehr mit dem Ziel, sie zur größten konventionellen Armee Europas mit einer Stärke von 460 000 Soldaten aufzubauen, begründet. Als ich kürzlich mit einem Bekannten über diese Problematik sprach, meinte er, daß kaum einer darüber informiert sei, daß Rußland die ihm vorgeworfenen Bedrohungsszenarien regelmäßig und aussagefähig zurückweise, weil nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten EU „Zensur“ herrsche, die hierzu ein Gesetz erlassen habe. Laut Artikel 5 des Grundgesetzes steht jedem das Recht zu, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern sowie sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren. Eine Zensur findet laut Grundgesetz nicht statt“. Also

doch keine Zensur, oder? Der Europäische Gerichtshof (EGH) bestätigte im Juli 2026 das EU-weite Verbreitungsverbot für russische Staatsmedien, wie RT und Sputnik. „Wer die verbotenen Inhalte ... aktiv verbreitet, verstößt gegen die EU-Sanktionen. Welche konkreten Strafen verhängt werden, ist im EU-Recht nicht abschließend festgelegt; dies obliegt den nationalen Gerichten.“ Die EU behauptet faktisch seit ihrem Bestehen, Demokratie und Meinungsfreiheit zu unterstützen, was allerdings dem EGH-Verbot widerspricht. In Wirklichkeit geht es darum, europaweit eine immer tiefere Kontrolle zur Durchsetzung kriegsvorbereitender Maßnahmen zu erlangen. Und was sind verbotene Inhalte? Eine Antwort findet sich im Internet, welches uns in die deutsche Geschichte zurückführt. Vor Beginn des 2. Weltkrieges wurde das Abhören von ausländischen Sendern im faschistischen Deutschland mit mehrjährigen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen, letztlich mit Todesstrafe, bedroht. Klassifiziert wurde dies als „Rundfunkverbrechen“. Auf

die Frage nach dem „Warum“ gibt es in den entsprechenden Medien die Antwort: „Betroffen war davon beispielsweise der Empfang von Sendungen der BBC aus London, der ‚Stimme Amerikas‘ oder des Senders Moskau. Der Begriff und die Verfolgungspraxis sollten die Deutungshoheit der NS-Propaganda sichern und die deutsche Bevölkerung von unabhängigen Informationen abschneiden.“ Der Verlust der Deutungshoheit hätte damals fatale Folgen für die Begründung der Notwendigkeit des faschistischen Raubkrieges gegen die Sowjetunion gehabt. Damals wie heute geht es darum, die Menschen von der Notwendigkeit der Aufrüstung und der Kriegstüchtigkeit, der Militarisierung der gesamten Gesellschaft zu überzeugen. Der seit langem geplante „Marsch gen Osten“ soll die Köpfe der Bürger erobern. „Bevor uns von heute auf morgen der Krieg präsentiert wird, muß das Feindbild in den Köpfen sitzen“, lautet die Devise der Herrschenden. Deshalb: Jeder sollte zur Kenntnis nehmen, daß bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik das physische Überleben der Menschen gefährdet ist. Der Kampf gegen den Kriegskurs der deutschen Regierung geht uns alle an!

Dietmar Hänel
Flöha

BND: Nicht mehr bloß Nachrichtensammeln und Weitergeben ...

Am 13. August hat sich das Bundeskabinett mit der umfassendsten und einschneidendsten „Reform“ der Geheimdienste seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts – mit Schwerpunkt auf der Ausweitung der Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes (BND) – befaßt. Ganz im Sinne der Kriegsvorbereitung und in striktem Einklang mit dem militärischen Strategiepapier „Operationsplan Deutschland“ (OPLAN) sollen damit die aktive Rolle des BND, aber im Reflex auch die Tätigkeitsfelder des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Verfassungsschutzes ausgerichtet werden. Die Neustrukturierung basiert nicht etwa auf einer spezifisch „deutschen Idee“, sondern ist inhaltlich vorgeprägt durch die von der NATO herausgegebenen Strategiepapiere. Zum Teil sind diese (noch) über die Kommunikationsplattformen der NATO einsehbar, jedenfalls was den Rahmen der geheimdienstlichen Tätigkeiten und die Aufgabenfelder nachrichtendienstlicher Strategien betrifft. Nicht ersichtlich, sprich als „classified“ (geheim) eingestuft, sind die daraus abgeleiteten konkreten Handlungsanweisungen (nachrichtendienstliche Taktik). Im Sinne des Strebens des bundesdeutschen Imperialismus nach „Gleichberechtigung“ im Spiel der imperialistischen Mächte (zumindest was den europäischen Teil der NATO betrifft) ist beabsichtigt, daß der BND demnächst auf die Ebene des Handelns nachzieht, die andere westliche Dienste (CIA, britischer MI6 oder israelischer Mossad) schon lange praktizieren. Nicht länger mehr „nur“ bloßes Nachrichtensammeln und Weiterleiten, sondern aktiv und offensiv Sabotage- und Einflußoperationen im Ausland durchzuführen, steht auf der Agenda. Damit der BND in Zukunft global frei aufspielen kann, gewährt ihm der Gesetzesentwurf weitgehende Befreiung von parlamentarischer Kontrolle. Medial ist – wie sollte es anders sein – das ganze eingebettet in eine Strategie zur Entfaltung bzw. Aufrechterhaltung der Angst vor den im Entwurf an zahlreichen Stellen erwähnten „fremden Mächten“ (gemeint sind Rußland und China). Die aktuell gerade mal wiederbelebte Drohhysterie, die schneidige These, Rußland manipulierte Social-Media und Landtagswahlkämpfe, gehört ebenso dazu wie die Mitte Juli regierungsamtlich ausgerufenen „qualifizierte Gefährdungslage“. Jene Mär aus dem Munde des Bundesinnenministers Alexander Dobrindt (CSU), die den Notfall zum Dauerzustand erhebt: „Die vermehrte Melde- und Aufklärungslage hat mich dazu veranlaßt, die bislang formulierte abstrakte Bedrohungslage zu einer hohen

Bedrohungslage hochzustufen“. Generalmajor Wolf-Jürgen Stahl, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BSI), stößt ins gleiche Horn: Fremde Mächte verorten „Deutschland ganz oben auf der Zielliste“, schließlich „greift China Deutschlands Industrie an“. In Sachsen-Anhalt verbreitet das dortige Innenministerium neuerdings ein achtseitiges Faltblatt für Industriebetriebe. Es warnt vor dem „Austausch von Visitenkarten, z. B. bei Abendveranstaltungen“ mit Angehörigen chinesischer Delegationen, denn die kleinen Pappkärtchen könnten „irgendwann auch nachrichtendienstlich mißbraucht werden“.

Wichtig zum Verständnis der Geheimdienstreform ist, daß sie in die aktuell herrschende NATO-Doktrin eingebettet ist und damit unmittelbar der Kriegsvorbereitung dienlich sein soll. Den Takt gibt die „AJP-2 – Allied Joint Doctrine for Intelligence, Counter-Intelligence and Security“ vor. Sie ist die aktuelle NATO-Doktrin für militärische Aufklärung, Nachrichtendienste und Gegenspionage. Die derzeit maßgebliche Ausgabe liegt mit der „Edition B Version 1 (2020)“ an. Im einzelnen enthält sie die Vorgaben für Maßnahmen des „Intelligence Cycle“ und der „Preparation of the Operational Environment“. Dazu zählen die Bereiche HUMINT (HUMINT = Human Intelligence, menschliche Quellen), SIGINT (Signal Intelligence = Elektronische Aufklärung im weitesten Sinne), GEOINT (Geospatial Intelligence = georäumliche Aufklärung), OSINT (Open Source Intelligence = offen zugängliche Quellen, Soziale Medien) und die „Counter-Intelligence“ (Gegen-Aufklärung) sowie die Weitergabe von Informationen innerhalb der NATO und gegenseitige Unterrichtung. Die Überschrift des Krieges mit nachrichtendienstlichen Mitteln lautet: „Counter-Hybrid Activities (CHA)“. Das sind Maßnahmen, mit denen die NATO auf „hybride Bedrohungen“ reagiert. Zur „Abwehr“ ist hier nahezu alles erlaubt. Militärische und zivile, offene und verdeckte Mittel, eingesetzt mit dem Ziel, politischen oder strategischen Druck auszuüben, folglich: Desinformationskampagnen, Conter-Cyberangriffe, Sabotage gegnerischer Infrastruktur, wirtschaftlicher Druck, Einflußnahme auf feindliche politische Prozesse.

Diese Vorgaben wirken in den Gesetzesentwurf hinein, wenn zum Beispiel von der Inpflichtnahme nichtmilitärischer gesellschaftlicher Entitäten die Rede ist. Wenn in Zukunft der BND ruft, haben Institutionen, Verbände und Einzelpersonen zu folgen. Der Entwurf stellt in seinen Paragraphen 12 bis 15 neuartige Mitwirkungspflichten auf, die namentlich alle „Anbieter von

Telekommunikationsdiensten“, „Anbieter von Postdiensten“, die öffentlichen Betreiber von Videoüberwachungsanlagen in Städten und Gemeinden zur aktiven Mitwirkung und Dienstleistung für den Geheimdienst vergattern sollen. Weitere Adressaten sind: Dienste des Güter- und Personenverkehrs (Speditionen, Paketdienste, Personenbeförderer); Kfz-Hersteller und -Werkstätten zur Weiterleitung von Telemetriedaten wie auch Anbieter technischer Zahlungsdienste einschließlich der Banken. Dabei scheuen die Geheimdienstler auch nicht davor zurück, ausländische Firmen in Anspruch zu nehmen: Die territoriale Anknüpfung ist weit gefaßt und gilt für alle Firmen und Konzerne, die eine Niederlassung in Deutschland haben, in Deutschland Leistungen erbringen oder daran mitwirken. Wer sich dem nicht unterwerfen will, dem droht die Stilllegung des Betriebs, zuvor werden Zwangsgelder bis zu einer Million Euro fällig. Wer seiner Pflicht widerwillig, schleppend oder unvollständig nachkommt, den erwarten Bußgelder bis zu 300 000 Euro. Sogar 500 000 Euro werden fällig, wenn in der Zusammenarbeit mit den Diensten Vertraulichkeit und Geheimnisschutz verletzt werden, z.B. wenn das abgefragte Geheimnis an unbefugte Dritte weitergegeben wird. Bekommt hier auch noch der Dienst der „fremden Macht“ etwas mit, droht Freiheitsstrafe bis zwei Jahre, in schweren Fällen Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren. Die Sanktionen gelten branchenübergreifend für den erweiterten Verpflichtetenkreis, also alle Dienstverpflichteten in Logistik, digitalen Diensten, bei Kfz-Herstellern und Werkstätten, Zahlungsdiensten, bei Post und Banken.

Das neue Geheimdienstgesetz weicht die angestammten Kategorien des Grundgesetzes auf: Trotz der alltäglich über die Medien anbrandenden Kriegsrhetorik durfte man bisher jedenfalls davon ausgehen, es müsse wenigstens der Spannungsfall (Art. 80a Grundgesetz) ausgerufen werden, bevor das öffentliche Leben vollends den militärischen Belangen untergeordnet wird und die Notstandsgesetze in Kraft treten. Dabei ist schon der Spannungsfall als solcher ohne Kontur und kommt im Gewand des puren politischen Zufalls daher. Der Erklärungsversuch des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags vom 4. November 2024 zeigt eindrücklich, wie niedrig die Hürde ist, ab der der Kriegszustand eintritt: „Da die mit der Feststellung des Spannungsfalles verbundene Krisenprognose von zahlreichen außenpolitischen Faktoren sowie von der gesamteuropäischen Sicherheitslage zum entsprechenden Zeitpunkt abhängt, genießt

der Deutsche Bundestag bei der Feststellung des Spannungsfalls einen erheblichen politischen Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum“. Angesichts der bereits heute vielfach kolportierten Einschätzung, wir befänden uns zwar noch nicht im Krieg, aber auch bereits nicht mehr im Frieden, läßt sich leicht abschätzen, wie fließend mittlerweile der Übergang von Frieden zu Krieg geworden ist. Das BND-Gesetz setzt hier noch einen drauf: Der neue Regierungsentwurf arbeitet mit einer Zauberformel, die dem BND buchstäblich nicht nur alle Türen öffnet, sondern auch die Handhabe gibt, bislang stets für illegal und undenkbar gehaltene Aktivitäten durchzuführen. Das „Sesam öffne dich“ dazu lautet „spezifische Gefährdungslage“. Liegt diese vor, gibt es grünes Licht für ein „aktives Einwirken mit dem Ziel einer Abwendung oder Einschränkung dieser Gefährdung“, erweiterte nachrichtendienstliche Maßnahmen also. Im Klartext heißt das: Eine solche spezifische Gefährdungslage kann schon bestehen, ohne daß ein Spannungs- oder Verteidigungsfall ausgerufen wurde. Nämlich bereits dann, wenn „Anhaltspunkte“ dafür vorliegen,

daß eine ausländische Macht oder ein ihr zurechenbarer Akteur besonders wichtige Rechtsgüter wie die äußere Sicherheit, die Funktionsfähigkeit des Staates, den „Schutz bedeutender wirtschaftlicher Interessen“ oder die kritische Infrastruktur gefährdet (§ 49 Abs. 1 S.1 und Abs. 2 BNDG-E). Die „Grundanordnung“ zur Durchführung der erweiterten Maßnahmen trifft die „Behördenleitung oder ihre Vertretung“, spricht: Martin Jäger, die Vizepräsidentin für zentrale Aufgaben Dr. Gabriele Monschau oder gleich der Vertreter der Bundeswehr in der Führungsebene des BND, Generalmajor Dag Baehr. Von der Anordnung der Maßnahme an hat der BND dann sechs Monate (!) Zeit, bevor er prüfen muß, ob die Gefährdung noch besteht. Das Wort „Prüfung“ ist hier lächerlich, denn auch hier entscheiden die Schlapphüte selbst über das, was sie dürfen oder nicht. Der BND kann und darf dann nach Gusto zur „Gefahrenabwehr“ auf der Ebene des „cognitive warfare“ (psychologische Kriegsführung) das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen fremder Mächte schwächen, notfalls gesellschaftliche

Konflikte verschärfen, Verunsicherung erzeugen. Für BND, MAD und Verfassungsschutz bricht damit ein neues Zeitalter an: Mit „Soft Power und Narrativen“, den neuen (subtileren) Formen klassischer Kriegspropaganda, werden im Schwerpunkt emotionale Botschaften (insbesondere Angst) in Medienkampagnen transportiert, um die Zustimmung zu politischen oder militärischen Maßnahmen zu fördern. Auch auf der „physischen“ Ebene reichen die Einsatzmöglichkeiten weit: heimliche Sabotagehandlungen im Ausland, physische Manipulation oder Unbrauchbarmachung von Waffensystemen, Raketentechnik oder Zentrifugen, Cyberoperationen wie das Lahmlegen der gegnerischen IT-Infrastruktur oder das Abfangen und Umleiten von Datenströmen oder deren Löschung.

„Der hybride Krieg ist längst im Gange – Zeit, daß Deutschland handelt“ konnte man im April 2022 in der WELT lesen. Wie Deutschland derzeit handelt und zündelt, läßt sich am neuen Geheimdienstgesetz ablesen.

Dr. Ralf Hohmann

Die Kunst der Zersetzung

Im Verlag „edition ost“ erschien kürzlich ein Buch von Wolfgang Schmidt mit dem bezeichneten Titel „Kunst der Zersetzung“. Dazu fand Ende April 2026 in einem Podiumsgespräch eine Vorstellung des Buches im „Spionagemuseum“ am Leipziger Platz statt.

Wolfgang Schmidt stand Rede und Antwort. Er war selbst viele Jahre in leitender Stellung im MfS tätig. Er weiß also, wovon er spricht. Das Buch ist lesenswert, wissenschaftlich aufbereitet und stützt sich auf eine Vielfalt von Quellen. In seinem Statement schreibt er, daß Zersetzungsmaßnahmen keine Erfindung des MfS gewesen waren. Die CIA hat Zersetzung wie auch Desinformation unter die dirty tricks, also die schmutzigen Tricks der Geheimdienste, eingeordnet und das trifft den Kern. Diese Vorgehensweise, um politisch unliebsame Personen in ihrem Ruf zu beschädigen oder zu isolieren, gibt es nicht erst seit heute. Desinformation und Zersetzung gehören zum Werkzeug des kapitalistischen Staates, politischer Parteien und Medien.

Der Autor verweist z.B. auf die vorgesehene Wahl der Rechtswissenschaftlerin Brosius-Gersdorf zur Verfassungsrichterin in der BRD. In einer geballten medialen Aktion von *Apollo News*, *Junge Freiheit*, *Tichys Einblick* und *NIUS* wurde die Wahl der von der SPD vorgeschlagenen angeblich linksradikalen Aktivistin verhindert. Der Autor führt weitere zahlreiche Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart an, die auch die Situation in den USA und England beleuchten.

Desinformation und Zersetzung sind also nicht zwingend an geheimdienstliche Aktivitäten geknüpft. Geheimdienste verfügen aber durch ihre konspirativ erlangten Erkenntnisse und verdeckten Methoden über besonders günstige Voraussetzungen dafür. Über Zersetzungsmaßnahmen des MfS ist in den letzten mehr als 30 Jahren eine Menge Unsinn verbreitet worden. So ist z.B. von mehreren Millionen DDR-Bürgern die Rede, die Opfer dieser Praktiken geworden sein sollen. Tatsächlich waren es maximal ein paar hundert. Nicht zufällig wurde bei der Aufnahme von Zersetzungsopfern in die Opferentschädigung auf einen Zusammenhang zum MfS verzichtet. Danach kann jeder DDR-Bürger, der einst Ärger mit den Behörden oder seinen Vorgesetzten hatte, sich als Zersetzungsopfer entschädigen lassen.

Heute erreicht Zersetzung und Manipulation der Menschen ein Maß, das dem MfS niemals anzudichten ist. Das Ministerium für Staatssicherheit verzichtete aus gutem Grund auf solche „Helfer“ wie die BILD-Zeitung oder das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, die heute als willige Multiplikatoren zur Verbreitung von Halbwahrheiten oder einfach nur Lügen, ihren Job tun.

Bevor im MfS überhaupt über Zersetzungsmaßnahmen gegenüber Einzelpersonen nachgedacht wurde (RL 1/76), gehörten derartige Maßnahmen seit Jahrzehnten in den westlichen Geheimdiensten zum Tagesgeschäft. Vorwiegend angewandt wurden und werden sie gegen linke (bevorzugt kommunistische) Gruppen, Parteien

und Bewegungen, die Friedensbewegung eingeschlossen. Dazu wurden und werden solche Organisationen geheimdienstlich unterwandert und selbst Pseudo-Organisationen gegründet, finanziert und eingesetzt. Alles nach dem bewährten Prinzip „Teile und herrsche!“

Reiner Neubert †



Wolfgang Schmidt, *Die Kunst der Zersetzung, Manipulationstechniken der Nachrichtendienste*, edition ost, Berlin 2026, 18 Euro, ISBN 978-3-360-02825-9

Ein Blick hinter die Heuchelfassade des „Westfälischen Friedenspreises“

Der Westfälische Friede (1648) beendete einen Dreißigjährigen Krieg

In dem am 19. April 1941 im Zürcher Schauspielhaus erstmals aufgeführten Drama „Mutter Courage“ von Bertolt Brecht (1898–1956) seufzt Mutter Courage „Verflucht sei der Krieg“. Geschichtlicher Hintergrund ist der mörderische Dreißigjährige Krieg, dessen unmittelbarer Anstoß der Aufstand der böhmischen Ständekorporationen gegen die habsburgische Dynastie mit dem Prager Fenstersturz zweier kaiserlicher Statthalter und eines Sekretärs (23. Mai 1618) war. Die Schlacht am Weißen Berg nahe Prag (8. November 1620) bedeutete das Ende dieses ständischen Aufstandes und die mit Bluturteilen eingeleitete Rekatholisierung und Unterwerfung Böhmens unter die Habsburgerdynastie und katholische Kirche samt ihrem von korrumpierten Adelsgruppen repräsentierten Repressionssystem. Unter den aus Böhmen flüchtenden Böhmen war Jan Amos Comenius (1592–1670), der im Exil mit seinen Traktaten die Notwendigkeit eines internationalen Vertrages zur Verhinderung von Kriegen und für das friedliche Nebeneinander zu begründen versuchte. Der Historiograph der komplexen böhmisch-tschechischen Geschichte František Palacký (1798–1876) schreibt über den Zustand von Prag „zu Anfänge und dem zu Ende des Kriegs! Dort war die Stadt fast ganz utraquistisch, stark bevölkert und wohlhabend, hier rein katholisch, aber zweier Drittel ihrer Bevölkerung beraubt, verödet und ins Elend versunken“. [1] František Palacký war Vorsitzender des zu Pfingsten 1848 (2.–12. Juni) zusammengetretenen Slawenkongresses, der seine Proklamation an die „europäischen Nationen“ im Geiste der „Freiheit, Gleichheit und Bruderschaft“ richtet: „Keine Nation ist von der Natur berechtigt, über andere zu herrschen“. [2] Mit dem seit 1645 in Osnabrück und in Münster von den mit Juwelenverzierten Kutschen auffahrenden Delegationen aus den erschöpften Ländern verhandelten „Westfälischen Frieden“ mit der Unterzeichnung am 24. Oktober 1648 wurde der Dreißigjährige Krieg beendet. Die Habsburgerdynastie hat ihr Kriegsziel, die deutschen Territorialfürstentümer ihrer päpstlich gesegneten kaiserlichen Herrschaft zu unterwerfen, nicht erreicht. Das fiktive „Heilige Römische Reich“ war zu

Ende, Deutschland blieb in ca. 300 souveräne Staaten in partiellen Kombinationen zersplittert. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 hat sich für die Mehrheit der in Armut und Hunger lebenden Völker weder in der Habsburgermonarchie noch in den



Türgriff am historischen Rathaus von Osnabrück, in dem 1648 der Westfälische Friede geschlossen wurde

deutschen Fürstenterritorien etwas geändert, bei Rebellion drohte ihnen nicht nur die Höllestrafe im angenommenen Jenseits. Die „Hunde von Hohenzollern und Habsburgern“, von denen noch 1866 Karl Marx (1818–1883) schreibt, [3] bestimmten den weiteren Gang ihrer Leidensgeschichte.

Zum Gedenken an den Westfälischen Frieden wird der Westfälische Friedenspreis (1998) gestiftet. Als erster Preisträger wird der Tscheche Vaclav Havel ausgezeichnet

Zum 350-jährigen Jahrestag des Westfälischen Friedens (1998) hat die Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. beschlossen: „Alle zwei Jahre verleiht die Wirtschaftliche Gesellschaft den Internationalen Preis des Westfälischen Friedens und zeichnet damit besonderes Engagement für nachhaltigen Frieden und internationale Verständigung aus. Der Preis ist mit 100 000 Euro der höchstdotierte Friedenspreis, der von der Wirtschaft vergeben wird. Historisch knüpft der Preis an den Westfälischen Frieden an, der 1648 in den Rathäusern von Münster und Osnabrück geschlossen wurde – ein Meilenstein in der europäischen Einigungsgeschichte.“ [4] Der erste Westfälische Friedenspreis wurde aus diesem Anlaß an den Prager Schriftsteller Václav Havel (1936–2011) vergeben: „Der tschechische Präsident Vaclav Havel wurde 1998 als

erster Preisträger mit dem Preis des Westfälischen Friedens ausgezeichnet, weil er sich über die Grenzen seines eigenen Landes hinaus als Leitfigur der Verständigung zwischen den Völkern und ihren Bürgern in Europa profiliert hat. Mit diesem Engagement setzte er sich über historische und verständliche Widerstände im eigenen Land hinweg und erreichte ermutigende Ansätze in den deutsch-tschechischen Grenzregionen.“ Auf Karel Schwarzenberg (1937–2023) wurde verzichtet, obschon dieser aus dem vom Westfälischen Frieden über die Jahrhunderte in Böhmen profitierenden römisch-katholischen Adelsgeschlecht der Schwarzenberg stammt und durch die Havels & Co wieder zu jenen riesigen Latifundien in der Tschechoslowakei gekommen ist, die nach dem 2. Weltkrieg 1947/1948 auf Grundlage der von Edvard Beneš (1884–1948) formulierten Dekrete und von den tschechoslowakischen Kommunisten als Volkseigentum deklariert wurde. Was kann also die Initiatoren des Westfälischen Friedenspreises

veranlaßt haben, ausgerechnet Vaclav Havel für diese Ehrung auszuwählen? Am 21. Februar 1990 hat Havel vor dem ihm Ovationen erbringenden Plenum beider Häuser des US-Kongresses in Washington ein Loblied auf die USA als „Verteidiger der Freiheit“ angestimmt. Nur wenige Wochen zuvor hat eben diese USA in El Salvador sechs jesuitische Befreiungstheologen als Kommunisten ermorden lassen (16. November 1989) und Panama überfallen (Dezember 1989/Januar 1990). Nach Vaclav Havel habe die USA „die Verantwortung“, die auf ihr lastet, verstanden. Den am 24. März 1999 mit der Bombardierung von Belgrad beginnenden völkerrechtswidrigen und verbrecherischen NATO-Krieg gegen Jugoslawien begrüßte Vaclav Havel als einen fundamentalen Schritt hin zu einer neuen Weltordnung.

Am 1. Oktober 2026 erhalten das Militärbündnis NATO und die katholische Jugendorganisation socioMovens. Giving Europe a Soul den Westfälischen Friedenspreis

1. Welchen Beitrag zum Frieden hat das Militärbündnis der NATO geleistet?

Die NATO ist am 4. April 1949 auf Initiative des US-Imperialismus in Washington mit zwölf Staaten (USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen,

Portugal und die USA) als militärisches Bündnis gegen die Sowjetunion und den Kommunismus gegründet worden und setzt sich heute aus 32 Mitgliedsländern zusammen. Die Bundesrepublik Deutschland, die von Beginn an nicht nur mit ihren US-Basen ein Vasall des US-Imperialismus war und deren Führungsgruppen aus der privaten Wirtschaft die Rüstungspolitik vorangetrieben haben, ist seit dem 9. Mai 1955 Mitglied der NATO. Die Möglichkeiten der Kriegsverhütung haben in der geopolitischen Strategie der NATO keinen Platz, Kriegsvorbereitung und illegale, zum Teil geheime Kriege sind das Wesen dieses Militärbündnisses.

Am 1. Oktober 2026 wird der Westfälische Friedenspreis an die NATO verliehen. Entgegennehmen wird diesen Friedenspreis der aus den Niederlanden stammende Generalsekretär der NATO Marc Rutte (*1967), die Laudatio hält der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz (*1955). Beiden gemeinsam ist das Wirken für den Aufmarsch gegen Rußland und für das logistische Einvernehmen mit Israel, dessen Völkermord am palästinensischen Volk ihnen Vorbild für das Vorgehen der NATO-Länder gegen das russische Volk sein wird. Dieses wird sich an die Gräueltaten der Deutschen Wehrmacht bis nach Charkow noch erinnern. NATO-Generalsekretär Marc Rutte ist bekannt durch sein Drängen nach Atombewaffnung und Finanzierung des ukrainisch-faschistischen Systems von Wolodymyr Selenskyj (*1978). Der Schweizer Historiker Daniele Ganser (*1972) hat sich immer wieder wissenschaftlich intensiv mit der NATO befaßt, mit deren Geheimarmeen in Europa und deren verdeckten Kriegsführung und eine belegte Chronik ihrer illegalen Kriege publiziert. Wegen seiner historischen Analysen und Schlußfolgerungen wird er nicht nur kritisiert, sondern mit Wikipedia an der Spitze weltweit als Pseudowissenschaftler verleumdet.

2. Über die Rolle der Jugendorganisation socioMovens. Giving Europe a Soul

Papst Franziskus (1936–2025) hat das „Gebell“ der NATO „an den Toren Rußlands“ als Ursachen des Dramas in und mit der Ukraine verurteilt. Die Teilhabe an den monopolkapitalistischen Interessen des Imperialismus war diesem aus Lateinamerika kommenden Papst zutiefst zuwider, er verstand sich als Diener der Menschlichkeit. Wegen seiner Haltung wurde er von den Mainstream-Medien immer scharf kritisiert und vom korrupten Klerikalismus der katholischen Kirche diskriminiert. Wiederholt hat Papst Franziskus Worte an die Jugend gerichtet, er forderte diese auf, „Lärm zu machen“ und sich dafür einzusetzen, die Welt zu verändern. In seinem Apostolischen Schreiben „an die jungen Menschen und an das ganze Volk Gottes“ vom 2. April 2019 „Christus vivit“ schlägt er den jungen Menschen vor, „Punkte der Übereinstimmung inmitten vieler Uneinigkeiten zu finden, innerhalb dieses

sorgfältigen und zuweilen mühsamen Versuchs, Brücken zu schlagen, einen für alle Beteiligten günstigen Frieden zu schließen, dann ist dies das Wunder der Kultur der Begegnung, das es den jungen Menschen Wert ist, mit Leidenschaft zu leben“. Am 11. Juli 2022 appellierte Papst Franziskus aus Anlaß eines Kongresses in Prag an die Jugend der Europäischen Union (EU), sich für ein Kriegsende in der Ukraine einzusetzen. Ein geeintes Europa sei aus einer starken Sehnsucht nach Frieden entstanden, diese Kriegswirren, „bei denen wie üblich einige wenige Mächtige entscheiden und Tausende von jungen Menschen in den Kampf und in den Tod schicken“, müssen beendet werden: „In solchen Fällen ist es legitim, zu rebellieren.“

Der am 16. November 1989 im Auftrag des US-Imperialismus in El Salvador ermordete Befreiungstheologe Ignatio Ellacuría SJ (*1930) hat auf Einladung der „Christlichen Verbände italienische Arbeitnehmer“ (ACLI – Associazioni Christiane Lavoratori Italiani) 1987 in Venedig zu dem allgemein gehaltenen Thema „Jugend und Solidarität“ als Zeuge eines prophetischen Christentums gesprochen. Die Jugend der Welt könne und müsse sich weltweit auf eine grundlegende Solidarität vereinigen, „das mechanische Fortsetzen der Vergangenheit, trotz aller Werte, die diese Vergangenheit haben mag, kann nur zur Wiederholung und Ausbreitung von Ungerechtigkeit führen“.

Der seit 2025 in der Nachfolge von Papst Franziskus amtierende Papst Leo XIV. (*1955) meldet sich immer wieder widersprüchlich über den Frieden zu Wort. Er wiederbelebt nicht nur traditionelle Rituale der Amtskirche, sondern drückte schon durch seine Namenswahl die offensive Zustimmung der katholischen Soziallehre zur kapitalistischen Wirtschaft aus. Das ist eine Distanzierung von Papst Franziskus, der von einer „Wirtschaft, die tötet,“ gesprochen hat. Aus dem Vatikan kommen mit Papst Leo XIV. als Zustimmung interpretierbare Signale zu einer Sammlung katholischer Kräfte im Interesse des europäischen militaristischen Imperialismus mit seinen faschistischen Kräften. Gemeinsam mit der NATO, die den Hauptpreis erhält, wird am 1. Oktober 2026 der mit 50 000 Euro dotierte Jugendpreis des Westfälischen Friedenspreises an die Organisation „socioMovens – giving Europe a Soul“ vergeben. Diese Organisation ist nach der Implosion der sozialistischen Länder aus einer Sommerschule für katholische Soziallehre des Erzbistums Paderborn als katholisches „Osteuropa-Projekt“ für die ideologische Indoktrinierung eingerichtet worden und dient dem Aufmarsch gegen Rußland. Die in den osteuropäischen Ländern noch vorhandenen Traditionen des Internationalismus mit ihrer gelebten und aktiven Solidarität für die Befreiungsbewegungen in aller Welt, wie in Palästina oder in Lateinamerika, in die Vergessenheit gedrängt. Die Parallelen zur

Sammlung der „europäischen Jugend“ durch die nationalsozialistische Bewegung mit ihrem Führer Adolf Hitler (1889–1945) sind fatal. Bei der Zeremonie in Münster wird der gebürtige tschechische Kurienkardinal Michael Czerny SJ (*1946) die Festrede halten. Was dieses Mitglied des Jesuitenordens, dem auch Papst Franziskus angehört hat, veranlaßt hat, dieser Heuchel-Veranstaltung seinen Segen zu geben, wird nur der offenkundig abwesende „Heilige Geist“ interpretieren können. Oder ist es ganz einfach doch die Wiederkehr des jesuitischen Denkens der 50er Jahre, als der deutsche Jesuit Johannes Leppich SJ (1915–1992) offen zum Kampf nicht nur gegen den satanischen Kommunismus, sondern auch gegen den satanischen Liberalismus gepredigt hat.

Nachwort

Albert Einstein (1879–1955) hat am 21. September 1953 an die Jewish Peace Fellowship in New York geschrieben: „Bloßes Lob des Friedens ist einfach, aber wirkungslos. Was wir brauchen, ist aktive Teilnahme am Kampf gegen den Krieg und alles, was zum Krieg führt.“ „Das Ziel der Assoziation“, heißt es in dem im April 1850 unterzeichneten Gründungsdokument der „Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten“, „ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie wird“. Von diesem Ziel sind „wir heute jedenfalls weit entfernt“, was Sigmund Freud (1856–1939) in seinem Briefwechsel mit Albert Einstein „Warum Krieg?“ schon im September 1932 mit Blick auf seine der Gegenwart gleichenden Kriegsvorbereitungen zutiefst bedauert hat.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 13.8.2026

Quellen

- [1] František Palacký: Skizze einer Geschichte von Prag. Odeon Verlag 1983, S. 7 („utraquistisch“ ist der Hinweis auf die von den Baseler Kompaktaten 1436 bewilligte kirchliche Sonderstellung von Teilen der Hussitenbewegung mit ihrem Abendmahl unter beiderlei Gestalt); dazu Eduard Winter: Barock, Absolutismus und Aufklärung in der Donaumonarchie. Europa Verlag Wien 1971.
- [2] Wolfgang Häusler: Ideen können nicht erschossen werden. Revolutionen und Demokratie in Österreich 1789–1848–1918. Molden Verlag Wien / Graz / Klagenfurt 2017, S. 163–172 (Von Palacký bis Masaryk).
- [3] MEW 31 (1973), S. 204 (Brief an Friedrich Engels vom 6. April 1866).
- [4] <https://www.wirtschaftliche-gesellschaft.de/internationaler-preis-des-westfaelischen-friedens/>; Internationaler Preis des Westfälischen Friedens – Wikipedia

Stand der aktuellen Konflikte und deren geopolitische Auswirkungen

Der Iran, Rußland, China, die DVRK und viele mit ihnen sympathisierende Länder und Menschen gehen davon aus, daß es derzeit mit dem aggressiven Westen keinen Frieden geben wird. Folglich werden die Konflikte trotz immer größerer personeller und materieller Verluste weiter eskalieren und bis zum Erreichen der Abnutzungsgrenze einer der Seiten noch länger weitergehen. Die internationale Rechtsordnung ist tot, der Weltfrieden ist tot, ernste Verhandlungen sind nicht in Sicht. Allein durch die Vielzahl der an den Konflikten beteiligten Länder und durch deren hybriden Charakter handelt es sich bereits jetzt um eine besondere Form eines neuen, durch moderne Technologien gesteuerten Weltkrieges, was aber nur einer Minderheit der Menschen bewußt ist, da die Mehrheit unzureichend oder verfälscht informiert ist. Diese zutiefst bedrohliche und instabile Situation, die besonders von den westlichen Kriegstreibern durch immer drastischere Forderungen nach Weiterverbreitung sowie Einsatz von Atomwaffen noch mehr verschärft wird, zwingt die Menschheit aufzuwachen und den ewig aggressiven Kräften um des Friedens und des Weiterlebens willen in den Arm zu fallen.

Die „Diplomatie“ der Westlichen dient nicht mehr der Beendigung der Konflikte, sondern nur noch dem Erreichen von Pausen für die Auf- und Nachrüstung ihrer stark geschwächten Truppen.

Nachdem es im August 2025 schien, daß es zwischen Trump und Putin in Anchorage zu einer grundsätzlichen Verständigung kam, befeuert Trump gegenwärtig wieder den direkten Krieg gegen Rußland, um der Ukraine zum Sieg zu verhelfen und den Konkurrenten Rußland bedeutend zu schwächen. Zugleich ist er erneut dabei – bei Bruch der Vereinbarung mit dem Iran – neue Kräfte in den Nahen Osten zu schicken, um die Straße von Hormus für niedrige Öl-, Energie- und Lebensmittelpreise in den USA offen zu halten und den Besitz von Atomwaffen durch den Iran nicht zuzulassen. Seine Unterstützung der Ukraine mit von der EU bezahlten Waffen und Munition sowie mit Satellitendaten zur Vernichtung von tief in Rußland gelegenen zivilen und militärischen Zielen erfolgt nicht mehr verdeckt, sondern völlig offen. Präsident Putin und Außenminister Lawrow äußerten, daß die Russen im Gegensatz zu den Amerikanern und

EU-Europäern ernsthafte Lösungen der Konflikte auf der Basis der politischen und militärischen Realitäten anstreben. Nach dem 2+4-Vertrag, Minsk 1 + 2, Istanbul 2022 und dem Anchorage-Format ist ihnen bewußt, daß eine einseitige Vorbereitung einer vertraglichen Lösung derzeit ins Leere läuft.

Deckungsgleich präsentiert sich die Situation mit dem Iran, der von den USA und Israel als Aggressor behandelt wird, obwohl letztere es waren, die den neuen Nahostkrieg auslösten. Die USA sind dabei, den Iran bereits zum vierten Mal zu überfallen, um zu einer für sie annehmbareren Vereinbarung zu kommen. Das alles sind Brüche normaler diplomatischer Gepflogenheiten.

Diese unberechenbaren Handlungen der USA haben den Iranern klar gemacht, daß Verhandeln nichts bringt, da Vereinbarungen mit den Trumpschen USA jederzeit gebrochen werden können.

EU-Europa seinerseits besteht aus einer Diktatur in Brüssel, welche einen pathologischen Haß gegenüber Rußland hegt, die den Genozid Israels gegen die Palästinenser nur zahnlos kritisiert sowie einer Londoner, Pariser und Berliner City, die wieder einmal vom Untergang Rußlands träumt.

Treiben die westlichen Siegesillusionen die stark geschwächte Ukraine mit den vom Regime und den Medien geforderten Angriffen in den Zusammenbruch?

Ursula von der Leyen hat, wie der ehemalige UN-Diplomat Michael von der Schulenburg in einem Beitrag für die Berliner Zeitung vom 13.8. feststellte, bei ihrem Besuch am 26. Juli in Kiew behauptet, das Blatt habe sich gewendet; die Ukraine habe die Initiative zurückgewonnen, Drohnen sind die neuen siebringenden Wunderwaffen; die russische Wirtschaft sei stark geschwächt; auf dem Schlachtfeld habe die Ukraine mit „Killerdrohnen“ erhebliche Erfolge erzielt; neue Militärtechnologien habe den Mangel an ukrainischen Soldaten mehr als ausgeglichen, russische Soldaten zahlten einen hohen Blutzoll; Rußland kann keine militärischen Erfolge vorweisen.

Das sollte Putin zwingen, anzuerkennen, daß er diesen Krieg verlieren werde. Begleitet wurden solche Darstellungen von propagandistisch aufgemotzten, aber wenig wirksamen Angriffen mit Drohnen und Raketen auf Moskau und St. Petersburg. Der im August 26 unter großer Siegeshysterie durchgeführte ukrainische

Terrorangriff auf die Basis der russischen Schwarzmeerflotte und auf den Ölhafen Noworossisk hat durch die verstärkte Luftverteidigung vor Ort deren Zerstörung nicht erreicht, wie man einige Tage später erfahren konnte.

Westliche Medien gaben Rußland noch ein halbes Jahr, auch spekulierten sie über einen Umsturz in Moskau. Die strategisch wichtige Krim sei durch ukrainische Angriffe bereits weitgehend von Rußland abgeschnitten. Putin werde als Verlierer zu den Bedingungen der europäischen NATO-Staaten an den Verhandlungstisch gezwungen. Die Politik des Westens, die Ukraine militärisch, politisch und finanziell massiv zu unterstützen und gleichzeitig jegliche Gespräche zu verweigern, bis Rußland „in die Knie gezwungen“ ist, schien aufzugehen.

Wie sieht es tatsächlich aus?

Das Blatt hat sich in Wirklichkeit nicht von Rußland abgewendet und deshalb erschienen in letzter Zeit in den Westmedien kaum noch Siegesmeldungen. Gleichzeitig mehrten sich, aus den USA, aber auch aus der Ukraine, die Zweifel am Erfolg des fjdodorowschen Drohnenkriegs auf das russische Hinterland. Der ukrainische Botschafter in GB, Walerij Saluschnyj, stellte fest, daß der Drohnenkrieg wenig erfolgreich und viel zu teuer sei und daß die Russen inzwischen eine hohe Abschußrate ukrainischer Drohnen erreichten.

Es setzt sich, trotz aller anderslautender westlichen Narrative die Einsicht durch, daß der Konflikt allein auf diesem Weg nicht zu gewinnen ist. Die Entwicklung auf dem Schlachtfeld bleibt entscheidend.

Die Qualität und das Tempo der Offensive der russischen Streitkräfte nehmen zu

Russische Gebietsgewinne soll es nicht nur im Donbass, sondern auch um Charkiw und in Saporischschja sowie bei der Auflösung vieler Kessel an der Frontlinie geben. Nach einem Bericht des ukrainischen Telegram-Kanals besetzten die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) im Juli 2026 728,45 Quadratkilometer Territorium in der SVO-Zone.

Das Vorankommen ist zwar langsam, aber die RF, die einen Abnutzungskrieg führt, verfolgt das primäre Ziel, die militärischen Fähigkeiten der Ukraine, in die die gesamte vom Westen erwiesenen „Hilfen“

eingeschlossen sind, maximal zu schwächen. Die bevorstehende Zerstörung der letzten festungsartig ausgebauten Verteidigungsstellungen um die Donbass-Städte Slawjansk und Kramatorsk wird den Weg in Richtung Westen und nach Kiew öffnen. Noch schwerwiegender ist für die Ukraine, daß ihre Drohnenangriffe zu einer härteren Gangart der SK der RF an den Fronten geführt haben und dazu, daß die russische Führung nun offen von Krieg – auch von einem Krieg der NATO gegen Rußland – nicht nur spricht, sondern sich auf einen solchen verstärkt vorbereitet. In dieser grausamen Logik übersteigen die jahrelangen Zerstörungen in der Ukraine diejenigen in Rußland qualitativ und quantitativ um ein Vielfaches, was die Siegeszuversicht der Ukraine, trotz der immer größeren Hilfe des Westens, in eine Utopie verwandelt.

Den SK der RF ist es gelungen, erste Komponenten des russischen Starlinksystems „Rassvet“ (auf der Basis des russischen Navigationssystems GLONASS) in den Orbit zu bringen und bei militärischer Notwendigkeit Löcher im Starlinknetz zu erzeugen, die verlustärmere Angriffe der RF-SK gestatten, was sich bei den russischen Angriffen an allen Fronten und im ukrainischen Hinterland zeigt. Der RF ist es auf diese Weise gelungen, die Ukraine zu einem Binnenstaat zu machen, die Hauptstadtfunktionen Kiews bedeutend einzuschränken und die Pufferzone im Norden zu erweitern.

Ukraine geht zu Terrorakten über

Die ukrainischen Geheimdienste und Streitkräfte üben mit Hilfe von weitreichenden Raketen und Drohnen sowie der Satellitendaten des kollektiven Westens (die USA wieder eingeschlossen) Terrorangriffe auf die russische kritische Infrastruktur, auf die Öl- und Treibstoffherzeugung und einige militärische Objekte mit meist nur begrenzten Erfolgen aus. Neben einigen Ausfällen konnten viele Schäden, die oftmals von herabfallenden Teilen der Angriffs- und Verteidigungswaffen verursacht wurden, nach relativ kurzen Reparaturarbeiten (auch mit Hilfe nordkoreanischer Arbeitskräfte) wieder funktionstüchtig gemacht werden.

Die terroristischen Angriffe der ukrainischen Streitkräfte (ukr. SK) konnten den Vormarsch der russischen Truppen bisher nicht stoppen. Da die RF ihre wertvollen Ziele immer besser schützt, ging die Ukraine dazu über, zivile oder andere weiche Ziele, z. B. leicht entzündbare Lagerhallen (ähnlich amazon) zu bekämpfen, wodurch die Zahl der zivilen Opfer in Rußland anstieg und kurzzeitige Versorgungslücken entstanden. Die Vergeltung Rußlands soll zur Vernichtung von vielen ähnlichen Zentren in der ganzen Ukraine in einer Nacht geführt haben. Überhaupt ist die kleinere Ukraine – mit ihrem ständigen

Personal- und Hightech-Waffen-Mangel und der fast völlig zerstörten Industrie – in einer bedeutend schlechteren Lage als die RF. Die Ukraine kann sich nur durch die hochgradige militärische, ökonomische und finanzielle Hilfe des gesamten kollektiven Westens halten und mit diesem gemeinsam ihre terroristischen Angriffe auf das Territorium der RF ausführen. Die Möglichkeiten der Ukraine und ihrer Verbündeten reichen nur zu einigen Prestigeerfolgen, führten aber nicht dazu, der atomaren und konventionellen (Oreschnik)-Supermacht grundlegenden Schaden zuzuführen.

Die Luftverteidigung (LV) der RF hat dermaßen an Qualität gewonnen, daß von 1400 in das Land gestarteten Flugkörpern nur einzelne in die Nähe der Ziele in der RF kamen. Besonders haben sich dabei die neuen oder modernisierten Luftverteidigungskomplexe, die reichweiten-, höhen- und funktionsgestaffelten Panzir-, S-300, S-350, S-400 und S-500, bewährt. Wegen dieser LV-Komplexe konnte die Ukraine die Ziele ihrer propagandistisch hochgespielten 40-tägigen Drohnen-Kampagne nicht erreichen. Kurz vor seiner Indienstellung stehen ein Antidrohnenwolken-Komplex und der Satelliten-Killer S-550, wobei letzterer die strategische Aufgabe hat, die Augen und Ohren der USA im Orbit blind bzw. stumm zu schalten. Dieser soll auch in der Lage sein, das zivil und militärisch genutzte GPS auszuschalten. Rußland gewinnt durch seine nicht oder kaum abwehrbaren Hyperschallraketen und modernisierten ballistischen Raketen sowie durch den Mangel an Abwehraketen der Ukraine den dortigen Luftabnutzungskrieg.

Zum Nahostkrieg, der auf seine Beendigung zugeht

Neben Rußland ist der Iran das vom Westen meist unterschätzte Land der Welt. Die Perser sind den Israelis und den Amerikanern mit ihren Hyperschallraketen nicht nur militärtechnisch, sondern auch mental überlegen. Jüngste landesweite Umfragen deuten darauf hin, daß nur etwa ein Drittel der US-Bevölkerung den Irankrieg ihres Landes befürwortet, während etwa die Hälfte bis zwei Drittel dagegen sind (Quellen: Washington Post, Silver Bulletin, Barrons). Nach dieser Umfrage vom 15. Juni kann man davon ausgehen, daß nach dem Bruch des Memorandums mit dem Iran und der Verschlechterung der Lage im Energiesektor – höhere Benzin- und Dieselpreise in den USA – die Zustimmung der US-Bevölkerung zur Regierungspolitik weiter sinken wird.

Dagegen zeigt sich im Iran, wo bis zu 40 Millionen an den Beisetzungsfestlichkeiten ihres ermordeten Führers teilgenommen haben, daß die Iraner hinter der Regierung stehen.

Die Amerikaner befinden sich in einem riesigen Dilemma. Wie der realistische

Militärexperte Larry Johnson feststellte, gehen den USA nicht nur die Luftabwehraketen sondern auch andere Raketen und Munition aus. Die Auftragserfüllung der US-Regierung über 53,9 Milliarden Dollar für 2000 Patriot-Abfangraketen hängt von den Lieferungen der dazu benötigten seltenen Erden des Monopolisten China ab. Dazu kommt, daß sich die Öl- und Gassituation aufgrund der Sperrung von Bab el-Mandeb am Roten Meer durch die Huthis weiter verschärft. Die von Israel geforderte und durch die USA proklamierte Bodenoperation ist reine Trumpsche Propaganda und würde für Amerikaner und Israelis in einem Blutbad enden. Das wird wohl auch der Grund dafür sein, warum die USA Anfang August die Angriffe gegen den Iran zeitweilig eingestellt haben.

Die USA und Israel haben auch den dritten Versuch (nach Juni 2025 und Februar 2026) in keiner Weise für sich entscheiden können. Beide haben bisher den Krieg verloren; Israel mußte bisher nicht bekannte personelle und existenzbedrohende materielle Verluste hinnehmen, und die USA haben keines ihrer Ziele im Iran erreicht. Sie haben das Abkommen mit dem Iran aus innenpolitischen Gründen in wesentlichen Punkten nicht erfüllt und wollen nun den Krieg wieder aufflammen lassen. Damit haben sie das Prestige der stärksten Militärstreitkräfte verspielt. Sie haben der Welt gezeigt, daß sie mit ihrer „Wackeldackelpolitik“ kein vertrauenswürdiger Verhandlungs- und Vertragspartner sind. Israel will den Friedensvorschlägen der USA zu Gaza, dem Libanon und der Westbank nicht folgen, was für Israel das lebensnotwendige Verhältnis zu den USA zerstören könnte.

Ist ein neuer Weltkrieg bereits Realität?

Gemäß dem Ukraine Support Tracker führen 41 Länder Krieg gegen Rußland. Darunter sind unter anderen: die Ukraine (als Plattform), Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Schweden, Kroatien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Portugal, Slowakei, Tschechien, Slowenien, Ungarn, Zypern, Litauen, Estland, Lettland und die USA.

Im Nahen Osten sind folgende 11 Länder am Krieg beteiligt: Israel, USA, Iran, Iraq, VAE, Kuwait, Syrien, Qatar, Oman, Saudi Arabien, Jemen.

Es ist wahrscheinlich, daß auch Länder Mittel- und Südamerika sowie weitere noch hinzukommen.

Wenn man die genannten Länder und die vielen direkten und indirekten hybriden Aktivitäten der an den Konflikten Beteiligten des Westens als Maßstab nimmt, gibt es eine hochgradige Berechtigung, von einem bereits begonnenen neuen Weltkrieg zu sprechen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Bericht eines Reisenden in die Ukraine

Kiew heute

Vor einiger Zeit faßte ich den Entschluß, in die Ukraine zu fahren, um Verwandten und Freunden zu helfen, ihnen einfach beizustehen. Im Prinzip waren das rein symbolische Gesten, ein paar Lebensmittel, die sie mögen und vor allem ein paar gemeinsam verbrachte Stunden. Mehr ist bei allem guten Willen auch nicht möglich. Es wäre nicht ehrlich zu sagen, eine solche Reise verläuft ohne Anspannungen. Je näher man dem Land kommt, um so nervöser werden die Reisenden. Man spürt erst in vollem Umfang die enorme Gefahr und den Druck des Regimes, wenn man die Grenze überschritten hat. Erst dann wird einem der totalitäre Druck des Regimes und die damit verbundene Tragödie der einfachen Menschen voll bewußt.

Die Ukrainer sitzen in einer Falle. Sie entschieden sich in ihrem Wunsch und Streben nach einem besseren Leben scheinbar frei für die Zugehörigkeit zur EU. In der Realität gerieten sie in Folge der hinterhältigen Manipulationen durch den Westen, der diese verständlichen Wünsche nach einem besseren Leben ausschließlich für die eigenen Zwecke mißbrauchte, in die heutige Lage. Und so spielt sich zum ersten Mal all das in solch kolossalem Ausmaß ab, im nach Rußland flächenmäßig größten Land Europas. Die Ukraine hat weltweit den höchsten Anteil an nahen Verwandten in Rußland. Laut einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie vom November 2021 sind es etwa 57 Prozent der Ukrainer, die Verwandte in Rußland haben.

Telefon

Nach meiner Ankunft habe ich mir eine ukrainische SIM-Karte gekauft. Sobald ich sie ins Handy gesteckt hatte, bevor ich mit dem Telefon irgendetwas anderes hätte tun können, kam sofort eine Nachricht mit den entsprechenden Kontaktdaten: „Sla-wa Ukraini! Willkommen in der Ukraine! Wenn du Beratung oder Hilfe brauchst, ruf die Hotline der regionalen Militärverwaltung an!“ Ich bin viel gereist und habe noch nie erlebt, daß ein Land, in das ich einreise, mich zum Beispiel so begrüßt hat: „Heil der Schweiz!“ oder „Ruhm Deutschland!“ oder „Ruhm Brasilien!“ Wozu das?

Dann kam eine SMS von „Anti Fake“: „Hast du eine schockierende oder zweifelhafte Nachricht gesehen? Überprüfe sie im Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine!“ „Melde sie uns!“ mit den Kontaktdaten.

Aufrufe dieser Art wirken immer in zwei Richtungen. Zum einen wird jemand aufgefordert, Verdächtiges zu melden, also ggf. zum Denunzianten zu werden. Und auf der

anderen Seite können derartige Aufrufe gegen einen selbst wirken, wenn irgendein anderer Mensch zu dem Schluß kommt, daß ich mich irgendwie „nicht normal“ bewege oder verhalte.

Für mich bedeutete das: Wenn ich etwas aktiv fotografiere und das jemandem zweifelhaft erscheint, kann er mich anzeigen.

Obwohl ich gerade erst eine SIM-Karte gekauft hatte, strömten auf meine Nummer schon Nachrichten von staatlichen Stellen – z. B. vom ukrainischen Sicherheitsdienst SBU: „Der Feind rekrutiert aktiv Ukrainer in sozialen Netzwerken, um Brandstiftungen und Terroranschläge zu verüben. Wenn Unbekannte dir leicht verdientes Geld für die Erfüllung ‚einfacher Aufgaben‘ versprechen, melde es uns. Geh zum Telegram-Chatbot ‚verbrenne den FSB-Mann‘ oder ruf uns an.“

In der Stadt

Von allen Fernsehsendern, Medien, Schulen, sogar Kindergärten, von allen staatlichen Stellen – von überall kommt die Botschaft: Rußland ist der Feind! Töte Russen und sei stolz darauf! Die Gehirne werden methodisch und systematisch gewaschen, indem Gefühle angesprochen werden, mit Schwerpunkt auf Patriotismus für das Vaterland und den Schutz der eigenen Heimat.

Viele Länder reagieren derart auf eine Kriegssituation. Doch in der Ukraine erreichte die Manipulation der Menschen ein Maß, das alle menschlichen Grenzen überschreitet.

Im Frühjahr 2023 wurde das skandalträchtige „Kunstcafé Offensiva“ eröffnet. Der Gründer des Lokals ist ein radikaler Nationalist, der bereits 2020 die gemeinnützige Organisation „Offenziwa“ (vom franz. „offensive“, engl. „offensive“) ins Leben gerufen hat. „Angriff“, das sind aktive militärische Aktionen, die darauf abzielen, Gebiete zu erobern, den Gegner zu vernichten oder strategische Ziele zu erreichen.

„Kunstcafé Offensiva“

Es werden dort Gerichte mit Bezeichnungen wie „Daria Dugina“, „Nawalny“ oder „Crokus City“ angeboten.

Nun gibt es weltweit z.B. auch „Wiener Schnitzel“ oder das „Steak Stroganoff“, gemeint als Ode an einen weltweit geachteten kulinarischen Stil. Doch die Intentionen dieser Kiewer Restauration sind ganz anderer Natur, denn der Slogan des Hauses lautet „Ofenziwa: Deine leckere Russophobie“. Die Bezeichnungen der Gerichte dienen also ohne jeden Zweifel der Entmenslichung der Personen, nach denen sie benannt

wurden. Das ist eine Schande, zynischer Wahnsinn.

Auch wenn alle sozialen Medien diese Örtlichkeit als aktiv, also offen, deklarieren, so habe ich niemanden dort ein- oder rausgehen sehen. Das läßt den Schluß zu, daß dieses Haus gar nicht als Restaurant gedacht ist, sondern als Reklameort für die ukrainische Politik, als Provokation zur Beheizung von Haß und zur Fortsetzung des Krieges.

Haben junge Leute, die noch nie die Ukraine verlassen haben – verlassen konnten – überhaupt eine Chance, nicht unter dem Einfluß dieser allgegenwärtigen Haßkampagnen gegen alles Russische zu stehen? Meine Antwort: nein, keine Chance!

So gesehen ist das Folgende geradezu ein Paradoxon: Trotz allem sprechen viele Menschen in Kiew weiterhin das verbotene Russisch auf der Straße, in der Metro, beim Einkauf. Denn egal, wie sehr man ihnen auch eine Gehirnwäsche verpaßt – ihre Muttersprache ist Russisch. Und die Sprache der Kindheit läßt sich nicht ändern.

Was wird aus der Gesellschaft?

Jetzt, wo die Angriffe mit Raketen aller Art richtig losgegangen sind, hat sich das Narrativ der Entmenslichung der Russen noch verstärkt. Kritisches Denken funktioniert unter diesen Umständen nicht. Mir fielen die Arbeiten des Psychiaters Bessel van der Kolk ein, der das Verhalten von Menschen während Katastrophen und Kriegen untersuchte. Er beschrieb ein Phänomen: Der innere Dialog verschwindet; das Zeitgefühl geht verloren; die Fähigkeit zu logischem Denken schwindet. Übrig bleiben nur automatische, instinktive Überlebensprogramme. All das habe ich praktisch bei jedem beobachtet, mit dem ich ins Gespräch kommen konnte.

In der U-Bahn

Ich mußte jede Nacht in der U-Bahn unter der Erde verbringen. Explosionen, insbesondere die von Raketen, sind sehr beängstigend und das Gehirn reagiert tatsächlich sofort, wie Bessel es beschrieben hatte.

Bei Alarm dient die U-Bahn als Schutzraum und ist voller Menschen, denn andere Schutzräume hat in den letzten vier Jahren niemand gebaut.

Ein Mann mittleren Alters hörte dort den Podcast des ukrainischen Oppositionspolitikers Jewgenij Murajew, den in der Ukraine viele kennen. Zur Zeit lebt er im Exil in Peking.

Dem Westen ist das durchaus klar, auch der ukrainischen Führung, die gegen alles ukrainische Recht die Macht usurpierte und

nicht daran denkt, sie jemals durch Wahlen überprüfen zu lassen. Und der Gruppe radikaler Neonazis, die diese Macht stützt, ist es auch klar.

Menschen als lebende Schutzschilde

Doch all diesen Psychopathen sind die einfachen Leute egal, sie benutzen die Menschen als lebende Schutzschilde für ihre Politik. So versteckt die ukrainische Armee wichtige Waffen, wie z.B. Luftabwehrstellungen, in Wohnvierteln. Werden dann russische Drohnen und Raketen getroffen, fallen sie auf diese Wohnhäuser und explodieren dort.

Es gibt weitere Beispiele, die belegen, daß die ukrainische Führung die Bevölkerung ganz bewußt und ohne deren Wissen als Schutz des Militärs mißbraucht. Bei einem der letzten großen Angriffe traf eine russische Rakete ein Waffenlager. Dieses war auf dem Territorium der Kiewer Satellitenstadt Vishnjovoje versteckt, es war auch nicht als solches erkennbar. Die Folgen waren verheerend.

Durch die Detonationen der dort gelagerten Munition wurden 91 Eigenheime komplett zerstört. Weitere 27 mehrstöckige Wohnhäuser und 253 Eigenheime wurden teilweise beschädigt. Das Gebiet wurde evakuiert. Die Behörden schwiegen tagelang.

Gründe dafür gibt es mehrere: Zum einen ist die Lagerung von Munition in bewohntem Gebiet durch internationale Verträge verboten. Es handelt sich also um ein Kriegsverbrechen – nicht der Angriff auf militärische, auch versteckte Objekte, sondern das Lagern von Munition in Wohngebieten. Zum anderen wurde dort Munition

mit abgereichertem Uran gelagert, so ukrainische Quellen. Daß die ukrainischen Behörden von Anfang an wußten, worum es hier ging, bezeugt die Tatsache, daß das komplette 13 Hektar große betroffene Gebiet vom Geheimdienst abgesperrt wurde. Trotz der gigantischen Zerstörungen gab es zunächst keinerlei Verlautbarungen darüber und mögliche Opfer. Und das, obwohl die Detonationen der dort gelagerten Munition fünf Stunden lang andauerten.

Nach Tagen sahen sich die ukrainischen Behörden zu der Mitteilung veranlaßt, daß die Explosionen in einem Betrieb der staatlichen ukrainischen Verteidigungsbehörde „Ukroboronprom“ stattfanden.

Ausblick

Die gesellschaftliche Situation spiegelt sich auch in den Medien wider. Es gibt unzählige Radio- und Fernsehsender, aber in allen nur eine einzige Meinung. Alle Oppositionssender wurden in der Ukraine zerschlagen. Schon für eine völlig harmlose Diskussion über die Ursachen des Konflikts drohen strafrechtliche Verfolgung und echte Gefängnisstrafen.

Das Gleiche gilt für politische Organisationen. Sie alle unterwerfen sich der vorherrschenden Meinung. In der Rada, dem Parlament, gibt es verschiedene Parteien, aber nur eine politische Richtung. Es gibt keine politische Kraft, die in der Lage ist, alle Seiten des Konflikts zu betrachten und an der sich die Bürger in der Ukraine orientieren könnten.

Viele Leser werden fragen: Wieviel Unterstützung hat die ukrainische Führung in der Bevölkerung?

Eine offene Unterstützung für die ukrainische Führung hat keiner meiner Gesprächspartner geäußert. Nach allem, was ich aus einigen Tagen Aufenthalt mitnehmen konnte, genießt das Regime keine breite Unterstützung. Es wird wahrgenommen als eine kleine Gruppe von Verbrechern, die mit Hilfe des Westens die Machtstrukturen fest im Griff hat, sie brutal zu nutzen weiß und alles andere darauf aufbaut.

Allen gemein ist die Sehnsucht nach einem normalen Leben, ohne Krieg.

Somit bleibt Rußland leider nichts anderes übrig, als diesen Konflikt auf dem Schlachtfeld mit militärischen Mitteln zu beenden; einen Konflikt, der gar nicht erst hätte beginnen müssen. Und erst wenn die militärische Phase vorbei ist, wird es innerhalb der Ukraine möglich sein, über die eigentlichen Ursachen des Konflikts zu sprechen, über den Schmerz der Verluste und darüber, wie es weitergehen soll. Bis dahin gibt es niemanden, mit dem man sich einigen könnte – niemanden, mit dem man überhaupt aus einer Perspektive sprechen könnte, die alle Seiten berücksichtigt.

Redaktionell gekürzt

[Anmerkung der Redaktion forumgeopolitica: Der Autor dieses Berichts möchte aus nachvollziehbaren Gründen anonym bleiben.]

Quelle: Forum Geopolitica, 12.7.2026



**SELENSKIJ SPIELT ZWAR NOCH DEN HOFFER.
POLIT-EMPFEHLUNG: PACK DEN KOFFER!**

Lutz Jahoda

Ukrainer als faschistische Helfershelfer im 2. Weltkrieg

Ein deutscher Führungsoffizier und SA-Mann - Theodor Oberländer - wurde später Minister in der Adenauer-Regierung.

Das Bataillon „Nachtigall“ war ein im Frühjahr 1941 von deutschen Faschisten gegründeter militärischer Verband ukrainischer Freiwilliger im 2. Weltkrieg. Er wurde von der Wehrmacht für den verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion aufgestellt. Das Bataillon bestand aus drei Kompanien, denen 300 Ukrainer und 100 Deutsche angehörten. Die ukrainischen Soldaten trugen Uniformen der Wehrmacht mit einem kleinen Zeichen in den Farben Blau und Gelb. Mit der Besetzung der Westukrainischen Volksrepublik im Mai 1919 durch polnische Truppen wurde der Grundstein für Widerstandsbewegungen und nationalistische Verbände gelegt, die sich 1929 zur Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) zusammenschlossen. Ihr bewaffneter Arm war die Ukrainische Militärorganisation (UVO). Diese unterhielt enge Kontakte zur Reichswehr. Auf einem Kongreß in Krakau spaltete sich 1940 ein Teil der OUN unter der Führung Stepan Banderas ab (OUN-B). Dieser Teil der ukrainischen Nationalisten setzte seine enge Kooperation mit der deutschen Führung fort.

Nachdem Hitler seit Ende Juli 1940 den Angriff auf die Sowjetunion zu planen begonnen hatte, wurden die Gespräche mit der OUN intensiviert. OUN-B und OUN-M erklärten sich beide bereit, gemeinsam mit den Deutschen gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Bereits die Reichswehr hatte 1923 in geheimen Lehrgängen ukrainische Nationalisten militärisch ausgebildet. Nun sollten aus Angehörigen der OUN und Freiwilligen militärische Verbände aufgestellt werden. Die deutsche Seite versprach sich davon eine große propagandistische Wirkung auf die Bevölkerung der Ukraine bei dem geplanten Krieg gegen die Sowjetunion. Die ukrainischen Nationalisten wiederum sahen in der Aufstellung militärischer Einheiten einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine militärische Selbständigkeit.

Das Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) war verantwortlich für die Aufstellung sowie Ausbildung der nichtdeutschen militärischen Gruppen. Neben dem Bataillon „Roland“, entstand im Winter 1940/1941 ein weiteres ukrainisches Bataillon. Später erhielt diese Einheit den Namen „Nachtigall“. Zunächst wurden drei Kompanien aufgestellt und ausgebildet. Die Verbände sollten vor allem für Diversions- und Sabotageakte in der Westukraine Verwendung finden. Dafür erhielten die

Soldaten deutsche Uniformen. Während der Ausbildungsphase erhielt die Einheit zunächst nur deutsche Unteroffiziere für das Rahmenpersonal. Erst im Frühjahr 1941 wurde über die Besetzung der Offiziersstellen entschieden. Hinzu kam der ukrainische Anführer der Einheit Roman Schuchewytsch und ein ukrainisch-griechisch-katholischer Pfarrer.

Die jeweils konkreten Aufgaben der Bataillone wurden erst kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion genauer festgelegt. Sie sollten im Verlauf der Eroberungen der Wehrmacht wichtige Militär-, Verwaltungs-, Verkehrs-, Nachrichten- sowie Wirtschaftsobjekte in ihre Gewalt bringen und wichtige „Gegnerdokumente“ sichern. Das Bataillon „Nachtigall“ wurde zunächst in einer Kaserne westlich Przemyśl untergebracht.

1941 waren Angehörige dieses Bataillons an Progom gegen die jüdischen Einwohner in der westukrainischen Stadt Lemberg (Lwiv bzw. Lwow) maßgeblich beteiligt. Das Bataillon „Roland“ stand unter dem Kommando des ukrainischen Majors Pobihuschtschy. Es rückte ebenfalls im Rahmen der Heeresgruppe Süd vor, allerdings über Rumänien und Moldawien. Am 25. Juli betrat der Verband ukrainischen Boden. Nach dem 30. Juli 1941 wurden die Bataillone „Nachtigall“ und „Roland“ aufgelöst. Im Oktober 1941 wurde das Personal der beiden aufgelösten Einheiten nach Frankfurt (Oder) transportiert und dort zum „Schutzmannschaftsbataillon 201“ zusammengefaßt. Diese Einheit für Polizeiaufgaben unterstand nicht länger der Wehrmacht, sondern der Ordnungspolizei des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei. Neben den Mannschaftsdienstgraden wurden auch sämtliche Unteroffiziers- und Offiziersstellen (22 Posten) ausnahmslos mit Ukrainern besetzt. Das Kommando übernahm der vormalige Kommandeur des Bataillons „Roland“, Major Pobihuschtschy, während die vier neuen Kompanien von Roman Schuchewytsch, Brygider, Sydor und Pawlyk befehligt wurden. Alle 600 Soldaten hatten sich erneut für die Dauer von einem Jahr verpflichtet. Nach einer längeren Ausbildungs- und Ausrüstungszeit kam das Bataillon im März 1942 nach Weißrußland, wo es in der Partisanenbekämpfung und im Sicherungsdienst eingesetzt wurde.

PS.: Am 8. Mai 1941 trat Oberländer seinen Dienst beim Bataillon „Nachtigall“ an, einer Einheit aus polnischen und französischen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität, die der deutschen Abwehr unterstand. Oberländer fungierte als Ausbilder, Dolmetscher und „Sachverständiger für die Behandlung

fremden Volkstums“. Am 1. Juli 1938 wurde O. Obersturmführer der SA.

Oberländer wurde 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages, dem er bis 1961 angehörte. Bei der Bundestagswahl 1953 zog er über die bayerische Landesliste in den Bundestag ein, bei der Bundestagswahl 1957 als direkt gewählter CDU-Abgeordneter des Wahlkreises Hildesheim. Am 20. Oktober 1953 wurde er als Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen in die von Bundeskanzler Adenauer geführte Bundesregierung berufen.

Raimon Brete
Chemnitz

Wir trauern um unseren Kampfgefährten

Am 15. Juni 2026 verstarb völlig unerwartet unser Genosse

Reiner Neubert

aus Berlin.

Mit seiner ganzen Persönlichkeit stand Reiner für den Schutz und die Verteidigung unseres sozialistischen deutschen Staates ein. Seine Standhaftigkeit hat er auch nach der Konterrevolution unter Beweis gestellt.

Reiner gehörte zu den langjährig aktiven und verlässlichen Mitstreitern des „Rot-Fuchs“-Fördervereins.

Die RF-Regionalgruppe Treptow-Köpenick führte er als deren Vorsitzender mit Tatkraft, Erfahrung und Wissen und setzte sich dafür ein, linke Kräfte auf marxistischer Grundlage zusammenzuführen.

Reiner war Mitglied des Autorenkollektivs unserer Zeitschrift. Mit seinen Beiträgen war es ihm ein besonderes Anliegen, die kriegsvorbereitende Politik der herrschenden Eliten zu entlarven.

Sein plötzlicher Tod ist für uns sehr schmerzhaft.

Seiner Tochter drücken wir unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Vorstand und Redaktion

Chance für immer vertan?

Seit etwa Mitte der 70er Jahre verlief die Entwicklung der Sowjetunion auf vielen Gebieten, besonders in der Wirtschaft, äußerst problematisch. Reformunfähigkeit im Inneren und Kalter Krieg führten zu Stagnation und Rückgang.

Entscheidend wurde diese Entwicklung durch die Spirale des Wettrüstens mit den USA befördert. Mühsam und mit riesigen Mitteln – personell, finanziell und materiell – hielt die Sowjetunion ein ungefähres strategisches Gleichgewicht aufrecht. Wer als erster schießt, stirbt als zweiter. Mit dem „Starwars-Konzept“ hatte Präsident Reagan eine Entwicklung in Gang gesetzt, die eine Erstschnägelbarkeit der USA möglich machen sollte. Das hat in der Sowjetunion wie eine Bombe eingeschlagen; letzte Ressourcen wurden für die Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts mobilisiert, was schließlich zu einem verheerenden Niedergang der sowjetischen und später der russischen Wirtschaft führte. Zwar war auch das Reagan'sche Konzept aus technischen und finanziellen Gründen nicht umsetzbar; hatte aber sein Ziel, die Sowjetunion „totzurüsten“, vollständig erreicht. In den späten 80er und ganz besonders in den 90er Jahren, vor allem nach der Auflösung der Sowjetunion, begann für Rußland eine heute kaum noch vorstellbare chaotische Zeit. Sie war durch politisches Vakuum, wirtschaftlichen Niedergang und unvorstellbare Not der Mehrzahl der Bürger gekennzeichnet. Bezugsscheine für Lebensmittel, Textilien und anderes, Hunger, Krankheiten, Mangelernährung kennzeichneten das Leben eines großen Teiles der russischen Bevölkerung. Die Wirtschaft lag völlig am Boden und hatte einen riesigen Modernisierungsbedarf, dem aus eigener Kraft in keiner Weise entsprochen werden konnte.

Ende der 90er Jahre stabilisierten sich die Verhältnisse. Ausländische Unternehmen wurden zunehmend tätig, Putin festigte die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, Rußland erzielte durch ein stürmisches Wachstum der Exporte von Energie und weiteren Rohstoffen wachsende Einnahmen.

Die nunmehr beginnenden „Nullerjahre“, insbesondere der Zeitraum bis 2008, dem Jahr der weltweiten Finanzkrise, waren auf zahlreichen Gebieten für Rußland von positiven Entwicklungen gekennzeichnet.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren der Sowjetunion und den 90ern Rußlands erreicht die russische Wirtschaft ein starkes Wachstum, wenngleich die Ausgangsbasis niedrig war: Ganz besonders fällt in dieser Zeit, die sich in hohem Tempo vollziehende Zusammenarbeit mit Deutschland auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ins Auge. Erinnerung sei an den Auftritt Putins vor dem Deutschen Bundestag am 25.9.2001 und seine späteren Vorschläge, u.a. zu einer Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok.

Die wirtschaftliche Ausgangsbasis beider Länder schafft für diese Zusammenarbeit nahezu ideale Bedingungen. Rußland hat einen ungeheuren Bedarf für die Modernisierung seiner Wirtschaft, insbesonde-

Insofern war die Abhängigkeit nicht einseitig. Ähnlich, wie Deutschland von russischem Gas abhing, war Rußland auf die deutschen Erzeugnisse für die Modernisierung seiner Wirtschaft angewiesen. Die deutsche Wirtschaft hatte auf Dauer gewaltige Exportmöglichkeiten nach Rußland. Der Vertreter eines deutschen Lebensmitteltechnikherstellers bekannte: „Der Markt ist unerschöpflich, zumindest für meine und wahrscheinlich auch noch die nächste Generation und vielleicht die übernächste auch noch.“²

Hinzu kommt, daß das Rußlandgeschäft eine perfekte Ergänzung des seit eh und je bestehenden deutschen Wirtschaftsmodells darstellt. Nämlich, mittels importierter Rohstoffe, die in Deutschland nicht vorhanden sind, durch hohe Bildung weltmarktfähige Erzeugnisse herzustellen.

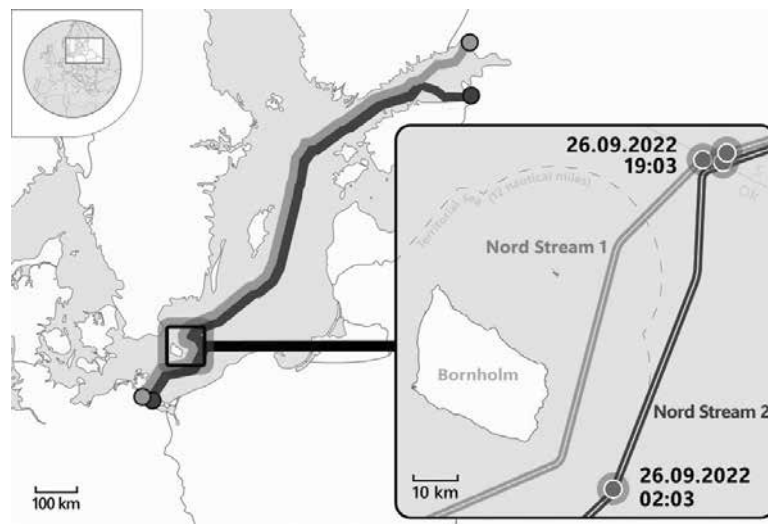
Der Vertreter eines weltweit führenden deutschen Unternehmens der Spezialchemie brachte das wie folgt auf den Punkt: „Rußland hat die Rohstoffe, wir haben die Technologie, wir schließen uns zusammen und produzieren ein Produkt mit einer Kapazität, die im Weltmaßstab durchaus beherrschend sein wird.“³

Alle bisher getroffenen Aussagen bestätigen, daß beim weiteren Verlauf der in den Nullerjahren begonnen Entwicklung die heutigen gravierenden

Probleme der deutschen Wirtschaft vermeidbar waren. Mit billiger Energie und Rohstoffen war ein Markt möglich, der auf lange Sicht deutsche Erzeugnisse aller Branchen dringend benötigte.

Bei Fortsetzung des Wachstumstrends der deutschen Exporte wäre etwa nach 10 Jahren ein Volumen erreicht worden, welches in etwa dem Export Deutschlands in die USA entspricht. Das ist natürlich eine theoretische Annahme, zeigt aber das riesige Potential einer ungestörten weiteren Entwicklung. Aber natürlich wurde diese Entwicklung von Kräften im Inland, ganz besonders jedoch in Übersee, mit Argwohn betrachtet.

Eine diesbezügliche Anfrage bei KI/Google ergibt folgende zusammenfassende Antwort: „In der US-Außenpolitik galt stets das Axiom: Die Kombination aus deutschem Kapital/Technologie und russischen Rohstoffen/Arbeitskraft ist die



Lage der vier Sprengungen an Nordstream 2 am 26. September 2022

re der Industrie, der Landwirtschaft und des Dienstleistungsbereiches. Die Wirkungen aus der Zeit der Sowjetunion und der 90er Jahre sind noch deutlich spürbar. Aber Rußland hat auch etwas zu bieten: Erdgas, Erdöl, Nickel, angereichertes Uran und viele weitere Rohstoffe – und, ganz besonders wichtig – zu günstigsten Preisen. Deutschland benötigt eben gerade diese Angebote und kann Rußlands riesigen Bedarf nach Erzeugnissen zur Modernisierung der Wirtschaft in passendem Maße nachkommen. Der Vertreter des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. schätzte die Lage wie folgt ein: „Rußland hat sich zum Top-Wachstumsmarkt für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau entwickelt. Seit dem Jahr 2000 sind die deutschen Maschinenexporte in das Land um mehr als das Dreifache gestiegen. Damit liegt Rußland mittlerweile auf Platz 4 unserer wichtigsten Auslandsmärkte.“¹

einzigste Konstellation in Europa, die die globale Vormachtstellung der USA strategisch herausfordern könnte. US-Aussagen dienten daher historisch dem Zweck, diese Achse zu trennen und Deutschland erst im transatlantischen Bündnis zu verankern.“ Insofern war durchaus zu erwarten, daß Ereignisse und Aktivitäten auftreten werden, die die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit sprengen würden. Sie sind dadurch charakterisiert, daß die sich erfolgreich entwickelnde Zusammenarbeit durch sich ständig verstärkende Störmanöver schließlich zum völligen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit führten. Leider hat es die deutsche Wirtschaft nicht vermocht, diesen Störmanövern aktiv zu begegnen. Erste und gravierende Maßnahme war die vom US-Präsidenten vorgeschlagene Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO. Die Gegner der Zusammenarbeit mit Rußland wußten genau, daß eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für Rußland niemals akzeptierbar sein würde, selbst auf die Gefahr militärischer Gegenaktionen. Zwar war anfangs

der Widerstand Deutschlands und Frankreichs noch vorhanden; erlosch aber im Zusammenhang mit den Ereignissen auf dem Maidan im Jahre 2014. Letztlich lag hier die wohl mitentscheidende Ursache für die Beendigung der einst erfolgreich begonnenen Zusammenarbeit zwischen deutscher und russischer Wirtschaft. Einen traurigen Höhepunkt des Niedergangs stellte zweifelsohne die Sprengung der Nordstream-Gasleitung dar. Nunmehr bestand die Maxime deutscher (Außen-) Politik darin, die russische Wirtschaft zu ruinieren. Die Ergebnisse, vom Kauf teuren Frackinggases über die massenhafte Abwanderung deutscher Unternehmen bis hin zum Abbau des „Sozialstaates“ und einer wachsenden Kriegsgefahr, liegen wie ein Rohrkrepierer auf der Hand.

Es bleibt die Frage, die heute nicht beantwortet werden kann, ob es je wieder zu normalen Verhältnissen mit Rußland kommen wird. Jetzt dominiert die Auffassung, daß Rußland „ewiger Feind ist und spätestens 2029 auch Deutschland angreifen wird. Niemand konnte bisher ernsthafte

Gründe nennen, warum Rußland Deutschland oder andere NATO-Staaten angreifen sollte.

Uwe Trostel
Berlin

Unser Autor war von 1993 bis 2004 u.a. Regierungsberater in Rußland und in der Ukraine und hat deutsche mittelständische Unternehmen nach Rußland begleitet.

Anmerkungen

- 1 *Rußland 2008: Die Krise als Chance Jahresbericht der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer, Seite 42*
- 2 *100 Fragen und Antworten zum Rußlandgeschäft, Ausgabe 2008, Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK), S. 29*
- 3 *100 Fragen und Antworten zum Rußlandgeschäft, Ausgabe 2008, Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK), S. 39*

Weltwirtschaft: Wer ist eigentlich isoliert?

Das internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg (SPIEF) war im Juni dieses Jahres mit über 24 000 Teilnehmern aus mehr als 130 Ländern gut besucht.

Erstmals seit vier Jahren kamen auch wieder deutsche Unternehmer, um dieses wichtige Forum in Europa zu besuchen – sehr zum Ärger der hiesigen Regierung. Realitätssinn und Pragmatismus konnten eben nicht mehr durch Verleumdung und Hetze vor dem Forumsbeginn verhindert werden. Fakt ist und bleibt: Rußland hat nach über vier Jahren Ukrainekonflikt – und dessen Vorgeschichte, die mindestens 2012 begann – beispiellosen westlichen Wirtschaftssanktionen standgehalten. Das Forum versteht sich somit eher als Statement einer sich wandelnden Weltordnung als irgendein „Erfolg“ des Westens, Rußland zu isolieren. Die Anwesenheit der zahlreichen internationalen Teilnehmer und Staatsmänner aus China und anderen Ländern Asiens und Osteuropas beweist, daß das SPIEF trotzdem nach wie vor Rußlands wichtigstes wirtschaftsdiplomatisches Forum ist. Rußland vertritt im Forum die Auffassung, daß sich das Zentrum des Welthandels und des internationalen Finanzsystems vom Westen weg verlagert – ein sich nach Putins Ausführungen auf dem Forum fortsetzender Trend.

Die Zukunft gehört, und das ist nicht nur Rußlands Analyse, den aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien, Lateinamerika,

Afrika und Nahost. Sogar der pro-westlich ausgerichtete Internationale Währungsfonds (IWF) mußte kürzlich einräumen, daß die erweiterte BRICS-Staatengruppe (Länder der genannten aufstrebenden Regionen) aktuell – gemessen an der Kaufkraftparität – einen größeren BIP-Anteil



Sergej Glasjew: Die „Entwestlichung“ der Weltwirtschaft kommt voran

(Bruttoinlandsprodukt = BIP) aufweist als die G7-Gruppe – die westlichen Führungsländer.

Seit vier Jahren wächst Rußlands Handel mit China, Indien, ASEAN, Nahost und Ländern Afrikas stark. Damit werden die

Rückgänge im Geschäft mit Westeuropa und den USA mehr als kompensiert. Die „Entwestlichung“ der Weltwirtschaft kommt, nach russischen Ökonomen wie Sergej Glasjew in der *Iswestija*, schneller voran als erwartet. Die deutsche Seite des immer noch existierenden deutsch-russischen Wirtschaftsforums, das noch über 1000 Mitglieder verzeichnet, sieht das aus ökonomischen Zwängen heraus anders. Über 60 Prozent von ihnen wollen, daß die Importe von russischem Öl und Gas wieder aufgenommen werden. Weitere 25 Prozent fordern das nach einer Waffenruhe in der Ukraine.

Auch dies ist erneuter Beleg für die Ignoranz westlicher Politik – und von Mißwirtschaft, ausgehend von einer verfehlten Rußlandstrategie der BRD und anderer Länder des Westens. Damit treiben sie Deutschland in eine Wirtschaftsfalle – unbezahlbar teure Energie erhöht die heimischen Produktionskosten und senkt die vielbeschworene „Wettbewerbsfähigkeit“ dieser Länder.

Gleichzeitig spüren die Menschen im Supermarkt und an den Tankstellen, wie diese verfehlte Politik ihren kleinen Wohlstand schmälert und am Ende sogar vermehrt Menschen in die Armut treibt. Und das Töten geht weiter, gefördert durch westliche Waffenlieferungen, die nicht ab-, sondern zunehmen.

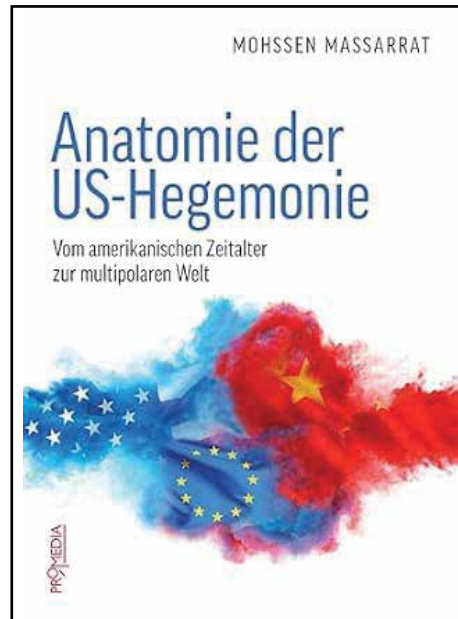
Dr. Peter-Michael Fritsch
Leipzig

Die Abenddämmerung des US-Hegemons!

Den in Iran geborene Mohssen Massarrat, Professor für Wirtschaft und Politik, habe ich als junger Student Anfang der 80er Jahre kennengelernt. Er war als Wirtschaftswissenschaftler zu einem Vortrag nach Marburg eingeladen worden. Er sprach über die politische Ökonomie des Kapitalismus auf der Grundlage des Hauptwerkes von Karl Marx „Das Kapital“. Jetzt hat er sein Buch „Eine politökonomische Analyse“ des hegemonialen, monopolkapitalistischen Systems der Vereinigten Staaten vorgelegt. Mohssen Massarrat nimmt nicht nur eine bloße Analyse vor, sondern gräbt wie ein Archäologe auf dem Gelände die gesamte imperialistische US-Politik aus, wobei Schutt und Ruinen sowie unzählige Kriege, Putsche und „Regime Change“ zum Vorschein kommen.

Am Anfang behandelt der Autor minuziös, wie die USA die arabischen Ölstaaten an sich banden und auf deren Territorien Militärstützpunkte errichteten, um ihr eigenes strategisches Interesse in der Region auch gewaltsam durchzusetzen. Er weist auf die Verschmelzung von Machtressourcen des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK) in den Vereinigten Staaten von Amerika hin und zeigt deren Rolle im Rahmen der US-Strategie. Die Kontrolle über die globale Energieversorgung sowie die „neokolonialistische Weltarbeitsteilung“ gelten als die ökonomische Grundlage zur Erhaltung der Hegemonie der USA. Die internationale Arbeitsteilung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die ehemaligen Kolonialmächte und vor allem durch die USA durchgesetzt. Damit wurden die Länder des Globalen Südens in Unterentwicklung gehalten, wie in den Zeiten des klassischen Kolonialismus. Sie fungieren als Rohstofflieferanten für den entwickelten kapitalistischen Globalen Norden. Jährlich eignen sich die US-Monopole gigantische Mengen an Wertschöpfung der südlichen Heimsphäre einseitig an. Neokolonialistische Arbeitsteilung und billige Energieversorgung aus dem Globalen Süden sicherten bisher den Vereinigten Staaten ihre Vormachtstellung, wozu auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) eingesetzt werden. So finden eine gigantische Süd-Nord-Umverteilung und ein Wertetransfer zum Nachteil des Globalen Südens statt. Allein im Jahr 2021 eigneten sich die USA und ihre Finanzinstitutionen insgesamt 17 Billionen Euro, umgerechnet 17 000 Milliarden US-Dollar aus den Ländern des Globalen Südens an. Das entspricht „dem Bruttoinlandsprodukt aller 27 EU-Staaten im selben Jahr“. Für die Absicherung dieser hegemonialen Stellung der USA wurden über 800

Militärstützpunkte in allen Teilen der Welt geschaffen. Das ist nicht nur als Macht demonstration gedacht, sondern wird auch gnadenlos eingesetzt. Unter anderem belegen dies folgende Beispiele: 1953 ein CIA-Putsch gegen den demokratisch gewählten liberalen iranischen Ministerpräsidenten Dr. Mohammad Mossadegh, 1999 der



Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, 2001 gegen Afghanistan und weitere Kriege gegen Irak, Libyen, Syrien sowie die aktuelle israelisch-US-amerikanische völkerrechtswidrige Aggression gegen Iran. Israel wird von Massarrat als Vorposten der US-Hegemonie im Mittleren-Osten charakterisiert. Als engster Verbündeter und unter dem Schutz der USA erlauben sich die israelischen Regierungen fast jedes Verbrechen ohne nennenswerte Folgen. Israel hat den Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023 auf den Kibbuz Kafr Aza, „zweifelsohne ein Kriegsverbrechen“, zum Anlaß genommen, um „ein ganzes Volk in Geiselhaft“ zu nehmen. Gaza wurde in Schutt und Asche gelegt und über 70 000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, ermordet. Die israelischen Regierungen halten sich an keinen UN-Beschluß, weil die USA als Schutzmacht bedingungslos hinter ihnen stehen. Allein von 2001 bis 2011 ist Israel 16 mal von der UNO wegen Menschenrechtsverletzungen sowie Kriegeinsätzen gegen ihre Nachbarn verurteilt worden. In allen diesen Fällen haben die USA durch ihr Veto UN-Resolutionen blockiert. Die Transformation von einer US-dominierten uni- zu einer multipolaren Weltordnung stellt die größte Herausforderung in der modernen Geschichte für die Vereinigten Staaten von Amerika dar. In diesem

Zusammenhang spielt der Aufstieg der Volksrepublik China (VR China) mit ihrem ambitionierten weltweit umspannenden Neue-Seidenstraße-Projekt zu einer künftigen Supermacht und ernstzunehmendem Rivalen der USA eine wichtige Rolle. Dazu kommt noch die Entstehung der BRICS-Staaten. Hier scheint sich eine neue Weltordnung herauszubilden, um die Monopolstellung der USA zu brechen. Dadurch wird es möglich sein, den USA „hegemoniale Instrumente, wie das Monopol an der Weltwährung, das Monopol an militärischer Stärke, die Dominanz in den internationalen Finanzinstitutionen“ zu entziehen. Die Vereinigten Staaten könnten sich auf eine kooperative und friedliche Haltung einlassen, meint Mohssen Massarrat. Diese Gedanken – die Ablösung der USA als Hegemonialmacht – thematisiert der Autor mit einer „optimistischen Perspektive“, die angesichts des gegenwärtigen Trump-Kurses notwendiger denn ist.

Dr. Matin Baraki

Mohssen Massarrat: Anatomie der US-Hegemonie – vom amerikanischen Zeitalter zur multipolaren Welt. Promedia Verlag, Wien 2026, 251 S., 25 Euro.

Wetterleuchten

Pass auf, was Du sagst,
sagte die Nachbarin verstoßen,
eine lange Liste wird abgearbeitet
hinter vorgehaltener Hand.
Weißt Du nicht, was verboten ist,
glaubst Du etwa, davonzukommen?

Ich dachte an Mexiko,
an Anna und Egon, die es schafften,
auch Kurt und Bertolt und sogar Thomas.
Keine Chance mehr, sagte sie,
alle Grenzen geschlossen,
es nennt sich „konzertiert“.

Dann eine Meldung im Radio
und die Sirene im Smartphone.
Ein heraufziehendes Wetterleuchten,
so wird verlautbart.
Ich flüchtete mich in die Dunkelkammer,
um schnell noch ein Gedicht zu schreiben.

Aus: Wolfgang Bittner, „Der Dompfaff verschwand pfeifend im Hibiskus“, Gedichte, Verlag am Park, Berlin 2026.

„Kuba und der Sozialismus werden siegen!“

Erkklärung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vom Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna

Am 8. August 2026 ging in Havanna, Kuba, das 24. Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien zu Ende. Teilweise auf schwierigen Wegen reisten die über 100 Delegierten von fast 50 Parteien aus der ganzen Welt nach Havanna. Mehrere Dutzend Parteien waren aufgrund imperialistischer Sanktionen und im Gefolge dramatisch gestiegener Reisekosten an der Teilnahme gehindert.

Zwei Tage wurde beraten, wurden Analysen über globale, regionale und nationale Entwicklungen ausgetauscht. Das Gemeinsame überwog: Für Frieden, gegen imperialistische Kriege. Gegen die NATO. Gegen die Apartheidpolitik des Zionismus, für die

Freiheit und Selbstbestimmung des palästinensischen Volks. Und vor allem gegen die mörderische Blockade gegen Kuba, sein Volk, seinen Sozialismus.

Die kubanischen Gastgeber hatten dieses Treffen unter den schwierigsten Bedingungen möglich gemacht und ihm eine hohe Bedeutung beigemessen. Zweimal nahm der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel an dem Treffen teil. In einer emotionalen Rede informierte er die Delegierten über die Auswirkungen der Blockade. Die Kindersterblichkeit in Kuba, einst ein Vorbild für ganz Amerika, einschließlich der USA, habe sich verdoppelt, zehntausende Krebskranke könnten nicht therapiert werden, tausende Schwangere bekämen nicht die Betreuung, die früher selbstverständlich war. Er sagte, wie in Gaza verübe der Imperialismus einen Genozid.

Aus Deutschland nahmen Renate Koppe und Patrik Köbele für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) an diesem Treffen teil. Sie zogen Bilanz: „Kuba kämpft, Kuba wird überleben, und Kuba und der Sozialismus werden siegen. Dieses Treffen ist auch ein Beweis der Stärke der kommunistischen Bewegung. Die Solidarität mit Kuba ist ebenso wie die Solidarität mit Palästina eine Tagesaufgabe, die uns aber auch immer wieder vor Augen führt, wie wichtig der Kampf gegen den Imperialismus ist. Gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in der ganzen Welt werden wir diesen Kampf intensivieren.“

Die Kommunistischen Parteien Indiens kündigten an, zu prüfen, ob das kommende Treffen im Jahr 2027 in Indien stattfinden könne.

UZ, 10.8.2026

UN-Experten warnen vor stillem Gaza in Kuba

UN-Menschenrechtsexperten haben die internationale Gemeinschaft aufgefordert, rasch zu handeln, um zu verhindern, daß Kuba zu einem „stillen Gaza“ wird.

Die humanitären Folgen der US-Sanktionen hätten sich bereits zu einer „ausgewachsenen Krise“ entwickelt, die das Recht auf Gesundheit, Leben, Ernährung und Entwicklung bedrohe, erklärten die Experten in einem gemeinsamen Kommuniqué.

Für Millionen Kubaner ist es zur täglichen Herausforderung geworden, Wasser und Lebensmittel zu beschaffen, sich fortzubewegen oder auch nur in der tropischen Hitze ohne Kühlung zu schlafen. Besonders betroffen sind Frauen, Kinder, ältere Menschen und andere vulnerable Gruppen.

Zu den Unterzeichnern des Kommuniqués zählen unter anderem der ehemalige griechische Außenminister und UN-Sachverständige George Katrougalos sowie der indische UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung, Surya Deva.

„Die USA müssen alle Bedrohungen und feindseligen Handlungen gegen die Souveränität Kubas beenden und alle Maßnahmen zurücknehmen, die gegen das Völkerrecht verstoßen“, forderten die Experten. Der UN-Sicherheitsrat und die

Generalversammlung sollten diese Bedrohungen dringend als Frage des internationalen Friedens und der Sicherheit behandeln, hieß es weiter.

Seit Januar hat die Trump-Regierung eine faktische Ölblockade gegen Kuba verhängt: Ein Präsidialerlass droht Ländern, die Kuba mit Treibstoff beliefern, mit Strafzöllen. Venezuela, das die Insel zuvor mit bis zu 100 000 Barrel Öl täglich versorgt hatte, fiel als Lieferant aus, nachdem Trump Präsident Nicolás Maduro am 3. Januar entführen ließ. Schiffe, die Kuba daraufhin auf dem Weltmarkt unter Vertrag genommen hatte, wurden durch die US-Küstenwache abgefangen.

Die Folge sind landesweite Stromausfälle von teilweise über 20 Stunden, der Zusammenbruch des öffentlichen Transports, steigende Inflation sowie ein Mangel an Medikamenten und eine teilweise Aussetzung des Schulunterrichts.

Seitdem verschärften die USA ihre Sanktionen fast im Wochentakt, neue Maßnahmen richten sich unter anderem gegen den Tourismus-, Bergbau-, Transport- und Gesundheitssektor. Mehrere westliche Unternehmen zogen sich daraufhin aus dem Land zurück. Zuletzt meldete Kuba, daß mehr als 7000 Container mit Lebensmitteln und Medikamenten an diversen Häfen gestrandet seien, da Reedereien den Weitertransport

verweigerten. Trump kündigte zu Beginn des Jahres an, die Insel „übernehmen“ zu wollen, und schloß auch ein militärisches Eingreifen nicht aus.

Die jüngste Sanktionsrunde hatte unter anderem Kubas Verteidigungsminister Álvaro López Miera sowie mehrere Unternehmen und Einzelpersonen zum Ziel. US-Außenminister Marco Rubio wirft den Betroffenen unter anderem vor, Waffen aus Rußland und China gekauft zu haben.

In einem jüngst veröffentlichten Gespräch mit dem Nachrichtenportal Axios skizzierte Rubio die Strategie hinter dem Druck auf Kuba. Der US-Außenminister erklärte dabei, Kuba sei „de facto eine abtrünnige Kolonie der USA“ und kündigte weitere Sanktionsverschärfungen an.

UN-Generalsekretär António Guterres bestätigte kürzlich, daß die Vereinten Nationen mit „mehreren interessierten Ländern“ in Gesprächen seien, um Kuba mit Treibstoff zu versorgen. Sein stellvertretender Sprecher Farhan Haq erklärte auf einer Pressekonferenz, man führe Gespräche mit mehreren Staaten, „um sicherzustellen, daß Kuba aus humanitären Gründen den Treibstoff erhält, den es für seine humanitären Bedürfnisse braucht“.

Marcel Kunzmann

Quelle: amerika21, 9.8.2026

China und Kuba bauen Zusammenarbeit aus

Der kubanische Generalkonsul in Shanghai, Albert Panton León, hat am 3. Juli das kürzlich verabschiedete Paket mit 176 wirtschaftlichen und sozialen Reformen für chinesische Investitionen in dem Inselstaat vorgestellt. Anlaß war die Konferenz zur Zusammenarbeit zwischen Lateinamerika und der Karibik sowie der chinesischen Provinz Jiangsu, die jährlich in Jiangsu stattfindet. León forderte das Wirtschaftsforum auf, über die traditionellen Bereiche hinauszuschauen und „in Sektoren zu investieren, die sowohl die natürlichen Ressourcen des Landes als auch das hohe Qualifikationsniveau seines Humankapitals nutzen“, schrieb *Granma*.

Tage zuvor war eine chinesische Handelsdelegation nach Camagüey in Kuba gereist, um über die Gründung von mindestens neun Joint Ventures zu verhandeln, unter anderem in den Bereichen Infrastrukturentwicklung, Elektromobilität sowie Textil- und Lederwaren. Wie *Prensa Latina* berichtete, wurden bei den Geschäftsgesprächen unter anderem auch Möglichkeiten zur Stärkung der Produktionsverbindungen zwischen staatlichen Unternehmen und nichtstaatlichen Unternehmensformen ausgelotet.

Unterdessen soll das erste Handels-Joint-Venture zwischen den beiden Ländern, SUMAI SA, eine Filiale im Stadtteil Vedado in Kuba eröffnen. Nach Informationen von *Cubadebate* sind die Bauarbeiten für das Einzelhandelsgeschäft bereits in vollem Gange. Das Einzelhandelsgeschäft wird sowohl den Groß- als auch den Einzelhandel mit Produkten wie Anlagen für erneuerbare Energien, Baumaterialien, Eisenwaren und Haushaltswaren abwickeln.

Die Belebung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen den beiden Ländern erfolgt vor dem Hintergrund der weitreichenden Wirtschaftsreformen, die im vergangenen Monat vom kubanischen Parlament einstimmig verabschiedet wurden. Die 176 Maßnahmen, die entlang 23 strategischer Achsen gegliedert sind, umfassen die Zulassung des privaten Bankwesens, die Aufhebung der Obergrenze von 100 Beschäftigten für kleine und mittlere Unternehmen, die Umwandlung staatlicher Unternehmen in Aktiengesellschaften sowie die Aufhebung des staatlichen Monopols im Außenhandel.

Die Reformen erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem Kubas staatlich gelenkte Wirtschaft aufgrund fehlender Mittel für Investitionen

und Produktion weitgehend gelähmt ist. Grund dafür ist vor allem, daß Kuba seit 64 Jahren einer Blockade durch die USA ausgesetzt ist. Donald Trump hat diese Sanktionen erneut verschärft, auch gegen Drittstaaten.

Die jüngsten Reformen haben eine heftige Debatte ausgelöst, insbesondere in der westlichen Linken, wo viele Parallelen zum sowjetischen Weg der Perestroika ziehen und das Ende des Sozialismus auf der Insel verkünden. Andere hingegen sehen in Kuba einen Staat, der den chinesischen Weg der kontrollierten Nutzung von Märkten und ausländischen Investitionen zur Entwicklung der Produktivkräfte beschreitet, während die politische Macht entscheidend in den Händen der Kommunistischen Partei verbleibt.

Im vergangenen Monat hatte Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel erklärt, daß die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen auf den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik China sowie in Vietnam aufbauten.

Satyajeet Malik

Quelle: *amerika21.de*, 8.7.2026

Sozialreform für Kuba

Die kubanische Regierung präsentierte nach ihrer Marktöffnung einen Maßnahmenplan zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme

Ein vom Parlament beschlossenes Paket mit insgesamt 176 wirtschaftlichen Reformen zielt nach offiziellen Angaben darauf ab, sowohl auf den verschärften Druck durch die US-Zwangsmaßnahmen zu reagieren, als auch gleichzeitig die sozialen Grundlagen des sozialistischen Modells zu stärken. Angekündigt sind Sofortmaßnahmen zur Anpassung von Löhnen und Renten sowie zur weiteren Ausgestaltung eines Arbeits- und Sozialrechts, das stärker auf Schutz, Teilhabe und lokale Entwicklung ausgerichtet sein soll.

Kernstück der am 3. Juli präsentierten neuen Maßnahmen ist die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von 2100 auf 3210 kubanische Pesos pro Monat. Die Erhöhung treffe die gesamte Lohnskala – im staatlichen wie auch im privaten Sektor – und werde auf die gesamte Lohnskala angewendet. Es handele sich „um einen ersten Schritt, der positive Auswirkungen haben wird“, sagte der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit, Jesús Otamendiz. Es sei aber nicht ausreichend. Die Inflation auf dem offiziellen kubanischen Markt ist nach Angaben des Nationalen Amtes für Statistik und Information (ONEI) im Mai auf eine Jahresrate

von mehr als 15,8 Prozent gestiegen. Dieser Preisauftrieb hat sich im ersten Halbjahr verstärkt und spiegelt den wirtschaftlichen Schock wider, den die seit Januar von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängte totale Energieblockade ausgelöst hat. Besonders stark sind die Preise für Lebensmittel und Transport gestiegen.

Reformen im Rentensystem zielen nach Regierungsangaben auf eine langfristige Verbesserung der Altersabsicherung. So sollen höhere Sozialversicherungsbeiträge künftig auch höhere Rentenansprüche ermöglichen. Personen, die sowohl im staatlichen als auch im privaten Sektor tätig sind, können künftig Beiträge in beiden Systemen leisten. Eine besondere Neuerung stellt die Anerkennung von bis zu zehn Jahren unbezahlter Pflegearbeit für Angehörige dar, die künftig in die Rentenberechnung einfließen sollen. Diese Maßnahme wird von der Regierung als wichtiger sozialpolitischer Fortschritt gewertet, der vor allem Frauen zugute komme, die einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit tragen.

Über eine neue digitale Plattform sollen künftig Hinweise auf soziale Notlagen einfacher erfaßt und bearbeitet werden können.

Gleichzeitig sollten Sozialarbeiter stärker in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden und aktiv an der Identifizierung und Begleitung vulnerabler Gruppen beteiligt werden, berichtete die Zeitung *Granma*. Zusätzlich würden gezielte Programme aufgelegt, die Menschen in schwierigen Lebenslagen durch die Bereitstellung kleiner wirtschaftlicher Ressourcen „zur Eigenständigkeit befähigen“ sollen, etwa durch Mikroprojekte im nichtstaatlichen Sektor.

Neue Regelungen sollten zudem Rechte der Beschäftigten stärker absichern und gleichzeitig neue Formen der Arbeitsorganisation rechtlich verankern, so *Granma*. Dazu gehörten Möglichkeiten für Mehrfachbeschäftigung ohne administrative Hürden, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie neue Bestimmungen zur Telearbeit. Im Zusammenhang damit solle vor allem die Rolle der Gewerkschaften bei Kollektivverhandlungen gestärkt und die staatliche Arbeitsinspektion ausgebaut werden. Im Bereich ausländischer Investitionen ist vorgesehen, direkte Beschäftigungsverhältnisse zu erleichtern.

Volker Hermsdorf

Redaktionell gekürzt
Aus: *junge Welt*, 6.7.2026

Allergisches

Viele Begriffe, die heute selbstverständlich zu sein scheinen, waren DDR-Bürgern weitgehend fremd. Zum Beispiel Allergien. Heute sind sie allgegenwärtig: Heuschnupfen (Pollenallergie), Hausstaubmilbenallergie, Tierhaarallergie, Asthma bronchiale (allergisch), Laktoseintoleranz, Fruktosemalabsorption, Histaminintoleranz, Glutenunverträglichkeit (Zöliakie), Erdnußallergie, Baumnußallergie, Sojaallergie, Hühnereiallergie, Kuhmilchallergie, Sellerieallergie, Fischallergie ...

Natürlich gab es sie auch in der DDR. Viele erinnern sich etwa an die verbreitete Nickelallergie, die besonders bei Ohringen oder Schmuck eine Rolle spielte. Doch die breite Präsenz von Nahrungsmittelunverträglichkeiten, Heuschnupfen, Asthma oder anderen allergischen Erkrankungen war uns unbekannt.

Daß sich das nach 1990 stark änderte, ist bestens dokumentiert. Allergien nahmen im Osten Deutschlands innerhalb weniger Jahre deutlich zu. Die Ursachen dafür sucht die seriöse Forschung keineswegs in der oft behaupteten „besonders verschmutzten DDR-Umwelt“.

Wer übrigens pauschal mit dem Finger auf die DDR zeigt, sollte einen Blick auf die Umweltgeschichte der Bundesrepublik werfen. In den 60er und 70er Jahren galt der Rhein als „Kloake Europas“, Baden war verboten, massive Fischsterben in westdeutschen Flüssen waren regelmäßig Thema. Über dem Ruhrgebiet lag ein dauerhafter Smogschleier, während Schlagworte wie saurer Regen, Waldsterben oder ungelöste Atommüllprobleme den westdeutschen Umweltzustand prägten. Und genau an dieser Stelle wird die Frage interessant: Wenn Allergien in der DDR kaum eine Rolle spielten, warum änderte sich das nach der „Vereinigung“ mit der BRD innerhalb weniger Jahre so drastisch?

Noch Anfang der 90er Jahre stellten Mediziner einen erstaunlichen Unterschied zwischen Ost und West fest: Kinder in Ostdeutschland litten deutlich seltener an Allergien als Kinder im Westen. Besonders auffällig war der Unterschied bei Asthma und Heuschnupfen. Zu Beginn der 90er Jahre lag die Allergiebelastung im Osten nur bei einem Drittel der westdeutschen Werte. Die Zahlen belegen: Heuschnupfen trat in München bei etwa 9 bis 10 % der Kinder auf, in Leipzig dagegen nur bei 2 bis 3 %. Beim Asthma bronchiale lag der Wert in München bei etwa 5 bis 6 %, in Leipzig dagegen bei rund 2 %. Auch Sensibilisierungen gegen Allergene – also nachweisbare allergische Reaktionen im Test – waren im Westen oft mehr als doppelt so häufig. Mit anderen Worten: Anfang der 90er Jahre hatten westdeutsche Kinder

zwei- bis dreimal häufiger Allergien als Kinder aus der DDR.

Innerhalb von ungefähr 10 bis 15 Jahren stiegen die Allergieraten in Ostdeutschland stark an. Mitte der 2000er Jahre waren die Unterschiede zwischen Ost und West weitgehend verschwunden.

Wissenschaftler diskutieren mehrere Gründe für diese Entwicklung. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Veränderung des Lebensstils nach 1990. Dazu gehören andere Ernährungsgewohnheiten, eine stärkere Verbreitung industriell verarbeiteter Lebensmittel sowie ein veränderter Alltag. Man weiß: Ein zu steriles Umfeld und stark industrialisierte Ernährung können das Immunsystem verändern und Allergien begünstigen.

Ein zentraler Unterschied zwischen DDR-



Weniger hoch verarbeitete Lebensmittel, weniger Allergien: DDR-Geschäft 1983

Alltag und westlicher Konsumgesellschaft lag in der Struktur der Ernährung. In der DDR war das Lebensmittelangebot stärker regional, saisonal und vergleichsweise sehr wenig industriell verarbeitet. Obst und Gemüse stammten häufig aus regionaler Produktion, aus Kleingärten oder lokalen Landwirtschaftsbetrieben. Importprodukte und stark verarbeitete Fertigprodukte waren stark eingeschränkt.

Nach 1990 änderte sich das Ernährungssystem innerhalb weniger Jahre grundlegend. Westliche Supermarktketten, globale Lieferketten und eine große Zahl hochverarbeiteter Lebensmittel bestimmten und bestimmen bis heute den Alltag. Fertiggerichte, stark raffinierte Zutaten, Zusatzstoffe, künstlich erzeugte Aromen und industrielle Produktionsverfahren verbreiteten sich rasend schnell. Parallel dazu veränderte sich das gesamte Ernährungsmuster. Lebensmittel wurden stärker standardisiert, länger haltbar gemacht und zunehmend in industriellen Prozessen hergestellt. Gleichzeitig ging der Anteil frischer, regionaler und saisonaler Produkte zurück. Genau diese Form der Ernährung steht heute unter Kritik.

Ironischerweise werden heute viele Eigenschaften der früher oft belächelten DDR-Alltagsküche wieder als gesundheitsfördernd bewertet: regionale Produkte, saisonale Ernährung, weniger industrielle Verarbeitung und kürzere Lieferketten. Während diese Lebensweise früher als rückständig galt, gilt sie heute in der Ernährungsmedizin zunehmend als möglicher Schutzfaktor für ein stabiles Immunsystem.

Ein oft unterschätzter Faktor für die niedrigen Allergieraten war die Ernährung von Kindern. Diese begann in der DDR bereits sehr früh strukturiert. Schon in der Kinderkrippe erhielten Kinder mehrere frisch zubereitete Mahlzeiten am Tag. Dieses System setzte sich später im Kindergarten fort: Frühstück, warmes Mittagessen

und häufig eine zusätzliche Mahlzeit gehörten zum normalen Tagesablauf. Auch in der Schule wurde diese Struktur weitergeführt. Die Schulspeisung war flächendeckend organisiert und für viele Familien selbstverständlich. Ein warmes Mittagessen kostete 55 Pfennig und bestand in der Regel aus einfachen, aber vollwertigen Gerichten – Suppen, Gemüse, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fleisch oder Fisch. Ergänzt wurde das durch die tägliche Schulmilch, die Millionen Kinder regelmäßig erhielten.

Entscheidend war dabei weniger Luxus als Regelmäßigkeit und Qualität der Grundnahrungsmittel. Gekocht wurde überwiegend mit regional verfügbaren Produkten: Kartoffeln, Gemüse, Getreide, Milchprodukte und Obst

der Saison. Damit wuchsen Generationen von DDR-Kindern mit einer regelmäßigen, natürlichen und ausgewogenen Ernährung auf. Der starke Anstieg der Allergien, den wir heute beobachten, hat also auch gesellschaftliche Ursachen: Die Form des Gesundheitssystems und seinen Einfluß auf den Alltag, die Lebensweise, in die die Menschen gezwungen sind und ein Konsummodell, das gesundheitliche Risiken oft verniedlicht oder ganz ausblendet. Für viele Mediziner ist das das Ergebnis eines natürlichen Großversuchs: Zwei Bevölkerungen mit zuvor unterschiedlichen Lebensbedingungen lebten plötzlich unter denselben wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Das Ergebnis war eindeutig – die Allergien folgten dem westlichen Lebensstil. Und: In der DDR gab es das bessere Immunsystem. Gesellschaftlich wie auch individuell.

Achim Seider

Entnommen dem lesenswerten Blog: kosmonautshop.com/blogs/blog-staatsbürgerkunde „Allergie-Explosion nach 1990: Wie der Osten Weststandard erreichte“

Antifaschistischer Widerstand im Ruhrgebiet

August Zilian und die Friedenskämpfer

Der Fußweg vom Bahnhof Sterkrade in die Innenstadt führt am Zilianplatz vorbei. Auf den ersten Blick wirkt er wie ein großer Parkplatz mit einer kleinen Kinderspielecke. Die Namensgeber, Maria und August Zilian, wurden am 2. Februar 1943 von der Gestapo verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, gesuchten Gegnern der Nazi-Diktatur geholfen und mit ihnen illegale Flugblätter verteilt zu haben. Maria wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und überlebte die Verfolgungen. August, Jahrgang 1895, bekannter Sterkrader Kommunist schon lange vor 1933 und Schmied auf der Ruhrchemie in Holten, wurde am 6. Juli 1944 zum Tode verurteilt und am 25. August 1944 in Dortmund hingerichtet. Das Ehepaar Zilian war in den letzten Kriegsjahren in einer Widerstandsgruppe aktiv, deren Kopf der Kommunist Wilhelm Knöchel war und die u.a. die antifaschistische Zeitung „Der Friedenskämpfer“ illegal herstellte und im Ruhrgebiet verteilte. Knöchel arbeitete in Amsterdam eng mit dem Sozialdemokraten Franz Vogt zusammen, gemeinsam verfaßten sie zahlreiche Schriften gegen die Nazis für die Bergarbeiter an Rhein und Ruhr. Beide hatten schon lange vor der Machtübertragung an die NSDAP vertrauensvoll in der Bergarbeitergewerkschaft zusammengearbeitet. Wilhelm Knöchel hatte im Oktober 1935 an der „Brüsseler Konferenz“ der KPD in Moskau teilgenommen. Im Mittelpunkt dieser Konferenz stand ein ausführliches Referat von Wilhelm Pieck, Mitglied des Politbüros, der das bisherige Sektierertum der KPD vor allem gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern scharf kritisierte und die Partei aufforderte, mit allen Gegnern des faschistischen Regimes zusammenzuarbeiten. Die grundlegende Rede gehörte später zur theoretischen Basis seiner illegalen Arbeit im Ruhrgebiet.

Die illegale Organisation der KPD reagierte nach dem Überfall der NS-Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 mit verstärkten antifaschistischen Aktivitäten. Aus den Niederlanden kamen ab Mitte 1940 Alfons Kaps, Albert Kamradt, Wilhelm Beutel, Alfred Kowalke, Luise Rieke und Jakob Welter ins Ruhrgebiet. Hier hatte Willi Seng als Instrukteur der KPD auch in Oberhausen Verbindungen zu illegalen Kämpfern hergestellt. Über den sozialdemokratischen Bergarbeiter Thomas Tabaschowski kam er in Kontakt mit August Zilian. Gemeinsam mit seiner Frau verpflegten sie Willi Seng und versteckten ihn häufig in ihrer Wohnung. Auch stellten sie für Seng Kontakte zu dem Sozialdemokraten Georg Zinn, dem katholischen Chemiarbeiter Vinzenz Rattay und dem Kommunisten Franz Dieveling

her. In diesem Kreis von Nazigegnern wurde die Bildung einer Anti-Hitler-Front auch in Deutschland diskutiert. Sie leiteten Seng Informationen aus ihren Betrieben weiter, der gemeinsam mit Wilhelm Knöchel und Alfons Kaps den „Friedenskämpfer“ herstellte. Wilhelm Knöchel, der die meisten Artikel schrieb, war angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage Nazi-deutschlands zu der Auffassung gelangt, in Deutschland alle Nazigegner zu vereinen, um gemeinsam durch Sabotage und Solidaritätsaktionen für Zwangsarbeiter das Kriegsende schneller herbeizuführen. Die totale Niederlage sollte der deutschen Bevölkerung erspart bleiben. So kam es auf der Zeche Concordia und der Ruhrchemie zu Solidaritätsaktionen mit Zwangsarbeitern und Störungen in der Produktion. Die „Arbeitslangsam-Bewegung“ hatte zum Ziel, die erhöhten Arbeitsbelastungen in den Betrieben abzubauen und das Kriegsende schneller herbeizuführen. Im März 1942 erschien im „Friedenskämpfer“ ein „Sieben-Punkte-Aktionsprogramm“ für ein Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus.

Die Verurteilung der Kriegsverbrecher und die Zerschlagung der Monopole und Banken standen an erster Stelle. Großgrundbesitzer sollten zugunsten der Bauern enteignet, das Handwerk und der Mittelstand für eine Volksdemokratie gewonnen werden.

Die Titelblätter der Flugschriften – zeichnerisch gestaltet von Erich Garske aus Berlin – machen diese Pläne sehr deutlich. Sie sind ein beeindruckendes Zeugnis von der Weitsicht und politischen Klugheit der Friedenskämpfer. Wilhelm Knöchel und seine Genossen hatten offensichtlich begriffen, daß die NS-Diktatur, wenn überhaupt, nur noch gestürzt werden könne, wenn sich alle Gegner des Regimes, von der Kirche bis zu den Kommunisten, im Widerstandskampf vereinen.

Der „Friedenskämpfer“ hatte dennoch nicht die erhoffte Resonanz. In seiner umfangreichen Dissertation über die Gestapo Düsseldorf kommt der Historiker Thomas Gebauer zu zwei entscheidenden Ursachen: „Zum einen schien der Widerstand der Hitler ablehnenden Bevölkerung durch nahezu zehn Jahre Verfolgung, Mord und Terror gebrochen. Aber vor allem schien die Knöchel-Organisation noch immer zu früh auf den Plan getreten zu sein.“

Die Friedenskämpfer verstanden sich als Teil der Anti-Hitler-Koalition, ihr Kampf sollte zeigen, daß selbst in den letzten Kriegsjahren nicht alle Deutschen mit der NSDAP einverstanden waren und es einen gut organisierten Widerstand der Arbeiterbewegung

gab, der programmatische Vorstellungen nach Kriegsende entwickelt hatte.

Die beiden führenden Köpfe, der Oberhausener Friedenskämpfer Fritz Kamleiter und August Zilian, erlebten die militärische Niederlage des deutschen Faschismus nicht mehr. In den Morgenstunden des 13. April 1945 – kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner – ermordeten Gestaposchergen in der Wenzelnbergschlucht bei Solingen-Ohligs 71 Häftlinge aus dem Zuchthaus Lüttringhausen, unter ihnen Fritz Kamleiter.

Auch August Zilian konnte nicht an der Umsetzung der Pläne der Friedenskämpfer mitwirken. Anfang 1943 wurde er gemeinsam mit anderen Antifaschisten von der Gestapo verhaftet. Es gelang den Folterknechten nicht, aus August Zilian und Fritz Kamleiter Informationen und Namen herauszuprügeln, um in die Widerstandsgruppe einzudringen. Durch das standhafte Schweigen dieser Kommunisten konnten einige illegale Kämpfer wie Willi Bettinger, Jakob Kilz, Martin Grohne und Franz Dieveling überleben und nach der Befreiung 1945 für die Umsetzung der Pläne der Friedenskämpfer von 1942 kämpfen.

Klaus Oberschewen, Oberhausen

Unvergessen

Sie schützten die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik und wurden in Ausübung ihres Dienstes hinterhältig ermordet:

Gerhard Hofer, Fritz Otto, Siegfried Apportien, Herbert Liebs, Werner Schmidt, Heinz Janello, Manfred Portwich, Ulrich Krohn, Helmut Just, Waldemar Estel, Jürgen Schmidtchen, Manfred Weiss, Peter Göhring, Reinhold Huhn, Rudi Arnstadt, Siegfried Widera, Egon Schultz, Rolf Henninger, Lutz Meier, Klaus-Peter Seidel, Jürgen Lange, Ulrich Steinhauer, Klaus Peter Braun, Eberhard Knospe, Uwe Dittmann, Rudolf Spranger, Horst Hnidyk

Nach ihnen wurden in der DDR Straßen, Betriebe, Pionierlager, Kasernen, LPGs, PGHs, Kulturhäuser, Klubhäuser, Ferieneinrichtungen und Schulen benannt. Im Zuge der feindlichen Übernahme der DDR durch die BRD 1989/90 hat man Denk- und Ehrenmale abgerissen und Namensgebungen rückgängig gemacht.

Im Namen ehemaliger Angehöriger der NVA, der Deutschen Volks- und Grenzpolizei/Grenztruppen der DDR
Raimon Brete, Chemnitz

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

„Wenn einer eine Reise tut ...“

Wer würde nicht gern eine Reise machen, wenn nur Mittel, Zeit und Umstände es gestatteten! So mancher Reiselustige sitzt mit heißem Kopf über dem Atlas, wo die Städte und Länder, nur durch Millimeter getrennt, dicht beieinanderliegen. Aber obwohl der Flugverkehr die Länder einander näherrückt, können auch heute nur wenige in die weite Welt reisen, sie durchstreifen, wie das Herz es sich wünscht.

Die Welt ist so groß und unser Wissen von ihr so gering. Da ist nicht weit von uns in einem mächtigen Land eine neue Ordnung geschaffen worden. Von Jahr zu Jahr, ja von Woche zu Woche änderten und ändern sich dort die Bedingungen des Lebens. Dutzende neuer Städte sind entstanden, wo auf der Karte nicht einmal das Zeichen eines Dorfes zu finden war, und in wenigen Jahren mußten auf den Karten die Zeichen immer wieder geändert werden, weil diese Städte in kurzer Zeit zu Großstädten geworden waren. Große Seen breiten sich aus, wo vor nicht langer Zeit zahlreiche Dörfer waren. Kanäle verkürzen den Weg der Schiffe, wo eben noch Bauernwagen von Siedlung zu Siedlung fuhren, oder Kanäle bewässern Tausende Hektar Baumwollfelder, wo selbst auf neueren Karten noch Wüste verzeichnet ist. Hunderte Völker leben hier friedlich zusammen, die vor einem Menschenalter noch auf Geheiß ihrer Fürsten einander in blutigen Fehden zerfleischten oder in den Klauen von Kolonialherren ausgebeutet wurden und dem Aussterben nahe waren. Jedermann in der ganzen Welt kennt den Namen dieses Landes, ganz gleich, ob er lesen und schreiben kann oder nicht: es ist die Sowjetunion. Alle, die der Welt eine bessere Zukunft wünschen, möchten gerade das, was hier Gegenwart ist: Freiheit von kolonialer Unterdrückung, Freiheit von Ausbeutung, friedliches Zusammenleben und -arbeiten der Völker, Freiheit von Sorge um den morgigen Tag. Doch die Kraft, die den Sowjetmenschen half, die grausame Unordnung, unter der auf fünf Sechsteln der Erde die Menschen noch heute leiden, zu überwinden und eine neue Ordnung zu gestalten – diese Kraft ist der Sozialismus. Die Herren der kapitalistischen Welt sind jedoch die Todfeinde dieser Ordnung. Sie verfügen über gewaltige Vermögen, die ihnen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, getrieben von der Sorge, morgen ohne Brot zu sein, erarbeiten. Diese Großen der kapitalistischen

Welt beschäftigen zehntausende Schreiber, um das zu entstellen und zu verfälschen, was in der Sowjetunion geschieht. Da auf diesem Teil der Erde die Menschen ein glückliches Leben für alle schaffen, gerade das errichten, was die große Mehrheit des Volkes in der kapitalistischen Welt ersehnt, darum müssen die von den Monopolherren bezahlten Schreiber und Rundfunksprecher im Schweiß ihres Angesichts aus Weiß Schwarz machen, denn die Menschen der kapitalistischen Welt könnten ja auf den Gedanken kommen, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen.

Kein Volk der Erde hat mehr Anlaß, einen neuen Weg zu suchen, als unser Volk. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Verteidiger der sterbenden kapitalistischen Ordnung alle Kräfte gerade hier konzentrieren – gerade in dem Lande, in dem die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, „geboren wurden – um jedes Vertrauen in den sozialistischen Ausweg zu zerstören. Viele Deutsche, die begreifen, welche traurigen Folgen die faschistische Propaganda für uns alle hatte, möchten den gordischen Knoten der Zweifel durchhauen, indem sie in die Sowjetunion fahren, um mit eigenen Augen zu sehen, was dort geschieht. Nun, dieser Wunsch wird in naher Zukunft in immer größerem Maße in Erfüllung gehen. Aber niemand wird wohl mit der gewünschten Reise in die Sowjetunion die Vorstellung verbinden, er könne Moskau besuchen und nebenbei Wladiwostok (der schnellste Expreszug braucht neun Tage allein für diese Reise); oder er könne Leningrad besichtigen, einen Abstecher auf den Kaukasus machen, den Pamir besteigen – das Dach der Welt – und in Turkmenien, das größer als Deutschland ist, die Wüste Karakum erforschen, die etwa 80 Prozent des Landes einnimmt.

Und noch etwas könnte eine gewöhnliche Reise nach der Sowjetunion nicht geben: den Maßstab für das Gewordene, den Vergleich des gegenwärtigen Zustandes mit dem in der Vergangenheit. Es würde sich alles nur darbieten, wie es gerade ist: hier eine Wüste, dort ein Garten. Und wenn es noch so gewaltig ist, es kann das Geschauten nicht das Wunder des Werdens vermitteln, z. B. die Verwandlung einer Wüste in einen Garten. Es sei deshalb allen, die guten Willens sind, eine Reise durch die Sowjetunion empfohlen, die gerade das geben wird, ja, die sogar in die Vergangenheit bis vor unsere Zeitrechnung führt und sie mit unseren Tagen verbindet. Selbst denen, die

eines Tages tatsächlich in das sozialistische Land fahren werden, wird diese Reise von größtem Nutzen sein. Diese Reise in die Sowjetunion, die jeder machen kann, ohne seine Heimat zu verlassen, führt wirklich durch das ganze gewaltige Land, von der Ukraine bis zum großen Ozean, vom nördlichen Eismeer nach dem Pamir – sie zeigt nicht nur, wie Land und Leute sind, sondern auch, wie die sozialistische Planwirtschaft sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse als auch die Geographie des Landes verändert, wie aus der Wüste ein Garten wird; ja, „die Reise führt auch dorthin, wo es keine Wege gibt“.

Wer diese Reise mitmacht, erlebt, wie Hunderte Völker zu einem Volk, dem Sowjetvolk, zusammenwachsen; wie sie, ohne ihre Eigenart aufzugeben, durch den Sozialismus zu einer Einheit werden, die Reichtum, Schöpferkraft, Mannigfaltigkeit der vielen Nationalitäten in sich vereinigt. Wie ist aber die Reise zu machen, von der hier die Rede ist? Es ist nicht schwer, sie sofort anzutreten. Im SWA-Verlag ist ein fast 480 Seiten starkes Buch erschienen: „Reise über die Karte der Sowjetunion“ von Nikolai Michailow und Wadim Pokschischewskij. Die Reise, auf welche die Autoren den Leser mitnehmen, führt erstens durch Moskau und seine Umgebung, zweitens auf der Wolga zum Kaukasus, drittens durch die Steppen des Südwestens, viertens zu den Meeren des Nordwestens, fünftens über den waldreichen Norden zum Ural, sechstens durch Oasen und Wüsten zu den Gebirgen Mittelasien und siebtens quer durch Sibirien zum Stillen Ozean. Es sind also eigentlich sieben Reisen, sieben Reisen, die aber alle zu einem Ziel führen: die Sowjetunion kennenzulernen.

Es wäre gut, wenn jeder einmal das erste sozialistische Land besuchen könnte. Aber wenn er auch ein Jahr lang die Sowjetunion durchquerte, die Reise ihm viele neue Eindrücke vermittelte, sie könnte ihm nicht so mannigfaltige Aufschlüsse geben wie diese „Reise über die Karte der Sowjetunion“ in Gesellschaft der lebenswürdigen, geistreichen und originellen Reisebegleiter Michailow und Pokschischewskij.

B. Gabelin

Aus: „Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 7/1948 (2. Jahrgang)

Ein Reisebericht aus Moskau

Vom 6. bis 14.5.2026 waren wir, vier Mitstreiter vom Friedensbündnis Neubrandenburg, zusammen mit 44 anderen Freunden Rußlands in Moskau.

Unser Anliegen war, uns ein eigenes Bild über das Leben dort zu machen. Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung wirklich? Wie werden Rückschläge und Verluste durch den Krieg in der Ukraine von der Bevölkerung eingeschätzt? Wie ist die wirtschaftliche Lage, auch die Versorgung der Moskauer mit Lebensmitteln? Steigt der politische Druck auf Präsident Putin tatsächlich?

Wir versuchten, diese und andere Fragen in Gesprächen mit Menschen auf der Straße und in den zahlreichen Veranstaltungen näher zu beleuchten, wobei wir die Gastfreundschaft und Offenheit in der Diskussion mit den Moskauern immer wieder spürten.

Der 9. Mai ist in Rußland ein großer Feiertag. Die ganze Stadt war unterwegs. Es gab unzählige Veranstaltungen, Musik und Tanz überall. Viele besuchten die Gedenkstätten zum Tag des Sieges über den Faschismus in Deutschland. Die Russen halten die Erinnerungen an den großen Vaterländischen Krieg wach, um vor allem der jüngeren Generation Werte im Kampf gegen den Faschismus zu vermitteln.

Wir waren im „Museum der 1418 Tage“, solange dauerte der 2. Weltkrieg. Die Originaldokumente über das Leiden der russischen Bevölkerung ließen uns verstummen, und jeder von uns fühlte den Schmerz. Wir dürfen das niemals wieder zulassen! Wir müssen dafür Sorge tragen, daß die Gedenkstätten für die gefallenen Sowjetsoldaten in Deutschland nicht von der Bildfläche verschwinden und aus dem Gedächtnis getilgt werden. Die Geschichte darf nicht umgedeutet werden!

Wir besuchten auch den Gründungsort des Nationalkomitees Freies Deutschland in Krasnogorsk. Die Menschen waren uns gegenüber erstaunlich aufgeschlossen. Wir sprachen mit Besuchern über Deutschland und auch über den Krieg in der Ukraine. Die Meinungen zur Situation in der Ukraine waren unterschiedlich. Einerseits stand die Forderung, den Krieg so schnell wie möglich auf diplomatischem Wege zu beenden und andererseits wurde eine härtere militärische Herangehensweise zur Beendigung des Krieges gefordert. Putin sollte Stärke zeigen. Er sollte den Kriegstreibern in Europa militärisch zeigen, wozu Rußland in der Lage ist. Ein Besucher vertrat einen bemerkenswerten Standpunkt: „Die deutsche Regierung ist nicht das deutsche Volk und die ukrainische Regierung ist nicht das ukrainische Volk.“

Am 10. Mai genossen wir eine wunderbare Fahrt auf der Moskwa durch das Zentrum von Moskau. Die Atmosphäre an Bord des Fahrgastschiffes war ausgelassen, der Musiker Tino Eisbrenner und seine Freunde sorgten für sangesfreudige Stimmung und gute Unterhaltung. Bei russischem Buffet ließen wir es uns gut gehen und genossen die unvergeßlichen Stunden.

Wir waren von der Architektur, dem Zusammenspiel von historischen Gebäuden und den neuen Stadtteilen mit Hochhäusern, begeistert. In Moskau wird überall gebaut. Wohnungen, Bürogebäude, Kaufhäuser, Straßen, jährlich vier U-Bahnstationen – überall sind gigantische Bauplätze. Unter den 8-spurigen Magistralen waren vielfach ordentliche, hell beleuchtete Unterführungen für Fußgänger.

In Moskau beträgt die Arbeitslosigkeit 3 %, erklärte ein Passant.

Wer so intensiv seine Stadt umbaut und erweitert, der ist nicht an Zerstörung durch einen Krieg interessiert. Das wurde uns bewußt. Einige Plakate zum Dienst in der Armee haben wir in der Metro gesehen, aber keine großen Werbeaktionen bemerkt, die junge Männer zum Kriegsdienst aufforderten.

Moskau ist eine große, schöne, saubere und sehr lebendige Stadt. Die Menschen sind freundlich und hilfsbereit. Wir haben nur ein einziges Mal einen Mann gesehen, der wie ein Obdachloser aussah. Es gab an den Gebäuden keine Schmierereien, keine Aufkleber an Ampelmasten, kein Müll neben den Papierkörben.

Die Stadt pulsierte, hochpreisige Autos waren nicht selten auf den Straßen zu sehen, und auch der neue Lada fuhr auf den breiten Straßen. Fahrzeuge aus chinesischer Produktion haben wir mehrfach bemerkt. Die Bevölkerung von Moskau ist nicht arm. Mit dem Handy laufen viele junge Leute durch die Straßen, genau wie bei uns, nur, sie sind modischer, sorgfältiger, ordentlicher angezogen. Das ist uns aufgefallen. Auf das äußere Erscheinungsbild wird geachtet.

Einen Tag vor der großen Parade zum 9. Mai besuchten wir den Kreml. Die offizielle Parade konnten wir nicht sehen. Der Rote Platz war von Sicherheitsleuten abgesperrt. Die Sicherheitsvorkehrungen, auch elektronischer Art, bemerkten wir. Eine leichte Anspannung war bei uns vorhanden. Aber wir konnten alles anschauen. Wir sind die Kremlmauer entlang geschlendert zum Lenin-Mausoleum, der Basilius-Kathedrale, dem Großen Kreml-Palast und sind dann in das Kaufhaus GUM gegangen. Ein Warenhaus der

besonderen Art. Etwa 30 000 Kunden besuchen täglich die über 200 exklusiven Geschäfte der Mode- und Nobelmarken aus der ganzen Welt. Restaurants und Cafés laden ein, hier eine Pause einzulegen. Das haben wir auch getan und die Atmosphäre in dem großen Haus auf uns wirken lassen. Schon die Architektur ist einen Besuch wert.

Die Preise im Café sind ähnlich wie bei uns, die Auswahl an leckeren Kuchen und Torten ist groß.

Die Leute sind entspannt und wir haben keine Hinweise auf Angst vor Kriegshandlungen bemerkt. Es geht das normale Leben weiter.

Die Geschäfte, egal ob Lebensmittel oder Textil, Elektronik oder Haushaltswaren, sind genauso gut ausgestattet wie bei uns. Auch die von den Sanktionen betroffenen Firmen sind mit ihren Waren vertreten. Wir haben Milka-Schokolade, Coca Cola und den Kaffee Dallmayr Prodomo in ganz normalen Lebensmittelgeschäften gesehen. Daraus kann man erkennen, Sanktionen in diesem Bereich schaden den Russen nicht, es ist alles verfügbar.

Ein besonderes Erlebnis war der Besuch der Staatlichen Tretjakow-Galerie, ein in der ganzen Welt bekanntes Kunstmuseum. Die umfangreiche Sammlung kann man sich nicht an einem Tag erschließen. Wir haben uns die Bereiche Altrussische Kunst und Bildende Kunst des 20. Jahrhunderts angesehen. Es war großartig. Wir hatten den Eindruck, die Welt ist in diesem Museum zu Besuch, um die historischen Ikonen oder die russische Avantgarde im Original zu sehen.

Das kulturelle Leben der Stadt pulsiert. Wir hatten ein Treffen mit der über das Internet international sehr bekannten Sängerin Diana Ankudinova. Sie interessierte sich für die Lebensbedingungen in Deutschland im Vergleich zu Rußland.

Unsere Abreise aus Moskau nach Kaliningrad stand am 13. Mai bevor. Der Flughafen Scheremetjewo, der größte in Rußland, fertigt jährlich mehr als zwei Millionen Passagiere ab. Im Durchschnitt startete alle zwei Minuten eine Maschine, meist Boeing oder Airbus A380. Hauptflugrichtung war der Nahe Osten, China, Ägypten, Türkei und in die Golfstaaten.

Wir hatten einige interessante und lehrreiche Tage, die uns in unseren Bemühungen bestärkt haben, weiter für Frieden und Völkerverständigung einzutreten. Unsere Erkenntnis ist: Rußland ist nicht unser Feind!

**Friedensbündnis Neubrandenburg
Horst Remest**

„RotFuchs“-Veranstaltungen im September / Anfang Oktober

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 5. September, um 11 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung des „Freundeskreises Ernst Thälmann e.V. Ziegenhals/ Berlin“ Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) Rostock zum Thema: **Schauplätze der multipolaren Auseinandersetzungen im 21. Jahrhundert**

Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 8. September, um 17 Uhr spricht Wilfried Handwerk zum Thema: **Aktuelle Situation in der Ukraine und ihre möglichen Perspektiven**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Fermersleber Weg) 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Brandenburg an der Havel

Am Donnerstag, dem 10. September, um 18 Uhr Auftaktveranstaltung zur Konstituierung der „Rot-Fuchs“-Gruppe

Lieder- & Leseabend, Diskussion mit Hartmut König, Journalist und Liedermacher: **„Schön ist der Frieden, wenn du seiner sicher bist“**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, August-Bebel-Straße 7, 14770 Brandenburg an der Havel

■ Regionalgruppe Bernau bei Berlin

Am Sonntag, dem 13. September, um 10.00 Uhr laden der „Arbeitskreis Gedenken“ im Territoralen Bündnis Bernau und die Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins zum **Gedenken anlässlich des 90. Jahrestages des Beginns des spanischen Krieges** ein. Geplant ist die Aufführung des Dokumentarfilms „No Pasaran“ und der anschließende Gang zum Ode-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz.

Ort: Treff 23, Breitscheidstr. 43 a, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 15. September, um 15 Uhr spricht Werner Hänsel (ZK der KPD) über Eindrücke seiner Reise in die **Demokratische Volksrepublik Korea**.

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 15. September, um 18 Uhr: Musikalisch-literarische Veranstaltung mit der „Ernst-Busch-Gesellschaft“ zur Würdigung des Sängers und Schauspielers Ernst Busch. Es spricht Frau Dr. Carola Schramm, Musikwissenschaftlerin, zur Thematik: **„Er sang, als sei er für die Geschehnisse auf diesem Planeten verantwortlich“**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 15. September, um 17 Uhr spricht T. Reichelt zum Thema: **Neofaschismus in Ostdeutschland – Über den Aufbau einer faschistischen Bewegung und die Zerschlagung des Antifaschismus nach 1990**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Donnerstag, dem 17. September, um 16 Uhr: **Aufführung des Dokumentarfilms „Kommunist“ über Egon Krenz** mit anschließender Podiumsdiskussion.

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 17. September, um 17 Uhr stellt Dr. Joachim Seider einen **Film des Verlages „Rohnstock Biografien“ über die Wirtschaft der DDR vor**.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 18. September, um 15 Uhr: Gemeinschaftsveranstaltung mit „Welttrends e.V.“ zum Thema: **Unternehmen Barbarossa – 85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Vortrag und Diskussion mit Dr. Lothar Schröter und Kai Kleinwächter**

Ort: Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 19. September, um 10 Uhr spricht Ramon Schack über sein Buch **„Traum – Rausch – Realität“**, das sich mit der Entstehung und Entwicklung des BSW befaßt. Zeitgeschehen brandaktuell – 1 Tag vor der Landtagswahl.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthersagen

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 22. September, um 18.00 Uhr, spricht Dr. Artur Pech, Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg zum Thema: **Nichtangriffsfähigkeit oder Kriegstüchtigkeit?**

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 23. September, um 18 Uhr spricht Dr. Peter Fellenberg zum Thema: **Pazifismus – ein Mißverständnis?**

Vorstellung seines Buches „Antikrieg zwischen zwei Weltkriegen“

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 26. September, um 10 Uhr: **Aufführung des sowjetischen Antikriegsfilms „Komm und sieh“**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am Montag, dem 28. September, um 18 Uhr: Filmvorführung **„Gelebte Geschichte – Hermann Kant – das letzte Interview“**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthersagen

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Mittwoch, dem 7. Oktober, um 18 Uhr spricht der DDR-Diplomat Dr. Konrad Herrmann zum Thema: **DDR und China – Beziehungen 1949 bis 1989**

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September

Zum 98. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 96. Geburtstag

Werner Renkowitz (Berlin) am 22. September

Zum 95. Geburtstag

Dr. Horst Kirchner (Halle) am 7. September
Dr. Klaus Freygang (Dierhagen) am 29. September

Zum 94. Geburtstag

Gisbert Graff (Berlin) am 5. September
Elfriede Jentzsch (Bad Schmiedeberg) am 23. September

Zum 93. Geburtstag

Eva Ruppert (Bad Homburg) am 19. September

Zum 91. Geburtstag

Heinz Hässelbarth (Leipzig) am 15. September
Richard Sawatzki (Perleberg) am 24. September
Margot Winter (Königs Wusterhausen) am 26. September

Zum 90. Geburtstag

Ella Schleese (Frankfurt/Oder) am 6. September
Dr. Klaus Blessing (Zeuthen) am 24. September
Roland Steinert (Bahretal) am 28. September

Zum 85. Geburtstag

Uwe Becker (Camburg) am 13. September
Dietrich Großmann (Berlin) am 24. September

Zum 80. Geburtstag

Wolfgang Selz (Bernau) am 3. September
Hans Sauer (Berlin) am 5. September
Barbara Fritz (Schwerin) am 20. September
Berndt Großer (Hainichen) am 28. September

Zum 75. Geburtstag

Ditmar Hanke (Altendiez) am 1. September
Peter Möller (Rostock) am 2. September
Ralf Kauschke (Berlin) am 17. September
Dr. Petra Werth (Chemnitz) am 18. September
Gisela Vierrath (Cottbus) am 23. September

Zum 70. Geburtstag

Paul-Friedrich Köhn (Berlin) am 19. September

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



„Glaubst Du, die Russen wollen Krieg?“

Der litauische Verteidigungsminister Robertas Kaunas erklärte in einem Interview erneut, Moskau bereite einen Angriff auf das Baltikum und Polen vor, da es die Ziele seiner Militäroperation in der Ukraine bisher nicht erreiche. Ähnliche Aussagen von NATO-Politikern machen fast täglich die Runde. NATO-Generalsekretär Rutte drohte den EU-Europäern im Januar damit, „Russisch lernen zu müssen“, falls sie ihre Militärausgaben nicht auf 2 % des BIP erhöhen. Wenn man niemanden hat, gegen den man Krieg führen kann, werden weder das Bündnis noch seine Führung gebraucht. Der Westen weiß bereits genau, wann der russische Angriff erfolgen wird: Generalleutnant Freudig, Oberbefehlshaber des Heeres der Bundeswehr, nannte das Jahr 2029. „Verteidigungsminister“ Pistorius und der Generalinspekteur der Bundeswehr Breuer gehen von 2028 als Beginn der russischen Aggression aus. Bundeskanzler Merz bezeichnet Rußland als die größte und realste Gefahr für den Frieden und die politische Ordnung in Europa. Das erinnert fatal an die Mär vom „Feind vor den Toren“. Die Parolen gleichen sich. Am 2. September 1936 erhielt Hermann Göring von Adolf Hitler den Plan für die nächsten vier Jahre: „1. Die Sowjetunion bereitet einen Überfall auf Europa vor. 2. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. 3. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.“ Das Gefährlichste an der aktuellen Situation ist, daß die NATO oder EU früher oder später vor der Frage stehen. Was tun mit all diesen Waffen und denen, die bereit sind, sie einzusetzen? Rußland will diesen Konflikt nicht, weil eine direkte Konfrontation das Risiko einer globalen Katastrophe in sich birgt.

Wilfried Schubert, Güstrow

War es der „Russe“?

Hat der „Russe“ vermutlich ...? Ist es anzunehmen, daß der „Russe“ ...? Unsere Nachrichtenmacher machen es uns ganz leicht. Wer anders als der „Russe“ muß hinter dem gefährlichen Drohnen-Sprengstoff-Anschlag auf den Flughafen Leipzig Anfang August,

auf Maschinen der Ukraine, stecken? Alle Kriege begannen immer mit ähnlichen Zwischenfällen, mit Lügen, mit willkommenen „Anschlägen“ und Vorfällen, die sich bestens dem Feind zuordnen ließen. Mit der Wahrheit hat man es nie genau genommen, wie sich meist im Nachhinein herausstellte. Es gab immer genug Menschen, die sich mit Haß, Hetze und Lügen für die Kriegsbereitschaft zurichten ließen. Leider haben die meisten vergessen, wollen nicht mehr wissen, wie die Szenarien vor sich gingen. Je dümmer, um so glaubhafter scheint es dabei auch zuzugehen. Tagelang kursierte die aufgeregte Drohnen-Diskussion. Minutiös wurde berichtet, spekuliert, behauptet ... Vom „beinahe russischem Kriegsbeginn“ per „höchstgefährlichem“ Drohnenangriff mit Sprengstoff auf munitionsbeladene Transportflugzeuge war die Rede. Übersehen wurde, daß es ein Drohnenflug war, wie ihn schon Jugendliche rein spielerisch zu steuern vermögen und ein Flughafenarbeiter das Gerät einfach per Fußtritt zertreten kann. Wenn so der gewünschte Krieg nun endlich mal ausgelöst wird, Merz den „Russen“ nun endlich ernstnehmen will, dann könnte man das einfach belächeln. Doch belustigen soll uns solches nicht. Kann es sein, daß in unserem Land schon wieder Mehrheiten soweit sind und Heidenangst vorm russischen Mann haben?

Vor 100 Jahren, am 2. August 1916, schrieb die Chemnitzer „Volksstimme“ einen Satz, der das Volk auf Krieg einstimme: „In diesem Augenblick empfinden wir alle die Pflicht, vor allem anderen gegen die russische Knutenherrschaft zu kämpfen.“ Nach Meinung von Hermann Göring kann man jedes Volk für Krieg bereitmachen, es muß ihm nur gesagt werden, es werde angegriffen ...

Roland Winkler, Aue

Unwilligkeit zum Krieg sollte eine deutsche Grundtugend sein!

Ich höre Deutschlands Obrigkeit derzeit immerzu von der „Koalition der Willigen“ fabulieren und sehe, wie „Außenamtskanzler“ und „Oberlehrer“ Merz tagtäglich Willigkeit zum Krieg zelebriert, das Land damit, jeglichen logischen und historischen Bezügen verschlossen und die nazistischen Tendenzen des ukrainischen Regimes ignorierend, an den Rand eines Krieges führt. Wie kommt es, daß gegenüber Israel so viele „Augen zgedrückt“ werden – Israel, das zusammen mit den USA gegen Iran in den Krieg gezogen ist und nach fast 80-jähriger Vertreibung und Besatzung von Palästina dabei ist, Gaza zu vernichten. Keine Verurteilung, keine Sanktion, kein Stopp von Waffenlieferungen an Kriegsparteien! Aber gegen Rußland jeden denkbaren Vorbehalt, welches nach klaren, öffentlich erklärten und nachprüfbaren Völkerrechtsgrundsätzen gehandelt hat, insbesondere durch den bewaffneten Beistand gegen das Kiewer Regime der Ukraine, welches

spätestens seit 2014 Krieg gegen die Menschen im Donbass führte. Seitdem wird alles getan, um zu eskalieren, obwohl nach wenigen Wochen bereits eine Vereinbarung zur Beendigung des Konflikts in unterzeichneter Form vorlag.

Warum? Wenn Rußland die Ukraine vom Nazismus befreit hat, was zu hoffen ist, wird die deutsche Verstrickung mit diesem für alle ans Tageslicht kommen, auch, was mit den Milliarden europäischer „Solidaritätsgelder“ geschehen ist, wer sich „regulär“ und korrupt davon bedient hat. „Regulär“ steht in Anführungszeichen, weil EU und Deutschland hier in jeden Fall entgegen der gesetzlichen Haushaltsvorschriften für die Ausgabe von Geldern, die aus Abgaben und Steuern stammen, ohne Notwendigkeit Milliarden verschleudert, indem die in Mehrheit Herrschenden dafür „Gesetze beschließen“, Gesetze, die der Verfassung widersprechen. Ich erkläre, daß ich nicht willig bin, in irgendeinen Krieg für den Gewinn von Großkonzernen, Banken und Versicherungen zu ziehen. Deutschland sollte sich seiner „Friedenstüchtigkeit“ besinnen, die zu Zeiten der DDR weltweit geschätzt wurde. Das war seinerzeit so, weil mit Rußland, respektive der Sowjetunion, herzliche und freundschaftliche, wie auch wirtschaftliche, kulturelle und sonstige Beziehungen gepflegt wurden. Solche waren der Garant für Vertrauen und Entgegenkommen, was sofort und von Stund´ an auch heute möglich sein würde. Die Präsidenten Putin und Medwedew haben sich häufig genug dazu sehr konkret geäußert. Voraussetzung allerdings ist, daß man mit dem Lügen aufhört und Vereinbarungen, wie 2014/15 in Minsk, nicht verlogen lediglich als „Fake“ geschlossen werden. Ich hoffe, daß den Kriegstreibern in Deutschland und anderswo rechtzeitig das Handwerk gelegt wird. Nie wieder darf es geschehen, daß ein deutscher Soldat einen Russen erschießt. Unwilligkeit zum Krieg sollte als humanistische Grundtugend an allen Schulen gelehrt und Werbung für die Bundeswehr verboten werden.

Renato Lorenz, Berlin

Vergessen oder nicht wissen (wollen)?

Der frühere US-Präsident F.D. Roosevelt prägte den Satz: „In der Politik passiert nichts zufällig, wenn es doch passiert, war es so geplant.“ Das trifft für die angloamerikanische Politik besonders zu. Es sind die gewaltigen Ressourcen Rußlands, nach denen die Vereinigten Staaten gieren. Primäres Anliegen der US-Außenpolitik war es schon immer, ein enges Zusammenwirken Deutschlands (bedeutende Innovationskräfte) mit Rußland (gewaltige Ressourcen) zu verhindern, weil es das wirtschaftliche Fiasko der USA bedeuten würde. Schon Zbigniew Brzezinski hob die besondere Rolle der Ukraine aus der Sicht des Westens in dieser Auseinandersetzung mit Rußland hervor, die auserkoren war,

als Einfallstor für die USA und die NATO zu dienen, weshalb sie jahrelang aufgerüstet wurde. (Nuland: „Wozu haben wir fünf Mrd. Dollar in die Ukraine investiert?“) Zu erinnern ist an das verbrecherische Vorgehen des Maidan-Mobs am 2. Mai 2014, wo prorussische Aktivisten in das Gewerkschaftshaus in Odessa einsperrt und die Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Mehr als 40 Menschen kamen dabei zu Tode. Die Gebiete Luhansk und Donezk, die sich als unabhängig erklärten, baten Rußland um Hilfe, und Rußland hat dem im Februar 2022 mit der Spezialoperation entsprochen. Der Westen hat selbst die letzten russischen Vorschläge zur Beilegung des Konflikts (17.12.2021) rigoros abgelehnt. Warum? Im März 2022 lag ein unterschriftsreifes Abkommen zwischen der Ukraine und Rußland vor, das beide Seiten ausgearbeitet hatten und unterschreiben wollten. Warum hat es der Westen in der Person von Boris Johnson verhindert? Es gibt Literatur, in der ist minutiös aufgeführt, wie es zum Ukraine-Konflikt kam, und da bleibt von westlicher Seite her nichts Gutes übrig. Die USA sorgen in tausenden Kilometern Entfernung von ihren Grenzen für ihre „nationale Sicherheit“, kidnappen einen Staatschef, wollen Cuba und Grönland vereinnahmen und bombardieren den Iran, und wenn Rußland unmittelbar vor seiner Haustür seine eigenen Interessen wahrnimmt, ist das der Welt größtes Verbrechen. Aber in Deutschland gibt es die größte US-Militärbasis in Europa incl. Atomwaffen und Raketen, von Ramstein aus wird der ganze Krieg in Osteuropa und Nah-Ost geführt, aus lauter „Freundschaft“ werden wir so „beschützt“ – und wenn es kracht, dann hier, und Deutschland ist weg. Politiker, die laut ihrem Amtseid ihrem Volk verpflichtet sind, müssen beim Wort genommen werden. Es ist höchste Zeit!

Wolfgang Mengel, Stralsund

Rußland ist nicht unser Feind

Dazu fällt mir der Liedermacher Tino Eisbrenner als Botschafter für den Frieden zwischen Rußland und Deutschland ein. 2023 hat er auf einem internationalen Songcontest in Moskau mit einer eigenen Nachdichtung eines russischen Liedes zum Großen Vaterländischen Krieg den zweiten Platz belegt. Es trägt den Titel „Kraniche“. Er sang es gemeinsam mit der russischen Sängerin Zara teils in deutscher und russischer Sprache. Ich bekam Gänsehaut, als ich las, daß sich alle sechstausend Besucher dieses Festivals erhoben, als die ersten Zeilen dieses Liedes auf Deutsch erklangen. Ich habe großen Respekt vor diesem Künstler, der den Mut hat, öffentlich dem selbstherrlichen und arroganten Treiben dieser Regierung im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzutreten

Elvira Liebmann, Berlin

Ein Lied, das verbindet

Auf meiner Flußkreuzfahrt 2011 in Rußland (Rostow am Don – Wolgograd – Moskau) legte unser Schiff in Pljos an der Wolga an. Wir besichtigten das Museum und man gab uns den Hinweis, eine ganz besondere Kirche zu besuchen. Auf dem Weg dorthin begegneten wir einem Einwohner, der in Arbeitskleidung vermutlich auf dem Weg nach Hause war. Ich sprach ihn an und erkundigte mich noch einmal nach dem Weg zur Kirche. Sofort fragte er „Nemezki?“. Als ich das bejahte, sagte er: „Ich kann auch deutsch: Kleine weiße Friedenstaube“. Ich war dermaßen berührt, daß ich nur mit Mühe meine Tränen zurückhalten konnte. Wir sagten gemeinsam die erste Strophe des Liedes auf. Ich wollte singen, brachte aber keinen Ton heraus. Auf meine Frage, woher er das Gedicht kenne, antwortete er: Ich habe es im Deutschunterricht gelernt. Es stand doch in unserem Lesebuch.“

Ursula Barz, Rochlitz

Brot und Spiele

In Gera hatten Freidenkerverband und „RotFuchs“ anlässlich des 85. Jahrestages des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion eine Gedenkveranstaltung auf dem Ostfriedhof am sowjetischen Ehrenmal durchgeführt. 60 Mitbürger kamen zum Gedenken. Mit Rednern, Helfern und Organisatoren der Veranstaltung waren wir ungefähr 75 Menschen, die für Frieden und Freundschaft mit Rußland eintraten. Zur gleichen Zeit fanden ein Radrenn-Event und die „Fete de la Musique“ statt. Wie gut wäre es, wenn es gelänge, unsere Kräfte zu bündeln. „Nie wieder Krieg!“ ist doch das Gebot der Stunde! Die vielen Events allerorts erlebe ich als laut, flach, zu wenig Inhalt zur bedrohlichen Lage, die die Bundesregierung, EU und NATO schamlos verursachen. Je schlimmer die Realität, desto mehr Ablenkung vom Wesentlichen durch Brot und Spiele, fast schon wie der „Tanz auf dem Vulkan“.

Monika Gottwald, Gera

Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Bei dem gerade zu Ende gegangenen Wahlkampf wurden, wie üblich, dem Volk, wie üblich zu solchen Anlässen, Versprechungen für die nächsten vier Jahre gemacht, welche die sogenannten demokratischen Parteien schon in den vergangenen vier Jahren nicht eingehalten haben.

Hier ein paar Beispiele einer ausgesprochen „anspruchsvollen“ Plakatierung:

CDU: „Sachsen-Anhalt stärker machen“

Diese Partei regiert das Land ununterbrochen seit 24 Jahren mit u.a. folgenden „starken“ Ergebnissen:

- höchste Schulabbrecherquote aller Bundesländer

- höchstes Armutsrisiko aller Bundesländer mit über 20 %

FDP: „Wirtschaft muß man können“

Diese Partei hat die letzten vier Jahre unter Beweis gestellt, daß sie es nicht kann.

Das Ergebnis ist eine beispiellose Deindustrialisierung des Landes, u.a. mit der erneuten Insolvenz von DOMO im Chemiepark Leuna. Hauptursache dafür sind die hohen Energiepreise infolge der Sanktionen gegen Rußland.

SPD: „Erfahrung statt Experimente“

„Keine Experimente“ war ganz früher mal eine Losung der CDU. Mit dieser Partei ist aus staats politischer Verantwortung ein „weiter so“ garantiert.

LINKE: „Heimat ist für alle da“

In einer Zeit ungezügelter Militarisierung aller Bereiche unserer Gesellschaft ist das für eine linke Partei eine etwas „magere“ Losung.

Lediglich das BSW warb mit ihren beiden Spitzenkandidaten mit den Worten „Ohne Frieden ist alles nichts!“. Dazu kommen noch die Themenplakate zur Beendigung des Krieges in der Ukraine und einem Ende der Sanktionen gegen Rußland („Dreht den Hahn von Nordstream auf“). Nun reden sich die Parteien der „demokratischen Mitte“ bei Themen wie Frieden, Militarisierung, Rüstung schnell mit dem Argument, das seien keine Landesthemen, heraus, das werde alles im Bund entschieden. Daß aber genau diese Landesregierung von Sachsen-Anhalt mit den o.g. Parteien im Bundesrat dem sogenannten Sondervermögen zur Kriegstüchtigkeit zugestimmt hat, wird dem Wahlvolk verschwiegen.

Wer immer noch glaubt, die globalen Fragen von Krieg und Frieden machen um die Landespolitik einen Bogen, der erfährt nicht zuletzt an der Tankstelle ein böses Erwachen. Wer immer noch glaubt, Frieden und Entmilitarisierung spielen in der Landespolitik keine Rolle und nur die sozialen Probleme thematisiert, der kann Mietendeckel, bessere Bildung, sichere Rente und bessere Gesundheitsversorgung auch auf dem Lande vergessen.

Frieden ist kein Selbstzweck, er ist im Atomzeitalter die Grundlage unserer Existenz. Das ist derzeit um so wichtiger, da uns die in Sachsen-Anhalt regierenden Parteien (die Grünen kommen noch dazu) in einen Krieg mit Rußland treiben wollen. Doch ein dritter Versuch würde mit Sicherheit für uns noch verheerender als der fehlgeschlagene zweite. Das sollten vor allem Gewerkschaften, Kirchen und auch bestimmte Teile der Linken endlich begreifen.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist so, daß sie mehrheitlich Veränderungen will. Dabei ist es vielen gleich, wie diese Veränderungen dann aussehen, Hauptsache Veränderungen. Das Thema Frieden und Abrüstung wird konsequent nur vom BSW thematisiert. Alle anderen Parteien konzentrierten sich im Wahlkampf auf die „Brandmauer gegen die AfD“.

Damit ist gesichert, daß es mit diesen „Brandmauerparteien“ nach der Wahl so weiter gehen wird wie augenblicklich. Da ist sogar die Linke zu einer Koalition oder Tolerierung mit der CDU bereit, wenn diese nur ein paar Zugeständnisse auf sozialem Gebiet macht. Von Frieden oder Abrüstung war da noch nie die Rede.

Karl-Heinz Gläser, Magdeburg

Vertreibungsjahrhundert

Mit meinen 84 Jahren bin ich Zeuge eines Jahrhunderts der Vertreibungen. 2014 wurde mit Hilfe des USA-Geheimdienstes CIA die komplette ukrainische Regierung aus dem Amt gejagt. An ihre Stelle trat eine Diktatur faschistischen Charakters mit einem Komiker an der Spitze. Gegenwärtig werden im Gaza-Streifen Palästinenser von israelischen Besatzern unter dem Deckmantel der „Selbstverteidigung“ aus ihrem Zuhause vertrieben, unzählige ermordet.

Günther Röska, Leipzig

Wale und Wahlen

Im Hafen von Wismar haben sich im März und Juli 2026 bereits zwei Buckelwale verschwommen. Die Tiere waren verwirrt und konnten sich nicht mehr auf ihre Walheimat orientieren. Diese Geschichte hat vielleicht auch eine indirekte Verbindung zu unserer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Auch ein beachtlicher Teil der Bürger hat die Orientierung bezüglich ihrer Wahlheimat verloren und ist verunsichert. Welche Partei kann ich denn noch wählen? Die „Altparteien“ nannten sich einst Volksparteien, hatten aber wenig für das Volk übrig und erkennen inzwischen die 5-Prozent-Klausel als Gefahr für sich selbst. Ohne sich der herrschenden Staatsräson zu unterwerfen, wird das ohnehin nichts. Man kann sich aber dennoch orientieren, indem man ihr Verhalten zu Krieg und Frieden bewertet. Russophobie Kriegshysterie läßt immer auch ein Quantum Psychose vermuten, zumindest aber Dysfunktionen bei der Wahrnehmung von Realitäten, und wenn man fürchten muß, daß Friedensgedanken als schlechte Gedanken justitiabel werden könnten, ist höchste Wachsamkeit geboten. Wenn deutsche Politiker darauf versessen sind, Rußland zu vernichten oder zu versuchen, dieses Land zu kolonialisieren, sollte man nicht auf ernsthafte Verhaltensanalysen verzichten. Zu prüfen wäre, inwieweit eine Partei in der Lage ist, das Mittel der Diplomatie friedensstiftend einzusetzen. Die vielen „Transatlantiker“, die sich bei uns tummeln, sollten sich an den Ausspruch von John F. Kennedy halten: „Der Mensch muß dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“

Jürgen Barz, Wismar

Krieg um Energie

Da Energie die Grundlage der Wirtschaft ist, haben die USA viele Aktivitäten unternommen, um ihre Konkurrenten auszuschalten. Westeuropa wurde durch Sprengung der Nordstream-Pipeline von billiger Energie abgeschnitten.

Venezuela wurde die Eigenständigkeit über sein Ölvorkommen durch einen militärischen Angriff entzogen. Der Iran wurde militärisch angegriffen und der Erdölexport boykottiert. In Rußland wurde seit dem 2. März etwa die Hälfte der Raffinerien mit Drohnen und Raketen angegriffen, die von den USA gesteuert wurden.

US-amerikanische Energieunternehmen haben ihre Exporte von Erdölprodukten, darunter Dieselkraftstoff und Flugpetroleum, auf Rekordniveau gesteigert, nachdem Iran die Straße von Hormus gesperrt hatte. Seit Jahresbeginn haben sich die Aktien der beiden größten US-Raffineriebetreiber nahezu verdoppelt. Die Raffinerien im ganzen Land arbeiten mit einer Auslastung von 96 Prozent ihrer Kapazitäten, in den Regionen Mittlerer Westen und Rocky Mountains sogar mit 100 Prozent.

Doch der finanzielle Gewinn ist nur ein Ziel. Das Hauptziel ist die wirtschaftliche Schwächung aller Konkurrenten, hauptsächlich Chinas, das seinen Bedarf an Öl aus Rußland, Venezuela und dem Iran deckte. China, das sich z.Z. noch zurückhält, wird sich nicht auf Dauer Reaktionen entziehen können, wie Tucker Carlson in einem Interview mit einem Militärexperthen meint. Er betont aber auch, daß China in seinem Fünfjahrplan auch auf Atomkraft, Kleinreaktoren und Thorium-Reaktoren setzt.

Wenn Rußland eindringlich vor einer Eskalation des Konflikts zwischen den USA und Iran warnt, die das Risiko eines größeren Krieges verstärkt, benennt es die Gefahren und die dramatischen Folgen für Energie- und Ernährungssicherheit weltweit.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Schlechter Treppenwitz

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah`n sich an. Und der Arme sagte bleich: Wä`r ich nicht arm, wä`rst du nicht reich.“ (Bert Brecht)

Dieses Zitat hat angesichts der Politik der CDU/CSU/SPD-Regierung an Bedeutung gewonnen und ist bei vielen Armen bzw. Neuarmen hautnah spürbar.

Spürbar wird der Rotstift auch bei Pflegeeinrichtungen. Ich lebe in einer Einrichtung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) für Suchterkrankung seit acht Jahren und vegetiere von einer kleinen Rente bzw. komplementären Grundsicherung. Bisher konnte ein Hallenbad auf dem Klinikgelände von Klinikinsassen und Pflegebedürftigen genutzt werden, das sowohl der psychischen als auch der physischen

Gesundung des Klientels nutzte. Jetzt soll die kostenlose Nutzung plötzlich nicht mehr möglich sein, weil die Kosten für die Nutzung und Unterhaltung für LWL zu hoch seien und tausende von Euro verschlingen würde. Wohl gemerkt: Dies ist angesichts der Tatsache, daß das Bad von drei bis vier Personen der Pflegeeinrichtung wöchentlich frequentiert wurde, ein schlechter Treppenwitz. Der sogenannte Sachzwang stellt sich als Lüge heraus.

Uwe Moldenhauer, Hemer

Deutsche Rechtsgeschichte

Ralf Hohmann hat eindrucksvoll beschrieben, wie es mehrere Jahre nach der Antragstellung 1956 zum Verbot der KPD kam. Das Verfahren ist ein einziger Beleg für die verfassungswidrige Vorgehensweise des Organs, welches eigentlich über die Verfassung wachen sollte. Dafür spricht unter anderem, daß Adenauer während des laufenden Verfahrens den damaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts zu sich zitierte zur Erörterung „verfahrenstechnischer“ Fragen. Dies ohne Beteiligung und Kenntnis der Vertreter der KPD. In der Urteilsbegründung finden sich verfälschte oder aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus Dokumenten der KPD. Nach Öffnung der Akten erhielten wir 60 Jahre nach dem Verbot die späte Bestätigung all dieser Verfahrensmängel, auf die uns Beteiligte auf Seiten der KPD, wie Friedrich Karl Kaul, Herbert Kröger oder Fritz Riesche immer hingewiesen haben. Ein trauriges Kapitel deutscher Rechtsgeschichte!

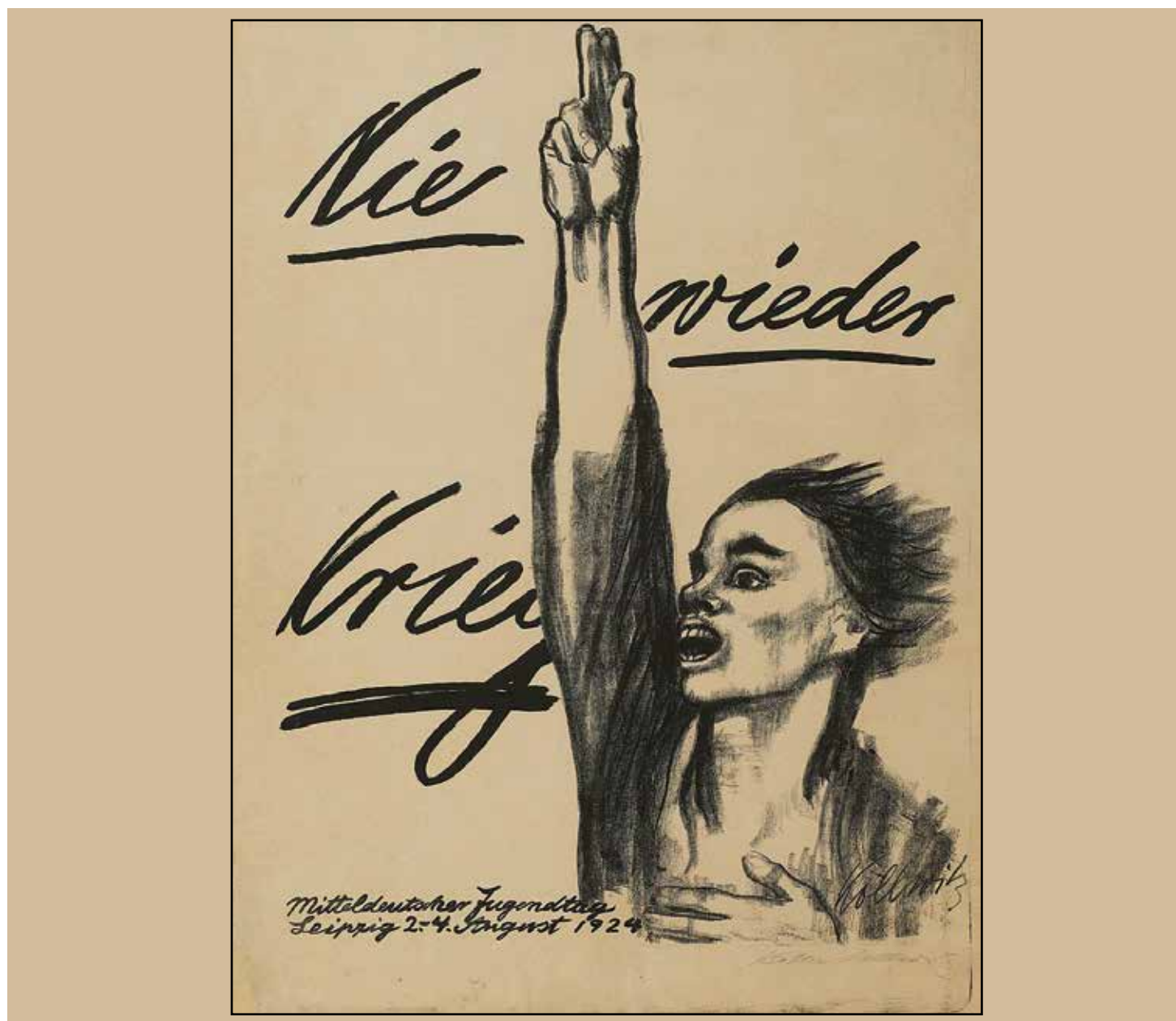
RA Ralph Dobrawa, Gotha

Staatsfahne der BRD ist immer dabei

Schaut man sich den Verbrauch von Schwarz-Rot-Geld (Gold)-Fahnen nach Erfolgen bundesdeutscher Sportler bei internationalen Wettkämpfen in den unterschiedlichsten Disziplinen an, kommt man ins Staunen.

Vor der Einverleibung der DDR in die BRD wurde bei der journalistischen Würdigung darauf bestanden, daß in den Siegerlisten deutscher Athleten nur der Wohnort statt des Staatsnamens stand. Die Begründung: Der Sportler kämpft doch für seinen persönlichen Erfolg und nicht zum Ruhm eines Staates. Die oft sehr erfolgreichen DDR-Kader verursachten mit ihrem Abschneiden und dem Abspielen der „Becher-Hymne“ plus Fahnenaufzug wohl bei politischen Amtsträgern und strammen Sportfunktionären Westdeutschlands Atemnot oder Schlimmeres. Jetzt ist das aber Geschichte und die Sportlerdelegationen werden nun üppig mit Flaggenstoff versorgt, um das größer gewordene, so starke Deutschland zu repräsentieren. Wie sich Zeiten und Begründungen doch ändern ...

Richard Jawurek, Markkleeberg



Plakat von Käthe Kollwitz (1867–1945) für den Mitteldeutschen Jugendtag 1924

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Reiner Neubert †
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
Berliner Sparkasse

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.